

Finanzreport 2005

WestLB AG

WestLB in Zahlen

Finanzdaten im Vorjahresvergleich

	2005 Mio €	2004 Mio €	Veränderung	
			Mio €	%
Erfolgszahlen				
Zinsüberschuss	1.391,2	1.657,3	- 266,1	- 16,1
Provisionsüberschuss	311,4	278,0	33,4	12,0
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	- 106,4	- 92,8	- 13,6	- 14,7
Saldo sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge	- 89,6	59,1	- 148,7	< -100
Personalaufwand	- 789,2	- 697,5	- 91,7	- 13,1
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 720,3	- 777,7	57,4	7,4
Kreditrisikovorsorge	111,8	234,4	- 122,6	- 52,3
Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen	321,2	35,4	285,8	> 100
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit				
Außerordentliches Ergebnis	0,0	- 1.571,0	1.571,0	100,0
Jahresergebnis vor Steuern	430,1	- 874,8	1.304,9	> 100
Steuern vom Einkommen und Ertrag				
Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	- 65,1	- 45,2	- 19,9	- 44,0
	- 23,7	0,0	- 23,7	< -100
Jahresüberschuss/-fehlbetrag				
Nachrichtlich: Nettoergebnis aus Finanzgeschäften (MtM)	341,3	- 920,0	1.261,3	> 100
	54,5	- 104,9	159,4	> 100
Kennzahlen in %				
Eigenkapitalrentabilität	10,4	13,5		
Cost/Income-Ratio	75,6	76,6		
Bilanzzahlen in Mrd €				
Bilanzsumme	224,3	214,6	9,7	4,5
Geschäftsvolumen	317,8	270,5	47,3	17,5
Kreditvolumen	244,3	193,8	50,5	26,1
Aufgenommene Refinanzierungsmittel	204,1	195,6	8,5	4,3
Eigenkapital	5,7	3,9	1,8	46,2
Bankaufsichtsrechtliche Kapitalkennzahlen nach BIZ*				
Kernkapital in Mrd €	5,6	3,9		
Eigenmittel in Mrd €	10,4	9,0		
Risikoaktiva in Mrd €	68,2	72,8		
Kernkapitalquote in %	8,6	7,3		
Eigenmittelquote in %	15,2	12,3		
Mitarbeiter				
Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	5.190	5.197		
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitkräfte)	4.909	4.950		
Aktuelle Ratings				
	kurzfristig	langfristig		
Moody's Investors Service	P-1	A1		
Standard & Poor's	A-2	A-		

* BIZ-Kennzahlen offiziell nur auf Gruppenebene gefordert

MtM = Mark-to-Market

Finanzreport 2005

WestLB AG, Düsseldorf/Münster

Inhalt

2	Lagebericht
2	Geschäftliche Entwicklung im Überblick
2	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
4	Entwicklung im Bankenmarkt
4	Strukturelle Entwicklungen in der WestLB
6	EU-Verfahren
7	Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung
8	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
8	Kundenorientierung mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sicherstellen
8	Ausbildung auf hohem Niveau
9	Positionierung in den relevanten Personalmärkten
9	Diversity: Verschiedenheit gewinnbringend für unsere Kunden und Mitarbeiter nutzen
9	Niederlassungsnetz der WestLB AG
10	Bilanzierungsmethoden und Berichtsstandards
10	Gewinn- und Verlustrechnung
11	Zinsüberschuss
11	Provisionsüberschuss
11	Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
11	Saldo sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge
11	Verwaltungsaufwand
12	Kreditrisikovorsorge
12	Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen
13	Steuern vom Einkommen und Ertrag
13	Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne
13	Bilanz und Geschäftsvolumen
14	Kreditvolumen
14	Wertpapierbestände
15	Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen
15	Einlagen von Kreditinstituten und Kunden
15	Emissionsgeschäft
16	Eigene Mittel
18	Risikobericht
19	Grundsätze des Risikomanagements
19	Organisation
22	Risikotoleranz als Maßstab des Risikoprofils
23	Marktpreisrisiken
26	Adressenausfallrisiken
35	Beteiligungsrisiken
36	Liquiditätsrisiken
37	Operationale Risiken
39	Zusammenfassung und Ausblick Risikobericht
40	Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres
40	Ausblick
42	Bilanz
46	Gewinn- und Verlustrechnung
48	Anhang
86	Bericht des Aufsichtsrates
92	Corporate Governance in der WestLB AG
93	Finanzkalender/Impressum

WestLB AG Lagebericht zum 31. Dezember 2005

Geschäftliche Entwicklung im Überblick

Vor dem Hintergrund eines anhaltend schwierigen konjunkturellen Umfelds und des Wegfalls von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung erzielte die WestLB AG im ersten vollen Geschäftsjahr mit neuem Geschäftsmodell ein zufrieden stellendes Vorsteuerergebnis. Mit 430,1 Mio € liegt das Ergebnis vor Steuern um 1.304,9 Mio € über dem durch Belastungen aus dem EU-Beihilfverfahren gekennzeichneten Ergebnis des Vorjahres. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 341,3 Mio €.

Die Bilanzsumme weiteten wir im abgelaufenen Geschäftsjahr um 9,7 Mrd € auf 224,3 Mrd € aus, das Geschäftsvolumen um 47,3 Mrd € auf 317,8 Mrd €. Durch den gezielten Ausbau des Kundengeschäftes wuchs das bilanzielle Kreditvolumen von 201,4 Mrd € auf 251,5 Mrd €.

Darüber hinaus konnten die Liquiditäts- und die Kapitalausstattung der WestLB im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter verbessert werden. Durch die erfolgreiche Begebung von zwei Hybridanleihen im Volumen von 300 Mio US\$ und 240 Mio € stärkten wir das Kernkapital. Außerdem führte das Land Nordrhein-Westfalen der WestLB durch eine Kapitalerhöhung weiteres Eigenkapital in Höhe von 959,0 Mio € zu.

Um unsere ambitionierten Ziele für die kommenden Geschäftsjahre zu erreichen und unsere Position im Wettbewerb konsequent auszubauen, wurde darüber hinaus die strategische Neuausrichtung im abgelaufenen Geschäftsjahr vor allem durch folgende Maßnahmen weiter vorangetrieben:

- Wir unterzeichneten eine strategische Kooperation mit der Sachsen-Finanzgruppe und der Sachsen LB. Unser Ziel: Entwicklung und Nutzung von Finanzprodukten, die insbesondere auf die Bedürfnisse der Sparkassen und deren Kunden zugeschnitten sind.
- Übernahme der Weberbank zur Stärkung unserer Position im Geschäft mit hochvermögenden Privatkunden in Deutschland.
- Vereinbarung der Gründung eines Joint Ventures mit der Mellon Financial Corporation, Pittsburgh, USA, zur Bündelung wesentlicher Teile der gemeinsamen Asset Management-Aktivitäten.
- Vereinbarung eines Joint Ventures mit der DekaBank zum Vertrieb ausgewählter Publikumsfonds der WestLB-Tochtergesellschaft WestAM Luxemburg.
- Gründung der SGK – Servicegesellschaft Kreditmanagement mbH mit Sitz in Frankfurt am Main zusammen mit der NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale, der Shinsei Bank Ltd. und J. C. Flowers & Co. LLC. Geschäftszweck des Gemeinschaftsunternehmens ist der Ankauf, die Restrukturierung sowie die Verwertung Not leidender Kredite.
- Wiederaufnahme des öffentlichen Pfandbriefgeschäftes zur Refinanzierung unseres wachsenden Staats- und Kommunalkreditgeschäftes.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der globale Konjunkturaufschwung, der im Frühjahr 2003 einsetzte und sich im Verlauf des Jahres 2004 zum stärksten seit rund einem Vierteljahrhundert entwickelte, hat im Jahr 2005 etwas an Dynamik verloren. Die Zuwachsrates des Weltsozialprodukts sank von 5% auf 4,25%. Sie lag damit aber weiterhin deutlich über der Trendrate von 3,5%. In allen Regionen der Weltwirtschaft hat sich das Wachs-

tum mehr oder weniger deutlich verlangsamt – mit einer gewichtigen Ausnahme: China. Dort wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion um 9,9% gesteigert – nach 10,1% im Jahr davor. Aufgrund der hohen regionalen Wirtschaftsverflechtung profitierte davon der gesamte ostasiatische Raum. In Japan mehren sich inzwischen die Anzeichen, dass die Deflation allmählich überwunden werden wird.

Als robust erwies sich wieder die Entwicklung in den USA. Trotz nachlassender Impulse der Wirtschaftspolitik und Belastungen durch die ungewöhnlich zahlreichen und heftigen Hurrikans stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresergebnis um 3,5% – nach 4,2% im Jahr 2004. Dabei wurden die gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte erneut stärker. Im Herbst 2005 übertrafen die Konsumausgaben die verfügbaren Einkommen – mit der Folge, dass die gesamtwirtschaftliche Sparlücke und ihr güterwirtschaftliches Pendant, die Güterlücke, weiter wuchsen. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte mit rund 810 Mrd US\$ oder 6,5% des Bruttoinlandsprodukts einen neuen Höchststand. Geschlossen wurde diese Lücke zu einem erheblichen Teil erneut durch Dollar-Käufe insbesondere asiatischer Notenbanken – allen voran der Chinas.

Hinter den Erwartungen zurück blieb dagegen einmal mehr die Entwicklung in Deutschland und im gesamten Euro-Raum. In der ersten Hälfte der laufenden Dekade betrug das jahresdurchschnittliche Wachstum hierzulande lediglich 0,75%; im abgelaufenen Jahr war die Rate mit 0,9% nur unwesentlich höher. Impulse kamen – wie schon in den Vorjahren – vor allem vom Außenhandel. Positiv zu vermelden ist zudem, dass sich die Investitionstätigkeit im Verlauf des Jahres etwas belebte. Schwachstelle im Konjunkturbild war dagegen erneut der private Konsum, der – preisbereinigt – stagnierte, zumal der Einkommenszuwachs nicht nennenswert höher war als der Preisanstieg. In der Europäischen Währungsunion (EWU) war der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts erneut um knapp einen halben Prozentpunkt höher als in Deutschland; mit rund 1,3% wurde das Wachstum des Produktionspotenzials aber deutlich unterschritten.

Im Sog des dynamischen Wachstums der Weltwirtschaft stiegen die Preise für Rohöl weiter kräftig an und erreichten Ende August, als der Hurrikan „Katrina“ die Ölförderung im Golf von Mexiko fast völlig lahm legte, mit knapp 70 US\$ je Barrel der Nordseesorte Brent vorübergehend einen historischen Höchststand. Im Durchschnitt des Jahres lag der Ölpreis mit 54 US\$ je Barrel etwa doppelt so hoch wie zwei Jahre zuvor. Die Verteuerung von Energie führte zu einem beschleunigten Anstieg der Verbraucherpreise. Da der weltweit starke Wettbewerb ein Überspringen der Teuerungsimpulse auf die Löhne verhinderte, blieben Zweitrundeneffekte – anders als bei den Ölpreisschüben Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre – bisher aus. Die ohne Energiepreise errechnete Kernrate des Verbraucherpreisanstiegs blieb daher durchweg moderat. Gleichwohl hinterließ die Ölverteuerung Spuren auf den Zinsmärkten. Zahlreiche Notenbanken erhöhten die Leitzinsen, um einem Aufkeimen von Inflationserwartungen vorsorglich entgegenzuwirken. Die amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) setzte ihren Mitte 2004 begonnenen Kurs der geldpolitischen Straffung fort und erhöhte im vergangenen Jahr den zentralen Leitzins in acht Schritten von 2,25% auf 4,25%. Im Dezember 2005 leitete die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinswende ein und erhöhte den Hauptrefinanzierungssatz vom historischen Tiefstand von 2% auf 2,25%. Auf den Bondmärkten kam es im zweiten Halbjahr zu einer Tendenzwende. Die Renditen, die bis in den Spätsommer hinein gesunken waren, zogen weltweit an, blieben aber auf historisch niedrigem Niveau.

Entwicklung im Bankenmarkt

Die Erholung der europäischen Kreditwirtschaft gewann 2005 deutlich an Kraft. Führende europäische Banken konnten bei ihren Bruttoerträgen zweistellige Zuwächse verzeichnen. Starke Impulse kamen aus dem klassischen Investment Banking. Das Fixed Income- wie auch das Aktiengeschäft erstarkten gleichermaßen, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen legte erheblich zu. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen zwar ebenfalls, aufgrund der stark gestiegenen Erträge konnte die Cost/Income-Ratio aber nochmals gesenkt werden. Die Risikovorsorge ging weiter zurück, und die Gewinne stiegen mit hohen zweistelligen Zuwachsraten. Bei den führenden Banken lag die Eigenkapitalrentabilität oberhalb von 20%.

Die Entwicklung im deutschen Kreditgewerbe verlief nicht ganz so günstig. Die nach wie vor schwache Konjunktur in Deutschland dämpfte die Expansion. So war das Kreditgeschäft weiterhin sehr gedrückt. Zwar überstiegen die Tilgungen nicht mehr die Nachfrage nach Krediten wie 2004 – damals konnten die wenigen Investitionen voll aus dem laufenden Cashflow gedeckt werden –, die Kreditnachfrage belebte sich aber nur wenig. Zudem standen die Margen im Wettbewerb um „gute Risiken“ unter Druck. Auch dem Retailgeschäft fehlte es angesichts der schwachen Verbrauchskonjunktur an Schwung. Nach zwei Jahren mit leichten Rückgängen konnte das deutsche Kreditgewerbe allerdings wieder steigende Bruttoerträge verbuchen. Dabei wurde die Cost/Income-Ratio weiter gesenkt; sie lag aber immer noch deutlich über dem vergleichbaren Wert der europäischen Wettbewerber.

Hohe außerordentliche Belastungen – unter anderem durch die Rückzahlungen von Landesbanken zur Beilegung des EU-Beihilfestreits – entfielen 2005. Dadurch verbesserten sich die Gewinne deutscher Banken sprunghaft. Betrug die Eigenkapitalrendite vor Ertragsteuern aller deutschen Banken 2004 im Durchschnitt nur 4%, stieg sie 2005 auf rund 11%. Damit lag sie aber immer noch deutlich unter dem Niveau der übrigen EU-Staaten, deren Banken eine Eigenkapitalrentabilität von durchschnittlich etwa 16% aufweisen.

Strukturelle Entwicklungen in der WestLB

Im ersten vollen Geschäftsjahr nach der Neuausrichtung ist die WestLB bei der Umsetzung ihrer geschäftsstrategischen Ziele deutlich vorangekommen. Kern des Geschäftsmodells ist der vertraglich fixierte enge Verbund mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen. Die erstmals für das Geschäftsjahr 2005 erstellte gemeinsame Geschäftsplanung hat zu einer wesentlich intensiveren Zusammenarbeit geführt. Im Verbundbeirat wird regelmäßig über den Stand der Kooperation berichtet; er ist zudem zentrales Organ für die Koordination der Planungen, die dem gemeinsamen Marktengang von Sparkassen und WestLB im Sparkassen-Finanzverbund NRW zugrunde liegen. Ein zentrales Ziel ist dabei der weitere Ausbau des Mittelstandsgeschäftes. Hierzu haben wir einen eigenen Bereich Mittelstand eingerichtet und damit den Kundenangang weiter gestärkt.

Mit dem 19. Juli 2005 sind die staatlichen Haftungsgarantien Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Sparkassen und Landesbanken entfallen. Die WestLB hat sich auf diese einschneidende Veränderung ihrer geschäftlichen Rahmenbedingungen mit dem neuen Geschäftsmodell und einer Verbesserung ihrer Liquiditäts- und Kapitalausstattung vorbereitet. Neben der erfolgreichen Begebung von zwei Hybridanleihen Anfang 2005 in Höhe von 300 Mio US\$ und 240 Mio €, die jeweils zu über 50% von Privatanlegern gezeichnet wurden, zählt dazu auch die im November 2005

vollzogene Kapitalerhöhung mit einem Volumen von rund 959 Mio €. Die Kapitaleinlage wurde vollständig vom Land Nordrhein-Westfalen getragen. Die beiden Sparkassenverbände Rheinischer Sparkassen- und Giroverband (RSGV) sowie Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband (WLSGV) halten zusammenge-rechnet weiterhin die Mehrheit an der WestLB AG.

Durch die weitere planmäßige Veräußerung von nichtstrategischen Beteiligungen konnte darüber hinaus Eigenkapital freigesetzt werden. So haben wir uns 2005 von unseren Anteilen an der Klöckner & Co AG, der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH und der Boullioun Aviation Services Inc. getrennt. Zudem wurde das Principal Finance-Portfolio mit dem Verkauf der BoxClever Group, der Swan Group plc sowie der Beteiligung an Whyte&Mackay Ltd. vollständig abgebaut.

Mit einer Reihe von Initiativen haben wir unsere Angebotspalette um zusätzliche Geschäftsfelder erweitert und bestehende Aktivitäten ausgebaut. Ende 2005 haben wir mit der Sachsen-Finanzgruppe und der Sachsen LB eine Kooperationsvereinbarung getroffen. Demzufolge werden wir mit unseren Partnern bei der Entwicklung und Nutzung von Finanzprodukten zusammenarbeiten, die speziell auf die Bedürfnisse der Sparkassen und deren Kunden in Sachsen zugeschnitten sind. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass wir uns in einem späteren Schritt mit mindestens 25,1% an der Sachsen LB beteiligen können. Ob es zu einer Beteiligung kommt, werden wir nach erfolgter Due Diligence-Prüfung sowie nach Zustimmung der zuständigen Gremien im Laufe des Jahres 2006 entscheiden.

Durch die im Dezember 2005 erworbene Weberbank kehrt die WestLB im Verbund mit den Sparkassen zur alten Stärke im gehobenen Private Banking zurück. Über die Weberbank, die am 9. Dezember 2005 mit der Eintragung ins Handelsregister in eine AG umgewandelt wurde, bündeln wir das Direktgeschäft mit vermögenden Privatkunden. Mit der Eröffnung einer Niederlassung in Düsseldorf wurde das Geschäft Anfang 2006 auf Nordrhein-Westfalen ausgeweitet.

Zusammen mit der Mellon Financial Corporation, Pittsburgh, USA, vereinbarte die WestLB im Dezember 2005 die Gründung eines Joint Ventures, in dem beide Unternehmen wesentliche Teile ihrer Asset Management-Aktivitäten bündeln werden. Die Kooperation steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörden. Beide Partner werden sich zu jeweils 50% an dem neuen Unternehmen WestLB Mellon Asset Management Holdings Ltd. beteiligen. Das Joint Venture soll im ersten Quartal 2006 mit circa 240 Beschäftigten und über 40 Mrd € Assets under Management starten. Durch die Kooperation mit Mellon erhalten die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg über die WestLB Zugang zu den Produkten eines der weltweit größten und renommiertesten Unternehmen im Asset Management. Wir erschließen uns dadurch zusätzliche Vertriebskanäle für unsere bestehende Produktpalette und stärken die Internationalität unseres Geschäftes.

Wir haben zudem mit der DekaBank ein Joint Venture zum Vertrieb ausgewählter Publikumsfonds der WestLB-Tochtergesellschaft WestAM Luxemburg vereinbart. An dem geplanten Gemeinschaftsunternehmen mit Sitz in Luxemburg werden sich die DekaBank mit 51% und die WestLB mit 49% beteiligen. Durch die Kooperation werden Compass-Fondsprodukte über den Vertrieb der DekaBank für alle Privatkunden der Sparkassen-Finanzgruppe bereitgestellt. Das Fondsmanagement wird weiterhin von der WestAM verantwortet, die auch für den Vertrieb außerhalb des Sparkassen-Privatkundenbereichs zuständig ist.

Im September 2005 haben wir zusammen mit der NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale, der Shinsei Bank Ltd. und J. C. Flowers & Co. LLC die SGK Servicegesellschaft Kreditmanagement mbH mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet. An der SGK sind wir mit 33,33% beteiligt. Die SGK ist bundesweit das erste Unternehmen im öffentlich-rechtlichen Bankensektor für den Ankauf, die Restrukturierung sowie Verwertung Not leidender Kredite. Durch die SGK erschließen wir uns zusammen mit unseren Partnern ein zukunftssträchtiges Geschäftsfeld bei Ankauf und Servicing von Non Performing Loans. Das Gemeinschaftsunternehmen wendet sich mit seinem Angebot sowohl an die öffentlich-rechtlichen als auch an die privaten Banken in Deutschland.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erteilte uns im September 2005 die Lizenz für das öffentliche Pfandbriefgeschäft. Damit setzt die Bank wieder selbst Pfandbriefe zur Refinanzierung ihres wachsenden Staats- und Kommunalkreditgeschäftes ein. Die Westdeutsche ImmobilienBank (WIB) konzentriert sich künftig auf das Immobilienkreditgeschäft und das dazugehörige Hypothekendarlehenpfandbriefgeschäft. Einen besonderen Schwerpunkt legt sie auf die Zusammenarbeit mit den Sparkassen und deren Kunden. Die WIB wird die bisher selbst begebenen öffentlichen Pfandbriefe weiterhin in vollem Umfang am Markt betreuen. Die bisherige Emissionstätigkeit im Bereich öffentlicher Pfandbriefe der in Irland beheimateten WestLB Covered Bond Bank plc (WCBB) wird planmäßig zurückgefahren und künftig im Wesentlichen auf Privatplatzierungen und strukturierte Emissionen fokussiert. Dabei ist die WCBB in die Aktivitäten des Unternehmensbereichs WestLB Capital Markets eingebunden.

EU-Verfahren

Neben den Herausforderungen des Marktes hatte sich die WestLB in den vergangenen Jahren europarechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Integration der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen (Wfa) sowie den Haftungsinstituten Anstaltslast und Gewährträgerhaftung zu stellen. Als größte und am stärksten international ausgerichtete Landesbank stand sie in Deutschland – oft stellvertretend für den gesamten öffentlich-rechtlichen Finanzsektor – im Mittelpunkt, wenn es um die Klärung strittiger Grundsatzfragen des europäischen Bankenmarktes ging.

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte die Wfa 1992 als Sacheinlage in die WestLB eingegliedert und damit zusätzliches Haftkapital in Höhe von rund 2 Mrd € in die Bank eingebracht. Der Bundesverband deutscher Banken (BdB) reichte 1994 bei der Europäischen Kommission Beschwerde gegen die Höhe der Vergütung für das Wfa-Kapital ein.

Am 20. Oktober 2004 erließ die Europäische Kommission eine abschließende Entscheidung. In dieser legte sie einen im Sommer 2004 mit dem BdB verhandelten Renditesatz zugrunde. Der hiernach von der WestLB an das Land Nordrhein-Westfalen zu leistende Rückforderungsbetrag inklusive Zinsen belief sich auf rund 1,4 Mrd €, die zu Lasten der Erfolgsrechnung 2004 gebucht wurden. Die WestLB setzte die Entscheidung am 21. Januar 2005 im Wege eines Effective Payments ordnungs- und fristgemäß um.

Unter Berücksichtigung der von der Europäischen Kommission für eine Kapitalzuführung aufgestellten Bedingungen führte das Land Nordrhein-Westfalen der WestLB im Rahmen einer Kapitalerhöhung Ende Oktober 2005 rund 959 Mio € zu. Zuvor – im April und Mai 2005 – hatte die WestLB ihr Kernkapital durch Begebung zweier Hybridanleihen in einem Volumen von 300 Mio US\$ und 240 Mio € gestärkt. Die Hybridkapitalemissionen wurden jeweils zu 51% bei privaten Anlegern platziert. Zu gleichen Konditionen übernahm das Land Nordrhein-Westfalen die jeweils verbleibenden 49%.

In einem parallelen Verfahren gegen die HSH Nordbank AG hatte die Europäische Kommission Ende 2004 eine Entscheidung erlassen, wonach die HSH Nordbank AG als Rechtsnachfolgerin der Landesbank Schleswig-Holstein und der Hamburgischen Landesbank verpflichtet war, insgesamt rund 756 Mio € an das Land Schleswig-Holstein sowie an die Freie und Hansestadt Hamburg zurückzuzahlen. Diese Rückzahlung erfolgte zum Jahreswechsel 2004/2005. Im Sommer 2005 führten die Aktionäre einschließlich der WestLB AG der HSH Nordbank AG im Rahmen einer Kapitalerhöhung rund 556 Mio € zu. Auch diese Kapitalmaßnahme erfolgte im Einklang mit den von der Europäischen Kommission aufgestellten Bedingungen.

Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung

Unabhängig von dem vorgenannten Verfahren reichte die Europäische Bankenvereinigung Ende 1999 eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission mit dem Ziel ein, Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute als staatliche Beihilfen und mit dem europäischen Wettbewerbsrecht als nicht vereinbar einzustufen. Die Europäische Kommission schloss sich dieser Auffassung an und forderte von der Bundesrepublik Deutschland, diese Haftungs-institute abzuschaffen.

Um die dauerhafte Belastung durch jahrelange Rechtsstreitigkeiten und eine damit verbundene Schwächung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Markt zu vermeiden, wurde eine außergerichtliche Einigung mit der Europäischen Kommission erzielt (so genannte Verständigung). Dieser Kompromiss sieht vor, dass die Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Finanzinstitute unangetastet bleibt. Anstaltslast und Gewährträgerhaftung waren jedoch nach einer bis zum 18. Juli 2005 laufenden Übergangsphase abzuschaffen.

Wie jeder private Anteilseigner einer privatrechtlich organisierten Gesellschaft auch können die Träger öffentlich-rechtlicher Finanzinstitute ihren Instituten selbstverständlich weiterhin Kapital zur Verfügung stellen. Entsprechende Maßnahmen müssen zu marktüblichen Konditionen erfolgen, um mit dem europäischen Beihilferecht in Einklang zu stehen.

Die in der Verständigung mit der Europäischen Kommission festgelegten Regelungen und Übergangsfristen wurden in den einschlägigen Landesgesetzen festgeschrieben. Danach sind alle Verbindlichkeiten, die zum Stichtag 18. Juli 2001 bereits vereinbart worden waren, bis zum Ende ihrer Laufzeit ohne Einschränkung durch die Gewährträgerhaftung gedeckt. Für die Gläubiger eines von der Verständigung betroffenen Kreditinstitutes – einschließlich der WestLB AG – bedeutet dies, dass sich für die bereits am Stichtag 18. Juli 2001 vereinbarten Verbindlichkeiten diesbezüglich keinerlei Veränderungen ergeben (Grandfathering).

In der Übergangsfrist vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 blieben Anstaltslast und Gewährträgerhaftung in ihrer bisherigen Form erhalten.

Die in dieser Übergangszeit eingegangenen Verbindlichkeiten sind durch die Gewährträgerhaftung in vollem Umfang und unbefristet gesichert, sofern deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Die Träger der Institute werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung bis zur Endfälligkeit der Positionen umgehend nachkommen, sobald sie bei Fälligkeit der jeweiligen Verbindlichkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger keine Befriedigung aus dem Vermögen des jeweiligen Institutes erhalten können. Dies schließt explizit die Möglichkeit ein, Verbindlichkeiten in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der Fälligkeit zu bedienen. Eine beihilferechtliche Notifizierung ist dabei nicht erforderlich.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das Geschäftsjahr 2005 war maßgeblich geprägt von der Umsetzung des neuen Geschäftsmodells. An dessen Anforderungen richtete sich auch die Personalarbeit der Bank aus.

Neben einem punktuellen Personalaufbau und der Entwicklung notwendiger Mitarbeiterqualifikationen wurde im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen an anderen Stellen auch Personal zur weiteren Kostensenkung abgebaut. Trotz der Integration von circa 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der WestLB Research GmbH zum 1. Januar 2005 und der Einstellung von über 250 neuen Beschäftigten blieb der Personalbestand zum 31. Dezember 2005 mit 5.190 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (4.909 Vollzeitarbeitskräfte) gegenüber dem Vorjahr (5.197 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. 4.950 Vollzeitarbeitskräfte) weitgehend unverändert.

Kundenorientierung mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sicherstellen

Ziel unserer Personalentwicklung ist es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Herausforderungen der Zukunft im Hinblick auf das neue Geschäftsmodell zu qualifizieren. Personalumbau und Kostenreduktion mussten mit einer zielgerichteten Personalentwicklung in Einklang gebracht werden. Schwerpunkte waren dabei auch in diesem Jahr Maßnahmen zur Vertriebsqualifizierung sowie der gezielte Ausbau der Produktkompetenz.

Ausbildung auf hohem Niveau

Insgesamt 55 Auszubildende haben im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Ausbildung erfolgreich beendet. Dabei erreichten sowohl die Absolventen des Diplomstudiengangs an der Berufsakademie Villingen-Schwenningen als auch die Kaufleute für Bürokommunikation herausragende Abschlüsse und stellten jeweils die Jahrgangsbesten. Auch in diesem Jahr konnte wieder allen übernahmeinteressierten Auszubildenden ein Arbeitsplatz angeboten werden.

Neu eingestellt wurden in diesem Jahr 26 Auszubildende in drei Berufsbildern. Außerdem wurden sowohl das Trainee- als auch das Förderprogramm weiter ausgebaut. Das Traineeprogramm orientiert sich unmittelbar an den Anforderungen der Geschäftsbereiche und wird entsprechend gezielt weiterentwickelt. 2005 wurden sieben Trainees eingestellt.

Mit unserem Förderprogramm unterstützen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auf eigene Initiative und vielfach in ihrer Freizeit externe Weiterbildungsmöglichkeiten nutzen.

Positionierung in den relevanten Personalmärkten

Die wesentliche Herausforderung des Personalmarketings lag im zurückliegenden Geschäftsjahr in der gezielten Verbesserung des Arbeitgeberimages bei gleichzeitiger Optimierung des Ressourceneinsatzes.

Vor diesem Hintergrund haben wir unser studienbegleitendes Betreuungs- und Förderprogramm CampusCircle überarbeitet. Ziel ist es, einen stärker auf den tatsächlichen Bedarf ausgerichteten Talentpool aufzubauen, aus dem qualifizierter Nachwuchs rekrutiert werden kann. Durch die Begrenzung der Teilnehmerzahl stellen wir zudem eine intensivere Betreuung sicher.

Gemeinsam mit ausgewählten Universitäten verfolgen wir das Ziel, Forschung und Lehre noch stärker mit der Praxis im Bankgeschäft zu verzahnen. Dadurch können bankrelevante Themen vorangetrieben und gleichzeitig interessierte Kandidatinnen und Kandidaten als Praktikanten oder Direkteinsteiger für die WestLB gewonnen werden. 2005 absolvierten insgesamt 110 Studierende ein mindestens sechswöchiges Praktikum in unserer Bank.

Diversity: Verschiedenheit gewinnbringend für unsere Kunden und Mitarbeiter nutzen

Das Diversity-Konzept der WestLB schafft Rahmenbedingungen, unter denen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl ihre Leistungsfähigkeit als auch ihre Kreativität – unabhängig von persönlichen Merkmalen wie zum Beispiel Geschlecht, Alter, Herkunft oder Schwerbehinderung – frei entwickeln und entfalten können.

Bestandteil dieses Konzeptes ist beispielsweise die Gewährleistung der Chancengleichheit der Geschlechter am Arbeitsplatz. Insgesamt stellen die Mitarbeiterinnen fast die Hälfte der Belegschaft, jedoch sind nur circa 12% von ihnen in Führungspositionen zu finden. Daher haben wir einen Gleichstellungsplan mit dem Ziel aufgestellt, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Ebenso bewährt hat sich das Mentoringprogramm. Hier werden jährlich etwa zwei Dutzend junge Fach- und Führungskräfte von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen unterstützt, um sich fachlich und persönlich weiterentwickeln zu können.

Weitere Inhalte des Diversity-Konzeptes sind Fairness am Arbeitsplatz und Generationengerechtigkeit (Bewältigung des demografischen Wandels), Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Work-Life-Balance) sowie interkulturelles Management (Berücksichtigung kulturell verschiedener Verhaltensweisen).

Niederlassungsnetz der WestLB AG

Zusätzlich zu unserem Hauptsitz in Düsseldorf und Münster unterhalten wir unverändert Niederlassungen in Berlin, Dortmund, Frankfurt am Main und Köln. Darüber hinaus betreiben wir in Deutschland Vertriebsbüros in Bielefeld, Hamburg, München und Stuttgart. Das Kundengeschäft in Europa erfolgt in den Niederlassungen in Istanbul, London, Madrid, Mailand und Paris. Außerhalb Europas unterhält die Bank Niederlassungen in Hongkong, New York, Shanghai, Singapur, Sydney, Tokio und Toronto. Die internationale Präsenz wird durch Repräsentanzen in wichtigen Wirtschaftszentren vervollständigt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die Auslandsstandorte hinsichtlich möglicher Effizienzsteigerungen untersucht. Insbesondere durch die weitere Zentralisierung von Abwicklungsfunktionen in Düsseldorf und London werden für die folgenden Geschäftsjahre weitere Effizienzsteigerungen erwartet.

Bilanzierungsmethoden und Berichtsstandards

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte die WestLB AG ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 430,1 Mio €, das um 1.304,9 Mio € über dem des Vorjahres liegt. Das negative Ergebnis des Vorjahres resultierte aus den außerordentlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Abschluss des Wfa-Beihilfeverfahrens. Auf Basis der Mark-to-Market-Bewertung der Handelsbestände beträgt das Vorsteuerergebnis 591,0 Mio €.

Der Jahresüberschuss von 341,3 Mio € wird in voller Höhe zur Wiederauffüllung der im Jahr 2003 begebenen stillen Einlage, die anteilig an den Verlusten der Vorjahre teilgenommen hatte, verwendet. Die vertragliche Bedienung der Verpflichtungen aus Genussscheinen erfolgt wie in den Emissionsbedingungen vorgesehen.

Die Eigenkapitalrentabilität ermitteln wir als Verhältnis des Jahresergebnisses (Ergebnis vor Steuern bzw. Jahresüberschuss) auf der Basis der Mark-to-Market-Bewertung der Handelsbestände zum durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern insbesondere aufgrund des deutlich gestiegenen durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapitals von 13,5% (ohne Sondereffekt aus dem EU-Beihilfeverfahren) auf 10,4%.

WestLB AG Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	1. 1.–31. 12. 2005 Mio €	1. 1.–31. 12. 2004 Mio €	Veränderung	
			Mio €	in %
Zinsüberschuss	1.391,2	1.657,3	- 266,1	- 16,1
Provisionsüberschuss	311,4	278,0	33,4	12,0
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	- 106,4	- 92,8	- 13,6	- 14,7
Saldo sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge	- 89,6	59,1	- 148,7	< - 100
Personalaufwand	- 789,2	- 697,5	- 91,7	- 13,1
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 720,3	- 777,7	57,4	7,4
Kreditrisikovorsorge	111,8	234,4	- 122,6	- 52,3
Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen	321,2	35,4	285,8	> 100
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	430,1	696,2	- 266,1	- 38,2
Außerordentliches Ergebnis	0,0	- 1.571,0	1.571,0	100,0
Ergebnis vor Steuern	430,1	- 874,8	1.304,9	> 100
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 65,1	- 45,2	- 19,9	- 44,0
Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	- 23,7	0,0	- 23,7	< - 100
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	341,3	- 920,0	1.261,3	> 100
Nachrichtlich: Nettoergebnis aus Finanzgeschäften (Mark-to-Market)	54,5	- 104,9	159,4	> 100

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss liegt mit 1.391,2 Mio € zwar deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahres, unter Berücksichtigung der Sonderausschüttung der WestLB International S.A., Luxemburg, aus dem Jahr 2004 reduzierte sich der Zinsüberschuss jedoch nur geringfügig. Belastend wirkten sich insbesondere der anhaltende Margendruck aufgrund des starken Wettbewerbs im Kreditgeschäft sowie Prefunding-Kosten aus. Im Zinsüberschuss sind Ergebnisbeiträge aus der Veräußerung der Mehrheitsanteile an der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH (DAL) sowie eine Dividendenausschüttung der West Logistics GmbH aus dem Verkauf der Klöckner & Co AG enthalten.

Die Zinsspanne auf Basis der durchschnittlichen Risikoaktiva (BIZ) verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 29 Basispunkte auf 1,80%.

Provisionsüberschuss

Trotz Einmalbelastungen aus einer verstärkten Emissionstätigkeit – insbesondere für die im abgelaufenen Geschäftsjahr begebene stille Einlage – konnte der Provisionsüberschuss um 12,0% auf 311,4 Mio € gesteigert werden. Diese erfreuliche Ergebnisentwicklung ist im Wesentlichen auf gestiegene Provisionserträge aus dem Konsortialkreditgeschäft sowie aus Projektfinanzierungen und Verbriefungstransaktionen zurückzuführen.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Mit – 106,4 Mio € liegt das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften nach HGB geringfügig unter dem Niveau des Jahres 2004. Auf Basis einer Mark-to-Market-Bewertung beträgt das Ergebnis 54,5 Mio € und liegt damit um 159,4 Mio € über dem des Vorjahres. Ursächlich für den Anstieg des Mark-to-Market-Ergebnisses war vor allem der Handel mit Aktien und Aktienderivaten. Das in dieser Position erfasste Ergebnis aus Zinsprodukten ist in einem engen Zusammenhang mit Ergebnisanteilen aus dem Geldmarkt- und Wertpapierhandelsgeschäft zu sehen, die im Zinsüberschuss auszuweisen sind.

Saldo sonstige betriebliche Aufwendungen/Erträge

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen/Erträgen beträgt – 89,6 Mio €. Der deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert (59,1 Mio €) ist im Wesentlichen auf höhere Zuführungen zu Prozessrückstellungen, Rückstellungen für die Anpassung der Betriebs- und Organisationsstruktur sowie Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Verkauf von nichtstrategischen Beteiligungen (Boullioun, Klöckner & Co AG, Deutsche Anlagen-Leasing GmbH) zurückzuführen. Zudem enthält diese Position die Zuführungen in Höhe von 25,0 Mio € zum gemeinsamen Reservefonds mit den nordrhein-westfälischen Sparkassen.

Verwaltungsaufwand

Mit 1.509,5 Mio € liegen die Verwaltungsaufwendungen geringfügig um 2,3% über dem Vorjahresniveau.

Der Personalaufwand erhöhte sich um 91,7 Mio € auf 789,2 Mio €. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf den geänderten Ausweis der Restrukturierungsaufwendungen zurückzuführen, die in den Vorjahren noch im außerordentlichen Ergebnis erfasst worden waren. Verantwortlich für den Anstieg des Personalaufwandes sind darüber

hinaus Tariferhöhungen und Kaufkraftanpassungen bei den laufenden Gehaltszahlungen sowie höhere Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, die aus der Anwendung der neuen Heubeck-Richttafeln für die Bewertung der Pensionsverpflichtungen resultieren.

Dagegen zeigen sich bei den anderen Verwaltungsaufwendungen deutliche Erfolge unserer Cost Containment-Maßnahmen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen konnten insgesamt um 57,4 Mio € auf 720,3 Mio € gesenkt werden.

Die Cost/Income-Ratio ermitteln wir als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu den Erträgen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf Basis der Mark-to-Market-Bewertung der Handelsbestände. Gegenüber 2004 verbesserte sich die Cost/Income-Ratio von 76,6% auf 75,6%.

Kreditrisikoversorge

Das Risikoergebnis im Kreditgeschäft fällt mit 111,8 (i.V. 234,4) Mio € erneut positiv aus. Dies resultiert nach wie vor aus der konsequenten Portfoliobereinigung früherer Jahre und einem nachhaltigen aktiven Risikomanagement. Der Risikoversorgebestand trägt allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung.

Eine detaillierte Aufgliederung des Risikoversorgeergebnisses befindet sich im Risikobericht.

Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen

Das Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen beträgt 321,2 Mio € und liegt damit um 285,8 Mio € über dem Vorjahresergebnis. Es setzt sich wie folgt zusammen:

	1. 1.–31. 12. 2005 Mio €	1. 1.–31. 12. 2004 Mio €	Veränderung	
			Mio €	in %
Ergebnis aus Beteiligungen	309,7	37,0	272,7	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen	11,5	- 1,6	13,1	> 100
Ergebnis aus Finanzanlagen und Beteiligungen	321,2	35,4	285,8	> 100

Entsprechend der strategischen Neuausrichtung haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr weitere nichtstrategische Beteiligungen veräußert. Das Beteiligungsergebnis 2005 ist im Wesentlichen auf Verkäufe von Anteilen an RWE, Heidelberger Zement South-East Asia GmbH, Fresenius und Banca Carige S.p.A. zurückzuführen. Im Ergebnis aus Beteiligungen sind auch Aufwendungen aus der Verlustübernahme bei Töchtern in Höhe von 11,7 (i.V. 15,4) Mio € enthalten.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen liegt mit 13,1 Mio € über dem Vorjahresniveau und umfasst hauptsächlich Verkäufe von Anleihen und Schuldverschreibungen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Zum Steueraufwand von 65,1 Mio € tragen inländische Ertragsteuern mit 42,9 Mio € und Ertragsteuern der ausländischen Niederlassungen mit 22,2 Mio € bei.

Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne

Die Teilgewinnabführungen auf die im Geschäftsjahr begebenen stillen Einlagen betragen 23,7 Mio €.

Bilanz und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme sowie das Geschäfts- und Kreditvolumen stiegen im Vergleich zum Vorjahr deutlich.

Im Überblick stellen sich die Bilanz und das Geschäftsvolumen im Vorjahresvergleich folgendermaßen dar:

Bilanzposten Aktiva

	31. 12. 2005 Mrd €	31. 12. 2004 Mrd €	Veränderung	
			Mrd €	in %
Barreserve/Liquide Schuldtitel	1,8	3,9	- 2,1	- 53,8
Forderungen an Kreditinstitute	79,8	81,7	- 1,9	- 2,3
Forderungen an Kunden	71,0	56,2	14,8	26,4
Wertpapiere/Ausgleichsforderungen	56,7	57,5	- 0,8	- 1,4
Beteiligungen/verbundene Unternehmen	6,0	6,6	- 0,6	- 9,1
Treuhandvermögen	0,4	0,5	- 0,1	- 20,0
Sachanlagen/ Immaterielle Vermögensgegenstände	0,3	0,3	0,0	0,0
Sonstige Aktiva	8,3	7,9	0,4	5,1
Bilanzsumme	224,3	214,6	9,7	4,5

Bilanzposten Passiva

	31. 12. 2005 Mrd €	31. 12. 2004 Mrd €	Veränderung	
			Mrd €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102,6	94,4	8,2	8,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	51,6	58,9	- 7,3	- 12,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	43,7	35,8	7,9	22,1
Treuhandverbindlichkeiten	0,4	0,5	- 0,1	- 20,0
Sonstige Passiva	14,1	14,6	- 0,5	- 3,4
Nachrangige Verbindlichkeiten/ Genussrechtskapital	6,2	6,5	- 0,3	- 4,6
Eigenkapital/Fonds für allgemeine Bankrisiken	5,7	3,9	1,8	46,2
Bilanzsumme	224,3	214,6	9,7	4,5
Eventualverbindlichkeiten	10,5	9,6	0,9	9,4
Andere Verpflichtungen/Kreditzusagen	83,0	46,3	36,7	79,3
Geschäftsvolumen	317,8	270,5	47,3	17,5

Kreditvolumen

Das Kreditvolumen der WestLB betrug zum 31. Dezember 2005 insgesamt 251,5 Mrd € gegenüber 201,4 Mrd € zum Vorjahresende.

Innerhalb eines Jahres wurde das Volumen der anderen Verpflichtungen/Kreditzusagen um 36,7 Mrd € auf nunmehr 83,0 Mrd € erhöht. Nachdem wir im Jahr 2004 Liquiditätsunterstützungslinien nur restriktiv gewährt haben, weiteten wir sie im Zusammenhang mit Asset-Backed-Transaktionen wieder deutlich aus.

Kreditvolumen

	31. 12. 2005 Mrd €	31. 12. 2004 Mrd €	Veränderung	
			Mrd €	in %
Forderungen an Kreditinstitute	79,8	81,7	- 1,9	- 2,3
Forderungen an Kunden	71,0	56,2	14,8	26,3
Eventualverbindlichkeiten	10,5	9,6	0,9	9,4
Andere Verpflichtungen/Kreditzusagen	83,0	46,3	36,7	79,3
Bilanzielles Kreditvolumen	244,3	193,8	50,5	26,1
Derivative Geschäfte (Kreditrisikoäquivalente)	7,2	7,6	- 0,4	- 5,3
Kreditvolumen insgesamt	251,5	201,4	50,1	24,9

Wertpapierbestände

Der Gesamtbestand von 50,6 Mrd € an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren setzt sich aus 1,4 Mrd € Geldmarktpapieren, 47,7 Mrd € Anleihen und Schuldverschreibungen sowie 1,5 Mrd € eigenen Schuldverschreibungen, die zur Kurspflege gehalten werden, zusammen. Die Geldmarktpapiere lauten überwiegend auf Fremdwährung. Von den Anleihen und Schuldverschreibungen sind insgesamt 16,7 Mrd € variabel verzinslich.

Der Finanzanlagebestand an Wertpapieren ist Teil des Anlagevermögens der Bank und fast vollständig endfälligkeits- und währungskongruent refinanziert bzw. mit Zinsderivaten abgesichert; bei den als Liquiditätsreserve geführten Beständen ist dies überwiegend der Fall.

Zum 31. Dezember 2005 belaufen sich die Buchwerte der Aktien und der anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere auf rund 6,1 Mrd €. Das Volumen der darin enthaltenen Investmentfondsanteile, die überwiegend von Konzernunternehmen der WestLB aufgelegt wurden und der Eigenanlage dienen, betrug rund 2,4 Mrd €.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Auch im Jahr 2005 setzte sich der Trend zur Bereinigung des Portfolios an Beteiligungen fort. In der Bilanz werden 0,9 Mrd € an Beteiligungen und rund 5,1 Mrd € an Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen ist insbesondere der Erwerb der Weberbank Actiengesellschaft hervorzuheben. Darüber hinaus gründeten wir die Verbriefungsgesellschaft Vivaldis – Gesellschaft für strukturierte Lösungen S.A. mit Sitz in Luxemburg. Geschäftszweck dieser Gesellschaft ist die Emission strukturierter Wertpapiere. Das Vivaldis-Angebot richtet sich an Sparkassen und Banken, die auf der Suche nach alternativen Refinanzierungsmöglichkeiten sind und gleichzeitig den Vertrieb strukturierter Anleihen und Zertifikate ausbauen wollen.

Bei den Beteiligungen stellt die SGK Servicegesellschaft Kreditmanagement mbH einen strategisch bedeutsamen Zugang dar.

In einem günstigen Marktumfeld – der DAX gewann im Verlaufe des Jahres 2005 rund 27% – trennte sich die WestLB von Anteilen an der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG, der RWE AG, der ThyssenKrupp AG, der Fresenius AG und der Heidelberger Zement South-East Asia GmbH.

Die Beteiligung an der Banca Carige S.p.A., Genua, wurde an eine Konzerngesellschaft übertragen.

Einlagen von Kreditinstituten und Kunden

Die Mittelaufnahme bei Kreditinstituten gewann im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber anderen Refinanzierungsquellen an Bedeutung. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beliefen sich am 31. Dezember 2005 auf 102,6 Mrd €. Die Kundenverbindlichkeiten reduzierten sich deutlich auf 51,6 Mrd €.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sind insgesamt 46,6 Mrd € an zinsbezogenen Wertpapierpensionsgeschäften enthalten.

Emissionsgeschäft

Die Veränderung des Kreditratings auf A- (Standard & Poor's) und A1 (Moody's Investors Service) zum 18. Juli 2005 infolge der geänderten gesetzlichen Regelungen zu Anstaltslast und Gewährträgerhaftung blieb nicht ohne Einfluss auf die Emissionstätigkeit der WestLB AG.

Insgesamt haben wir ein Volumen von 10,6 Mrd € mit mittel- bzw. langfristigen Laufzeiten begeben. Davon entfallen 8,7 Mrd € auf den Zeitraum bis zum 18. Juli 2005 und 1,9 Mrd € auf den Zeitraum danach. Zum 31. Dezember 2005 belaufen sich die Mittelaufnahmen am Kapitalmarkt auf 51,3 Mrd €.

Im ersten Halbjahr wurden verschiedene Benchmark-Anleihen aufgelegt und vorwiegend bei institutionellen Investoren im In- und Ausland platziert. Nennenswert waren dabei – neben zwei EUR-Anleihen von jeweils 1 Mrd € aus unserem Debt Issuance Programm – zwei Extendible Notes über insgesamt rund 2,4 Mrd US\$, die vorwiegend an regulierte Geldmarktfonds in den USA verkauft wurden.

Im zweiten Halbjahr des Jahres 2005 verschob sich der Emissionsschwerpunkt auf kleinteiligere strukturierte Produkte mit Platzierung bei Privatkunden von Sparkassen und institutionellen Investoren in Deutschland. Diese Produkte werden in enger Kooperation mit unseren Partner-Sparkassen entwickelt.

Als Maßnahme zur Stärkung unseres Kernkapitals haben wir zwei Hybridkapital-emissionen in Höhe von 300 Mio US\$ und 240 Mio € mit unbegrenzter Laufzeit für Privatinvestoren in Asien und Europa begeben. Zudem haben wir eine in US\$ ausstehende Nachranganleihe durch ein Exchange Offer in den USA teilweise zurückgekauft und durch eine 300 Mio US\$ Neuemission – endfällig im Jahr 2015 – getauscht. Dadurch wird die volle aufsichtsrechtliche Anerkennung als Ergänzungskapital um weitere sechs Jahre Laufzeit verlängert.

Die Pfandbriefstrategie ist erfolgreich umgesetzt worden. Mit dem Erhalt der Zulassung durch die BaFin gemäß dem neuen Pfandbriefgesetz (PfandBG) werden wir zukünftig wieder zunehmend im Bereich der gedeckten Emissionen tätig sein. Der erste WestLB-Pfandbrief ist bereits als Privatplatzierung am Jahresende emittiert worden. Die erste öffentliche Pfandbrief-Benchmark-Emission soll 2006 begeben werden.

Die Refinanzierungskosten konnten im Jahr 2005 trotz der geänderten Bonitäts-einstufung konstant gehalten werden. Das ist auch auf die erfolgreich durchgeführte Diversifizierung im Emissionsverhalten der WestLB zurück zu führen. Dem Geschäftsjahr 2006 sehen wir positiv entgegen. Die bereits erfolgte Umstellung der Mittelaufnahme bei institutionellen und privaten Investoren im In- und Ausland sowie die zukünftige Emission besicherter Wertpapiere auf dem Pfandbriefmarkt werden dies gewährleisten.

Eigene Mittel

Gemäß der Eigenmittelempfehlung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (BIZ) hat die WestLB ihre Geschäftstätigkeit in angemessener Höhe mit Eigenmitteln zu unterlegen. Im Einzelnen dürfen die Eigenmittel 8% der Summe aus den gewichteten Adressenausfallrisiken des Anlage- und des Handelsbuches und dem 12,5fachen Anrechnungsbetrag der Marktrisikopositionen des Handelsbuches nicht unterschreiten. Die geforderte Eigenmittelunterlegung wurde von der WestLB AG im Jahr 2005 jederzeit deutlich übertroffen.

Die bankaufsichtsrechtlich anerkannten Eigenmittel gemäß BIZ setzen sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln zusammen und betragen zum 31. Dezember 2005 für die WestLB AG unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 10.362,9 Mio €. Im Einzelnen gliedern sich die anrechenbaren Eigenmittel wie folgt:

	WestLB AG 31. 12. 2005 Mio € nach Jahresergebnis	WestLB AG 31. 12. 2004 Mio € nach Jahresergebnis
Kernkapital	5.646,9	3.926,4
Eingezahltes Kapital	2.176,6	1.794,6
Offene Rücklagen	2.388,3	1.561,3
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	1.085,0	522,4
Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	82,0	82,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	– 85,0	– 33,9
Ergänzungskapital	4.577,0	3.926,0
Haftendes Eigenkapital	10.223,9	7.852,4
Dritrangmittel	444,0	1.735,0
ungenutzte Dritrangmittel	– 305,0	– 636,0
Eigenmittel/anrechenbares Eigenkapital BIZ	10.362,9	8.951,4

Zum 2. Januar 2003 hat die WestLB stille Einlagen in Höhe von 1.250,0 Mio € aufgenommen. Die stillen Einlagen sind nicht rückzahlbar, sondern werden in fünf Jahresraten à 250,0 Mio € zum Kurs von 750% bis zum 31. Dezember 2007 in Grundkapital und Rücklagen der WestLB gewandelt. Im Jahr 2005 wurde durch die Wandlung der zweiten Tranche ein Nennbetrag von 33,3 Mio € (entspricht 333.318 Stück nennwertloser Aktien mit einem auf die einzelne Stückaktie entfallenden rechnerischen Betrag des Grundkapitals von 100,00 €) in das Grundkapital eingestellt und die Kapitalrücklage um 216,7 Mio € erhöht. Die Wandlung der am 31. Dezember 2005 fälligen dritten Tranche ist im Februar 2006 in die Handelsregister in Düsseldorf und Münster eingetragen worden.

Im vierten Quartal des Geschäftsjahres wurde das Kapital der WestLB AG um insgesamt 959,0 Mio € durch das Land Nordrhein-Westfalen erhöht. Hiervon wurde ein Betrag von 348,7 Mio € in das Grundkapital eingestellt, der Restbetrag hat die Kapitalrücklage um 610,3 Mio € erhöht. Die Kapitalerhöhung wurde am 21. November 2005 in die Handelsregister in Düsseldorf und Münster eingetragen. Zum 31. Dezember 2005 betrug das gezeichnete Kapital der WestLB AG 2.176,6 (i.V. 1.794,6 Mio €). Es besteht aus 21.766.312 (i.V. 17.945.718) Stück nennwertlosen Aktien, die auf den Namen lauten, mit einem auf die einzelne Stückaktie entfallenden rechnerischen Betrag des Grundkapitals in Höhe von 100,00 €. Hiervon sind 8.107.400 Stück mit einem bis zum Jahr 2016 geltenden Dividendenvorzug ausgestattet. Alle Aktien sind mit dem gleichen Stimmrecht ausgestattet. Auf die NRW.BANK entfällt hiervon ein Anteil von 32,008%, auf das Land NRW ein Anteil von 16,682%, auf die beiden Sparkassenverbände RSGV und WLSGV jeweils ein Anteil von 25,475% und auf die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe ein Anteil von jeweils 0,180%.

Anfang 2005 wurden zwei weitere stille Einlagen über 300 Mio US\$ und 240 Mio € begeben, die jeweils zu über 50% von Privatanlegern gezeichnet wurden.

Die in die regulatorischen Eigenmittel einbezogenen Genussrechte und nachrangigen Verbindlichkeiten der WestLB AG erfüllen die Voraussetzungen für die Anrechenbarkeit nach BIZ. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung nicht entstehen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation werden Genussrechte und nachrangige Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Im Ergänzungskapital werden 1.606,6 Mio € Genussrechtskapital und 3.255,9 Mio € nachrangige Verbindlichkeiten angerechnet.

Auf Basis der gemäß BIZ anrechenbaren Eigenmittel wurden zum 31. Dezember 2005 die folgenden Kennziffern ermittelt:

Risikoaktiva und Eigenmittelunterlegung gemäß BIZ

	WestLB AG 31. 12. 2005 Mio € nach Jahresergebnis	WestLB AG 31. 12. 2004 Mio € nach Jahresergebnis
Adressenausfallrisiken	65.790	53.572
12,5facher Anrechnungsbetrag für Marktrisikopositionen	2.438	19.238
Gesamt	68.228	72.810
Kernkapitalquote	8,6	7,3
Kreditbezogene Kapitalquote	15,5	12,3
Eigenmittelquote	15,2	14,7

Risikobericht

Ziel des Risikomanagements der WestLB ist es, das Risikoprofil der Bank aktiv zu steuern. Wir haben daher in den vergangenen Jahren „best practice“-Risikomanagementverfahren aufgebaut und wollen auch weiterhin hohen Qualitätsstandards genügen. Sowohl die erweiterte bankaufsichtliche Zulassung unserer Marktpreisrisikomodelle als auch der frühzeitige Beginn der Basel-II-AIRB-Prüfung (Advanced Internal Ratings Based Approach) belegen die Qualität unserer Risikosteuerungsverfahren, -methoden und -prozesse. Auf die neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen – zum Beispiel aus den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) – ist die Bank damit gut vorbereitet.

Die Bank nutzt ihre Risikomanagementinfrastruktur zur Risikoanalyse und zur Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen. Unsere Prozesse und Verfahren ermöglichen es uns, unerwünschte Risikoentwicklungen frühzeitig zu erkennen und entsprechend gegenzusteuern.

Damit ist das Risikomanagement auch ein entscheidender Faktor für die Umsetzung des neuen Geschäftsmodells. Während im Jahr 2004 ein Schwerpunkt auf dem Abbau von Risikokonzentrationen sowie auf der Reduktion von Risiken aus nicht strategischen Beteiligungen lag, haben wir im Jahr 2005 den Fokus stärker auf zukunftsorientierte Maßnahmen gelegt. So setzten wir die Risiko/Ertrags-Steuerung auf Basis der internen Verfahren durchgängig bei der Neugeschäftssteuerung ein und passten die Risikostrategien dem neuen Geschäftsmodell noch präziser an.

Grundsätze des Risikomanagements

Unser Risikomanagement orientiert sich an folgenden Grundsätzen:

Die Bank misst das Risikoprofil an der Risikotoleranz. Der Vorstand legt in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat die Risikotoleranz und die darauf aufbauenden Risikostrategien fest.

Die Risikomanagementprozesse stellen die Transparenz des Risikoprofils sicher und ermöglichen damit eine vorausschauende Steuerung. Kernprozesse des Risikomanagements sind die Ermittlung, die Überwachung, die Analyse, die Steuerung und die Berichterstattung über die Risiken der Bank.

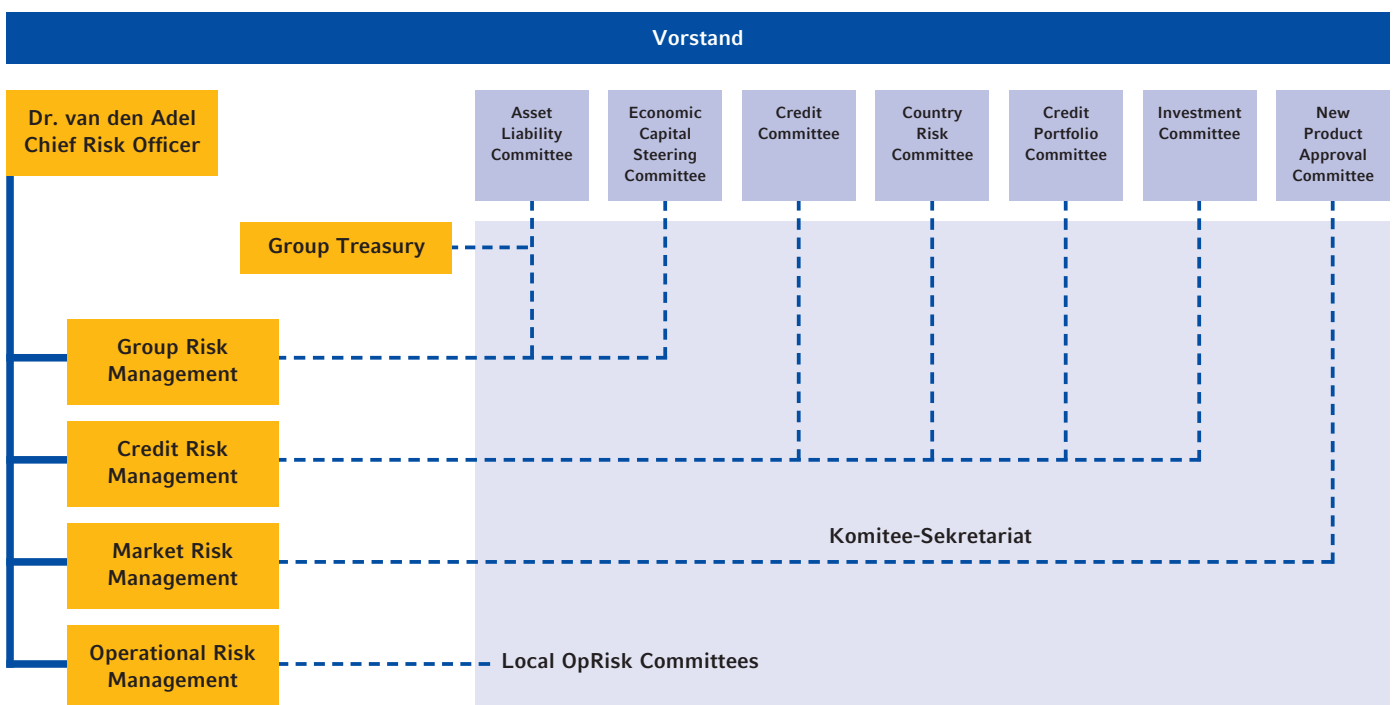
Das Risikomanagement ist Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Risiko, Ertrag und Kapitalbedarf werden dabei integriert betrachtet.

Die Verantwortlichkeiten von Organen, Komitees und Unternehmensbereichen sind klar definiert. Das Risikomanagement erfolgt organisatorisch unabhängig von den Marktbereichen.

Die Aufbauorganisation, die Risikoprozesse sowie die eingesetzten Mess- und Steuerungsverfahren richten wir an diesen Grundsätzen aus.

Organisation

Der Vorstand verantwortet konzernweit die Steuerung der Risiken. Die Grundsätze der Risikopolitik und der Risikosteuerung stimmt er dabei eng mit dem Risikoausschuss des Aufsichtsrates der Bank ab und informiert diesen regelmäßig detailliert über die Risikolage der Bank.



Gremien

Der Vorstand hat unternehmens- und geschäftsbereichsübergreifende Komitees eingerichtet und mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet.

Das Economic Capital Steering Committee (ECSC) entscheidet über die mit Basel II und Economic Capital verbundenen Prozesse, Parameter, Methoden und Steuerungsansätze und koordiniert deren Implementierung. Es setzt damit den Rahmen für die Risikosteuerung.

Das Asset Liability Committee (ALCO) verantwortet die Planung und Steuerung der strukturellen Liquidität und der Bilanzstruktur sowie die Allokation von ökonomischem und regulatorischem Kapital im Konzern.

Das Credit Committee (CC) ist die höchste Kompetenzebene für alle Kreditanträge, soweit nicht aufsichtsrechtliche Vorschriften oder andere Regularien eine Beschlussfassung durch den Gesamtvorstand erfordern.

Das Country Risk Committee (CRC) verantwortet die zentrale Länderlimitsteuerung.

Das Credit Portfolio Committee (CPC) verantwortet bankweit sämtliche Kreditrisikosteuerungsaktivitäten auf Portfolioebene.

Das Investment Committee (IC) ist die höchste Kompetenzebene für alle Kapitalbeteiligungsanträge und eigenkapitalnahen Geschäftsfälle – soweit nicht aufsichtsrechtliche Vorschriften oder andere Regularien eine Beschlussfassung durch den Gesamtvorstand bzw. den Aufsichtsrat erfordern.

Das New Product Approval Committee (NPAC) ist verantwortlich für den konzernweiten Prozess zur Genehmigung neuer Handelsprodukte.

Die Local OpRisk Committees dienen der Sensibilisierung für das Thema operationale Risiken und dem systematischen Informationsaustausch über aktuelle Schadenfälle der WestLB AG und anderer Unternehmen.

Die Geschäftsbereiche unterstützen die Arbeit der Komitees.

Bereiche

Der Chief Risk Officer (CRO) verantwortet im Vorstand die folgenden Bereiche, die organisatorisch unabhängig von der Marktseite sind:

Group Risk Management (GRM) ist für das Risikotoleranzkonzept (WestLB Capital Adequacy Programme, WestCap) verantwortlich. In diesem Zusammenhang stellt GRM sicher, dass die Risiken der Bank angemessen im ökonomischen Risikokapital reflektiert werden. GRM bereitet die Sitzungen des ECSCs vor und ist für die Umsetzung wesentlicher Anforderungen aus der zweiten Säule von Basel II verantwortlich.

Die in diesem Bereich durchgeführten Gesamtbankanalysen münden in einem integrierten Risikobericht, der für den Vorstand und die Aufsichtsgremien der Bank erstellt wird.

Darüber hinaus bildet GRM das Beteiligungs- und das Geschäftsrisiko ab.

Credit Risk Management (CRM) steuert und überwacht die Kreditrisiken und stellt in der WestLB den Marktfolgebereich gemäß den Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) und den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) dar.

CRM übernimmt die operative Kreditfunktion, die insbesondere die Einzelkreditrisikoanalyse und -genehmigung sowie die Überwachung der eingeräumten Limite umfasst. Dazu gehören die Raterstellung und das zweite Votum im Rahmen des Kreditprozesses.

CRM befasst sich darüber hinaus mit Grundsatzfragen des Kreditgeschäftes. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Methodenkompetenz und die Festlegung der Standards im Kreditgeschäft, die Umsetzung von aufsichtsrechtlichen Vorgaben sowie die Neu- und Weiterentwicklung interner Ratingsysteme.

Des Weiteren steuert CRM weltweit aktiv das Kreditportfolio der Bank und bereitet in diesem Zusammenhang auch die Kreditrisikostراتيجien vor.

Market Risk Management (MRM) analysiert, überwacht und steuert Risiken aus Handelstransaktionen des WestLB-Konzerns. Dabei überprüft MRM unter anderem die von den Handelsbereichen vorgeschlagenen Bewertungsmethoden, entwickelt bedarfsgerecht die internen Risikomodelle zur Kalkulation von Marktpreis- und Kontrahentenrisiken weiter und etabliert und veranlasst die erforderlichen regelmäßigen Überwachungsprozesse. Darüber hinaus verfasst MRM maßnahmenorientierte Berichte zu den Risiken aus dem Handelsgeschäft.

Operational Risk Management (ORM) definiert Rahmenvorgaben für das Management operativer Risiken. Dabei sorgt der Bereich bankweit für die Konsistenz der ORM-Aktivitäten, nimmt Stellung zu operationalen und Reputationsrisiken und berät die Geschäftsbereiche der Bank. Ein hoher Qualitätsstandard bei der Analyse, Messung, Steuerung und Überwachung der operationalen Risiken wird somit sichergestellt.

Neben den vom CRO verantworteten Bereichen tragen die folgenden Einheiten im weiteren Sinne zum Risikomanagement der Bank bei:

Der Bereich Group Treasury (GT) wurde im Jahr 2005 im Unternehmensbereich Asset Liability Management eingerichtet. GT steuert die Ressourcen Liquidität, Bilanzstruktur und Kapital unter Verantwortung des zuständigen Vorstandes. GT ist zuständig für die Refinanzierungsstrategie des WestLB-Konzerns und steuert die täglichen Liquiditätsströme innerhalb der Limite, die von den relevanten Gremien vorgegeben werden.

Darüber hinaus steuert GT die Zins- und Währungsrisiken des Bankbuches innerhalb von Risikolimiten und führt alle Transaktionen zur Beschaffung von Eigenkapital und Fremdkapital durch.

GT hat Marktzugang, bereitet in Zusammenarbeit mit GRM die Sitzungen des ALCOs vor und setzt die in diesem Gremium getroffenen Entscheidungen um.

Die Überwachung des GTs durch das ALCO trägt dem Grundsatz der Trennung von Management, Reporting und Limitüberwachung Rechnung. Darüber hinaus war die Neuordnung notwendig geworden, um den veränderten Refinanzierungsbedingungen gerecht zu werden – unter anderem aufgrund des Re-Ratings und des Wegfalls von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung.

Die Konzernrevision hat die Aufgabe, als unabhängige Stelle alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und das interne Kontrollsystem der Bank im Hinblick auf Angemessenheit, Wirksamkeit und Effizienz zu prüfen. Damit trägt sie zum Schutz des Vermögens der Bank, zur Verbesserung der betrieblichen Leistungsprozesse und zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben bei. Grundlage für den Aufbau und die Prüfungsaktivitäten der Konzernrevision sind im Wesentlichen die Weisungen des Vorstandes sowie gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorgaben. Adressaten der Prüfungsergebnisse sind der Vorstand und die jeweils verantwortlichen Geschäftsbereiche. Darüber hinaus überwacht die Konzernrevision die Abarbeitung von Prüfungsbeanstandungen im Rahmen eines institutionalisierten Prozesses.

Der Bereich Recht berät und unterstützt die Risikosteuerung bei den unterschiedlichsten Aufgaben -beispielsweise bei Besicherungsvereinbarungen.

Der Geschäftsbereich Group Compliance/Geldwäscheprevention schützt die Integrität und das Ansehen der Bank durch die Förderung rechtmäßigen und korrekten Geschäftsverhaltens im Interesse der Kunden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Anteilseigner. Des Weiteren überwacht und sichert der Bereich die Einhaltung regulatorischer Vorgaben, um Regelverstöße gegen das Aufsichtsrecht zu verhindern bzw. aufzudecken.

Risikotoleranz als Maßstab des Risikoprofils

Ausgangspunkt der Risikosteuerung ist die Festlegung der Risikotoleranz durch den Vorstand und die Eigentümer mittels des WestLB Capital Adequacy Programms.

Bei der Festlegung der Risikotoleranz orientiert sich die Bank an den vorhandenen Risikodeckungsmassen. Diese bestehen aus dem Tier-1-Kapital, stillen Reserven sowie der Hälfte des prognostizierten Jahresergebnisses. Die Risikotoleranz reflektiert den angestrebten Umfang des Risikos und begrenzt als Gesamtbankrisikolimit die Risikonahme der Bank.

Die Auslastung der Risikotoleranz wird mit Hilfe des ökonomischen Risikokapitals bestimmt.

Ökonomisches Risikokapital als einheitliche Messgröße

Das ökonomische Risikokapital stellt die Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Risikokategorien sicher. Das Risikokapital wird in allen Risikokategorien für ein Konfidenzniveau von 99,95% und einen Horizont von einem Jahr ermittelt. Das Konfidenzniveau leitet sich dabei aus dem angestrebten Zielrating im A-Bereich ab. Die Berechnung des ökonomischen Risikokapitals erfolgt für Adressenausfall-, Beteiligungs- und Marktpreisrisiken auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Ansatzes. Das Gesamtbankrisiko über alle Risikokategorien hinweg wird unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den einzelnen Risikoarten ermittelt.

Integrierte Planung und Steuerung von Risiko und Ertrag

Der jährliche Budgetierungsprozess ist aufgrund der integrierten Planung der Risiken und Erträge ein Eckpfeiler der Gesamtbanksteuerung. Im Budgetprozess planen die Geschäftsbereiche auf Basis der Strategie auch ihren Bedarf an regulatorischem und ökonomischem Risikokapital. Der Kapitalbedarf wird dabei in Verbindung mit der Ertragsplanung ermittelt, die sich an den Renditeerwartungen der Eigentümer der Bank orientiert.

Zur weiteren Verbesserung der Risiko/Ertrags-Steuerung wurden 2005 die Vorbereitungen zur Einführung des Value Creation-Konzepts abgeschlossen. Die Kennzahl Value Creation stellt das Ergebnis dar, das über die Kapitalkosten hinaus erzielt wird. Es verbindet somit den Risikokapitalbedarf bzw. die damit einhergehenden Kapitalkosten mit dem risikobereinigten Nettoergebnis. Damit wird eine verbesserte risikoadjustierte Analyse von Geschäftsbereichen, Kundenbeziehungen und Produkten ermöglicht. Bereits 2005 haben wir das ökonomische Risikokapital zur Risiko/Ertrags-Steuerung in der Vor- und Nachkalkulation eingesetzt. So ist zum Beispiel die Kennzahl Return-on-Risk ein fester Bestandteil der Kreditvorlagen.

Aktive Steuerung des Risikoprofils

Das ALCO ist das verantwortliche Gremium für die Allokation von Risikokapitallimiten. Die Risikokapitallimite pro Risikokategorie und für die verschiedenen Organisationseinheiten orientieren sich dabei an den Ergebnissen des Budgetprozesses und an der festgelegten Risikotoleranz. Das ALCO steuerte 2005 aktiv die Risikokapitallimite.

Neben dem ökonomischen Risikokapital setzen wir weitere Instrumente ein, um die Struktur des Portfolios zu steuern. Hierzu gehören beispielsweise dezidierte VaR-Limite für Handelsrisiken sowie Einzelkonzentrations- und Branchenlimite.

Die vom Vorstand festgelegten ökonomischen Risikokapitallimite für die einzelnen Risikokategorien wurden im Geschäftsjahr 2005 durchgängig eingehalten.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken resultieren aus der Unsicherheit über Veränderungen von Preisen, Kursen und Volatilitäten an den Finanzmärkten sowie aus Korrelationen, die zwischen unterschiedlichen Märkten bestehen.

Die Bank setzt die VaR-Methode ein, um Marktrisiken aus Handelstransaktionen im Handels- und Bankbuch zu quantifizieren und diese über verschiedene Märkte und Produkte hinweg miteinander vergleichbar zu machen. Der VaR beziffert potenzielle Marktwertveränderungen. Für interne Zwecke werden sie für ein Konfidenzintervall von 95% und eine Haltedauer von einem Tag berechnet, für bankaufsichtsrechtliche Zwecke sind ein Konfidenzintervall von 99% und eine zehntägige Haltedauer zu unterstellen.

Das von der WestLB entwickelte interne Marktrisikomodell berücksichtigt Zinsänderungs-, Aktien- und Währungsrisiken (inkl. Rohwarenrisiken) einschließlich der jeweiligen Volatilitätsrisiken. Das Zinsänderungs- und Aktienrisiko besteht aus zwei Komponenten: dem allgemeinen Risiko aufgrund allgemeiner Marktbewegungen sowie spezifischen Risiken aufgrund emittentenbezogener Ursachen.

Das VaR-Konzept bildet die Grundlage zur Berechnung des ökonomischen Kapitals, welches zur Deckung der Marktrisiken aus den von uns gehaltenen Risikopositionen im Handels- und Bankbuch benötigt wird. Bei den Positionen des Handels wird dabei berücksichtigt, dass unterjährig ein aktives Management der Positionen erfolgt. Zur täglichen Überwachung der Marktrisikopositionen leiten wir Risikolimite aus der Risikotoleranz der Bank ab und ordnen diese den verantwortlichen Organisationseinheiten zu.

In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken aus dem Handelsbestand des WestLB-Konzerns auf aggregierter Basis dargestellt.

VaR in Mio €* Insgesamt	Insgesamt		Diversifikations- effekte	Zinsrisiko	Aktienkurs Risiko	Währungsrisiko (inkl. Rohwaren)
	2005	2004	2005	2005	2005	2005
Jahresende	49,2	56,3	- 7,1	31,7	21,1	3,5
Maximum	73,0	138,8	- 13,0	52,5	20,3	13,2
Minimum	41,9	43,2	- 5,6	30,0	14,5	2,9
Durchschnitt	54,0	77,5	- 9,8	37,0	17,0	9,8

* Darstellung der aufsichtsrechtlich relevanten Sicht (Konfidenzintervall 99%, 10-tägige Haltedauer) unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Zum 31. Dezember 2005 entfällt das Gesamt-VaR des Handelsbuches ohne Diversifikationseffekte mit 96% fast komplett auf die Risikopositionen der WestLB AG (im Jahresdurchschnitt: 95%).

Auch im Bankbuch werden die Marktrisiken auf Basis des VaR-Konzeptes täglich gesteuert, limitiert und überwacht.

2005 erweiterten wir das VaR-Modell für Bankbuchpositionen, um die Quantifizierung der Zinsrisikokomponenten umfassend darstellen zu können. Sektor- und bonitätsabhängige Zinsänderungsrisiken sind nunmehr in ein System aus speziellen Risikokennzahlen, Limitierungen und Kontrollprozessen eingebettet.

In der folgenden Tabelle werden die Marktpreisrisiken aus dem Bankbuch des WestLB-Konzerns auf aggregierter Basis dargestellt.

VaR in Mio €* Insgesamt	Insgesamt	
	2005	2004
Jahresende	86,8	117,0
Maximum	119,2	154,4
Minimum	69,0	103,8
Durchschnitt	98,3	131,0

* Darstellung der aufsichtsrechtlich relevanten Sicht (Konfidenzintervall 99%, 10-tägige Haltedauer) unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten.

Das Zinsänderungsrisiko ist das größte Marktpreisrisiko im Bankbuch. Es beträgt zum 31. Dezember 2005 97% des gesamten VaRs des Bankbuches im WestLB-Konzern.

Zum 31. Dezember 2005 entfallen 77% des gesamten Value-at-Risks des Bankbuches ohne Diversifikationseffekte auf Risikopositionen der WestLB AG (im Jahresdurchschnitt: 73%).

Infolge der Neuausrichtung der Handelsbereiche im Zuge der neuen Geschäftsstrategie der Bank und aufgrund aktiver Risikosteuerung haben sich die Marktpreisrisiken aus den Handels- und Bankbuchpositionen gegenüber dem Vorjahr reduziert.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat der WestLB AG erstmals 2002 genehmigt, ihr internes VaR-Modell zur Ermittlung der allgemeinen Zinsrisiken (Partial Use) aus Handelsbuchpositionen für das aufsichtsrechtliche Meldewesen gemäß Grundsatz I bzw. §10 KWG zu verwenden. Im Jahr 2005 wurde diese Genehmigung bestätigt und ausgeweitet, so dass nunmehr der Kapitalbedarf für alle allgemeinen (Full Use) und spezifischen Marktrisiken im Handelsbuch sowie für die Fremdwährungsrisiken im Bankbuch auf Basis unseres internen VaR-Modells berechnet wird.

Die Marktrisikopositionen des Handelsbuchs werden kontinuierlich einem Backtesting unterzogen. Entsprechend den Vorgaben der deutschen Bankenaufsicht für die Verwendung interner Modelle werden dabei die täglichen tatsächlichen Marktwertveränderungen den durch das VaR-Modell prognostizierten potenziellen Marktwertveränderungen gegenübergestellt. Die Ergebnisse des Backtesting bilden unter anderem die Basis für die Weiterentwicklung der verwendeten Risikomessmethodik.

Die Backtestingergebnisse haben im Jahr 2005 keine Hinweise auf Schwächen unseres VaR-Modells ergeben.

Unser Risikomodell weist bereits einen hohen Standard auf, dennoch entwickelt die Bank das Modell ständig weiter und berücksichtigt dabei insbesondere die Anforderungen neuer Produkte und Geschäftsstrategien.

Auch ist zu beachten, dass die VaR-Methodik Grenzen aufweist – zum Beispiel resultierend aus der Annahme der (logarithmischen) Normalverteilung von Änderungen der Risikofaktoren bei Verwendung einer Haltedauer von einem Tag. Aus diesem Grund ergänzen wir die VaR-basierten Risikolimits in gegebenen Fällen durch zusätzliche positions- und produktabhängige operative Limits und Restriktionen.

Des Weiteren führt Market Risk Management (MRM) wöchentliche Stresstests durch, in denen die Risikopositionen unter extremen Marktszenarien neu bewertet werden, um somit potenzielle Verluste bei außerordentlichen Marktbedingungen prognostizieren zu können. Angewandt wird dabei das Spektrum von Standardstresstests (Parallelverschiebung und Drehung von Zinskurven) bis hin zu historischen Stresstests sowie individuellen Stresstests, bei denen aktuelle makroökonomische Faktoren berücksichtigt werden (zum Beispiel Ölkrise).

MRM informiert die zuständigen Handelseinheiten, den CRO sowie die verantwortlichen Vorstandsmitglieder täglich über den VaR, die entsprechenden Limitauslastungen und in gegebenen Fällen über aktuelle risiko- und ertragsrelevante Entwicklungen. MRM initiiert Maßnahmen zur Reduzierung oder Diversifizierung der Marktrisikoposition und berichtet über deren Ausführung.

Der Gesamtvorstand wird zusätzlich monatlich im Rahmen der gesamtbankorientierten Risikoberichterstattung umfassend über die Marktrisikoposition des WestLB-Konzerns informiert. VaR, Sensitivitäten und Stresstestergebnisse werden integriert betrachtet und unter Berücksichtigung der Entwicklungen an den Finanzmärkten erläutert und analysiert.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko ist definiert als das Risiko möglicher Verluste durch Ausfälle von Geschäftspartnern. Es umfasst das klassische Kreditrisiko ebenso wie Emittenten-, Kontrahenten- und Länderrisiken.

Die Kreditrisikostategie steuert alle Adressenausfallrisiken im Konzern. Als ein zentrales Element der aktiven Kreditportfoliosteuerung hat die Bank ihre Kreditrisikostategien im Berichtsjahr weiter ausgebaut.

Ausgehend von der Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeit der Bank, legt die übergeordnete allgemeine Kreditrisikostategie die Grundsätze der Risikosteuerung und das Risikoprofil fest. Dabei werden gesamtportfoliobezogene Limitvorgaben festgelegt, die jährlich vom Vorstand und vom Risikoausschuss des Aufsichtsrates überprüft werden und die im Berichtsjahr auf weitere Kundengruppen ausgedehnt worden sind. Konzentrationslimite pro Einzelname und Rating sowie für Branchen und Regionen sind ein Kernbestandteil der Strategie. Sie verhindern einseitige Portfolioentwicklungen sowie Konzentrationen und gewährleisten eine ausgewogene Risikosteuerung. Darüber hinaus folgen spezifische Einzelrisikostategien der Kunden-, Produkt- oder Sektorausrichtung des Kreditgeschäftes bzw. den geografischen Zielregionen und optimieren die risikoadjustierten Erträge.

Messung des Adressenausfallrisikos

Wir berechnen das Adressenausfallrisiko mittels einer Weiterentwicklung des im Bankenbereich weit verbreiteten Kreditportfoliomodells CreditRisk+™. Dieses Modell bildet Konzentrations- und Diversifikationseffekte auch zwischen Branchen und Regionen ab.

Die Kapitalbelastung für Adressenausfallrisiken ist dabei abhängig von der Bonität der Kontrahenten sowie von den Konzentrationen bei Einzelnamen, Branchen und Regionen. Daraus ergeben sich wichtige Steuerungsimpulse zur Bestimmung eines angemessenen Risiko/Ertrags-Verhältnisses und der gewünschten Diversifikation und Granularität der Adressenausfallrisiken – sowohl im Portfoliomanagement (Einzelnamen-, Branchen- und Regionenkonzentrationen) als auch im Pricing. Im Laufe des Jahres 2005 wurde die statistische Messung des systemischen Risikos, das eine wichtige Determinante des Diversifikationspotenzials darstellt, verfeinert und optimiert. Bei der Anwendung des Kreditportfoliomodells wird besonderes Augenmerk auf die konsistente Verwendung derjenigen Risikoparameter gelegt, die auch der Berechnung der Kapitalunterlegung nach Basel II zugrunde liegen: Probabilities of Default (PD) – Ausfallwahrscheinlichkeiten, Loss Given Defaults (LGD) – Verlustquoten und Conversion Factors (CF) – Anteile freier externer Kreditlinien.

Steuerung von Einzelrisiken

Die Prüfung, Bewertung und Überwachung der Adressenausfallrisiken erfolgt auf der Basis dokumentierter, bankeinheitlicher Standards für das Adressenrisikomanagement. Ihre zwei wesentlichen Säulen sind die Kreditgenehmigung und der laufende Überwachungsprozess.

Jedes neue Einzelgeschäft für einen Kunden sowie jede materielle Veränderung eines bestehenden Kreditengagements bedarf der Genehmigung durch die zuständige Kompetenzebene.

Die Kreditgenehmigung basiert auf einer differenzierten Risikoeinschätzung des Gesamtengagements mit dem Kunden, die in einer Kreditvorlage dokumentiert wird. Integraler Bestandteil dieser Kreditvorlage ist ein internes Rating, bei dem quantitative und qualitative Faktoren systematisch bewertet werden. Die Kreditbewilligung bezieht die aktuelle Kreditrisikostategie, Portfolioaspekte und Risikoertragsgesichtspunkte mit ein.

Kernaufgabe des Credit Risk Managements (CRM) ist der Überwachungsprozess, bei dem es von den Marktbereichen unterstützt wird. Alle Kreditengagements werden permanent überwacht, wobei die individuelle Intensität von der aktuellen Risikosituation des jeweiligen Kreditnehmers abhängt. Mindestens einmal jährlich wird für jeden Kreditnehmer eine Kreditüberwachungsvorlage erstellt. Darüber hinaus stehen der Bank Verfahren zur Verfügung, mit denen frühzeitig Kreditengagements erkannt werden, die möglicherweise einem erhöhten Ausfallrisiko unterliegen. So besteht der Zweck unseres marktorientierten Frühwarnsystems darin, potenzielle Leistungsstörungen frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern, solange Handlungsspielräume für geeignete Maßnahmen bestehen.

Portfoliosteuerung

Das Credit Portfolio Committee initiiert Maßnahmen zur Steuerung von Kreditrisikopositionen unter Gesamtbank- und Portfoliogesichtspunkten. Die laufende Überwachung der Kreditrisiken auf Portfolioebene erfolgt durch die CRM-Einheit Portfoliomanagement, die auch zentral über alle Geschäftsbereiche hinweg an der Verteilung und Begrenzung von Kreditrisiken – insbesondere Konzentrationsrisiken – arbeitet. Zur Verbesserung der Diversifizierung des Kreditportfolios werden verschiedene Instrumente und Techniken angewandt. Diese beinhalten unter anderem Kreditderivate und -verkäufe sowie eine strikte Neugeschäftssteuerung.

Zu den im Jahr 2005 durch das Portfoliomanagement umgesetzten globalen Maßnahmen gehören:

- Management und Reduktion von Einzelkonzentrationsrisiken
- Weiterentwicklung der Limitierung von Konzentrationsrisiken (Einzelnamen, Sub-Branchen) im Rahmen der Kreditrisikostategie
- Intensivierung der risikoadjustierten Rentabilitätssteuerung
- Management von Länderrisiken
- Weiterentwicklung des Frühwarnsystems zur rechtzeitigen Erkennung steigender Risiken und deren aktives Management

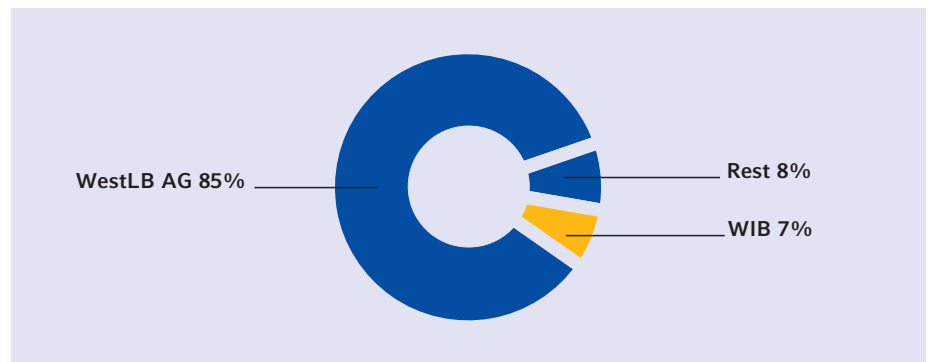
Nach den in den Vorjahren stark reduzierten Branchenkonzentrationen blieb die Limitausnutzung innerhalb der vorgegebenen Branchenlimite auf stabilem Niveau. Insgesamt führte die konsequente Steuerung von Konzentrationsrisiken zu einer stärkeren Diversifizierung im Kreditportfolio.

Adressenausfallrisiko aus Portfoliosicht

Die Daten der Adressenausfallrisiken für das Gesamtportfolio der Bank (inkl. der Beteiligungspositionen) werden regelmäßig aufbereitet und analysiert. Ziel ist die Identifikation, Analyse, Bewertung sowie aktive Steuerung der Risiken im Portfolio. Für diese Zwecke wird das Portfolio regelmäßig nach den Dimensionen Risikoarten, ergebnisverantwortlicher Geschäftsbereich, Ratingklassen, Branchen, Größenklassen, Laufzeiten sowie Regionen ausgewertet. Auf dieser Basis wird eine Portfolioanalyse erstellt, in der Risikokonzentrationen identifiziert und Ansatzpunkte für Maßnahmen herausgestellt werden.

Aufteilung der Gesamtlinien

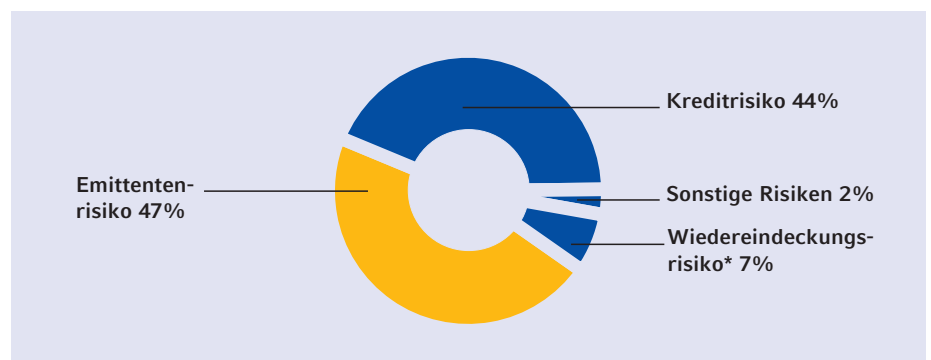
WestLB-Konzern zum 31. Dezember 2005 (in Prozent)



Die Bank steuert die Adressenausfallrisiken auf Konzernebene. Im Konzern entfallen 85% der Gesamtlinien auf die WestLB AG, daher haben die folgenden weitergehenden Portfoliobetrachtungen auf Konzernebene im Kern auch Gültigkeit für die AG.

Aufteilung der Inanspruchnahmen nach Risikoarten

WestLB-Konzern zum 31. Dezember 2005 (in Prozent)



* Potenzieller Verlust aus derivativen Finanzinstrumenten, der durch den zusätzlichen Aufwand eines Neuabschlusses des ausfallenden Geschäfts verursacht würde.

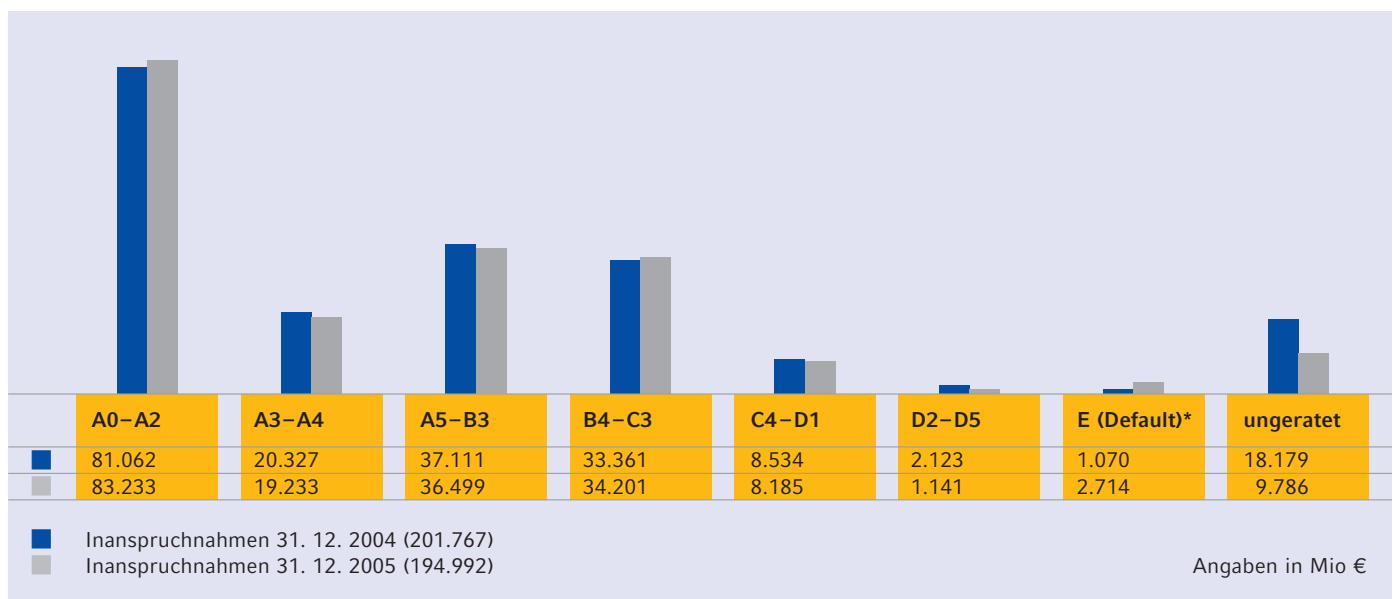
Wesentliche Teile des Adressenausfallrisikos gehen auf das Kreditrisiko und das Emittentenrisiko zurück. Zum Emittentenrisiko gehören Wertpapiere des Anlage- und des Handelsbestandes; dabei beträgt der Anteil des Anlagebestandes (Investment) 62% der Inanspruchnahmen, während 38% dem Handelsbestand (Trading) zuzuordnen sind.

Die Struktur der verschiedenen Risikoarten ist im Vergleich zum 31. Dezember 2004 nahezu unverändert.

Im Jahresvergleich sind die Inanspruchnahmen des Gesamtportfolios um circa 7 Mrd € zurückgegangen. Dies ist im Wesentlichen auf Termingelder mit schwankender Inanspruchnahme zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2005 beträgt der Investment Grade-Anteil des gerateten Portfolios 94%. Der Anteil der ungerateten Engagements konnte 2005 deutlich von 9% auf 5% gesenkt werden. Für Engagements ohne Rating liegen Bareinlagen in Höhe von 1,7 Mrd € und selbstschuldnerische Vollbürgschaften in Höhe von 1,5 Mrd € vor.

Aufteilung der Inanspruchnahmen nach Ratingklassen im WestLB-Konzern



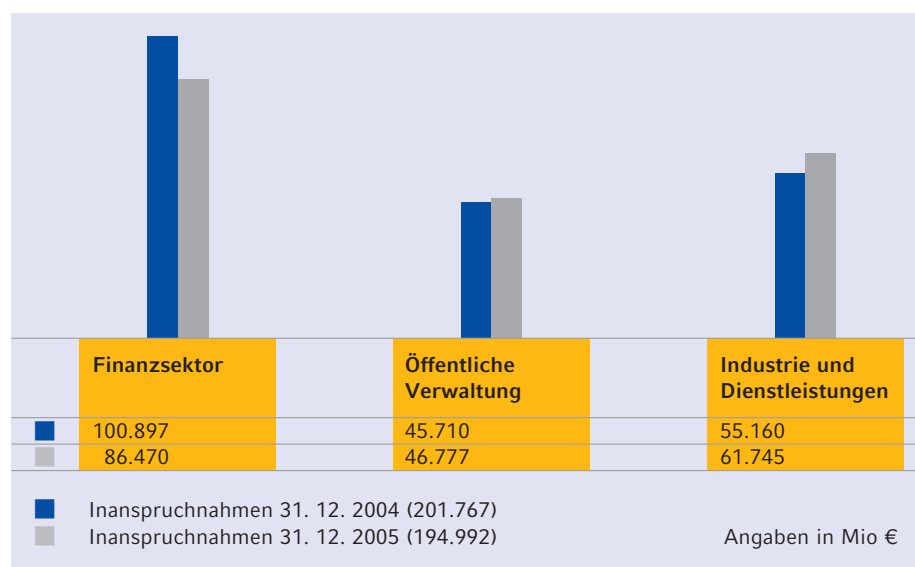
* Schrittweise Umstellung auf Basel II Default-Definition im ersten Halbjahr 2005. Die Ratingklasse E ist als Default-Klasse definiert. Die Definition eines Defaults entspricht der Definition der Forderungsausfälle gemäß Baseler Akkord (Basel II).

Die Historie der internen Basel-II-konformen Ratingklassenverteilung umfasst die Inanspruchnahmen des Gesamtportfolios für die Stichtage 31. Dezember 2004 und 31. Dezember 2005. Die Klassen A0 bis C3¹ decken entsprechend den zugeordneten Ausfallwahrscheinlichkeiten den Investment Grade-Bereich ab.

Rund 53% des Portfolios liegen zum 31. Dezember 2005 in den sehr guten Ratingklassen A0 bis A4. Hierbei handelt es sich vor allem um Staaten, Banken, Gebietskörperschaften (im Wesentlichen Anleihen) und Asset Backed-Transaktionen. In den mittleren Ratingklassen (B4 bis C3) überwiegen mit 50% der Inanspruchnahmen Firmenkundenengagements.

¹ Für Finanzinstitutionen umfasst der Investment Grade-Bereich derzeit die Ratingklassen A0 bis C1.

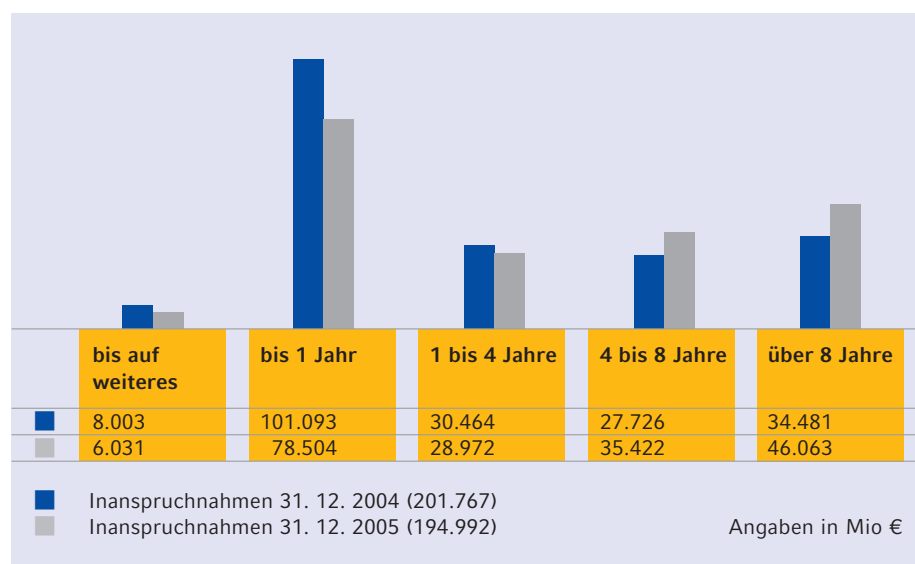
Aufteilung der Inanspruchnahmen nach Branchen im WestLB-Konzern



Bei der Branchenverteilung zum 31. Dezember 2005 gingen die Inanspruchnahmen im Finanzsektor (u.a. Banken, Versicherungen, Asset Backed Securities-Transaktionen) im Vergleich zum 31. Dezember 2004 merklich zurück, während sie im Sektor Industrie und Dienstleistungen zunahmen. Der Schwerpunkt des Portfolios liegt bei gut gerateten Kunden des Finanzsektors und des Sektors Öffentliche Verwaltung. Der Anteil beider Sektoren am Portfolio beträgt 68% (31. Dezember 2004: 73%).

Die Industrie- und Dienstleistungsbranchen hatten zum Stichtag 31. Dezember 2005 einen Anteil von nunmehr 32% (31. Dezember 2004: 27%) der Inanspruchnahmen und setzen sich aus 15 Einzelsektoren zusammen. Für die Segmente Bau und Immobilien, Energieversorgung, Luftfahrt und Telekommunikation sind Limite festgelegt, deren Einhaltung permanent überwacht wird. Die Engagements in der Automobilwirtschaft stehen unter besonderer Beobachtung.

Aufteilung der Inanspruchnahmen nach Laufzeiten im WestLB-Konzern



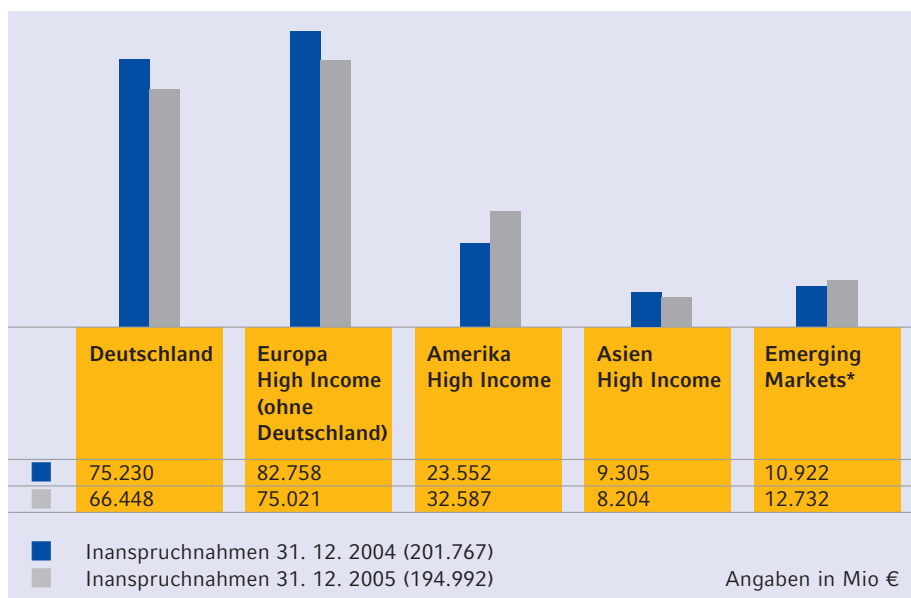
Die strukturelle Veränderung der Laufzeitenverteilung ergibt sich zum einen durch Engagementsausweitungen bei langfristigen Staats- und Bankanleihen. Zum anderen hat sich die Struktur des bislang weitgehend kurzfristigen ABS-Geschäftes in mittlere und lange Laufzeitbänder verlagert.

Der laufzeitbezogene Schwerpunkt liegt mit 40% im kurzfristigen Bereich „bis ein Jahr“.

Ein großer Teil des Geschäftes der Westdeutschen ImmobilienBank (70% der Inanspruchnahmen) ist langfristiges Geschäft (über vier Jahre).

Die regionale Verteilung beinhaltet sowohl das länderrisikorelevante Fremdwährungsgeschäft (Transferrisiko) als auch das Lokalwährungsgeschäft.

Aufteilung der Inanspruchnahmen nach Regionen im WestLB-Konzern



* Im Wesentlichen Länder in der Region Süd- und Mittelamerika, Afrika, Naher Osten, Osteuropa (nicht EU-Mitglieder) und Asien (ohne Singapur, Südkorea, Japan, Taiwan)

Die WestLB konzentriert ihre Kreditvergabe auf Deutschland und die Industriestaaten Europas. In den Emerging Markets dominieren die Regionen Süd- und Mittelamerika sowie Osteuropa. In geringem Maß gibt es Engagements in den Emerging Markets Asiens.

Der Anstieg gegenüber dem 31. Dezember 2004 in der Region Amerika High Income ist auf das ABS-Neugeschäft in sehr guten Ratingklassen zurückzuführen.

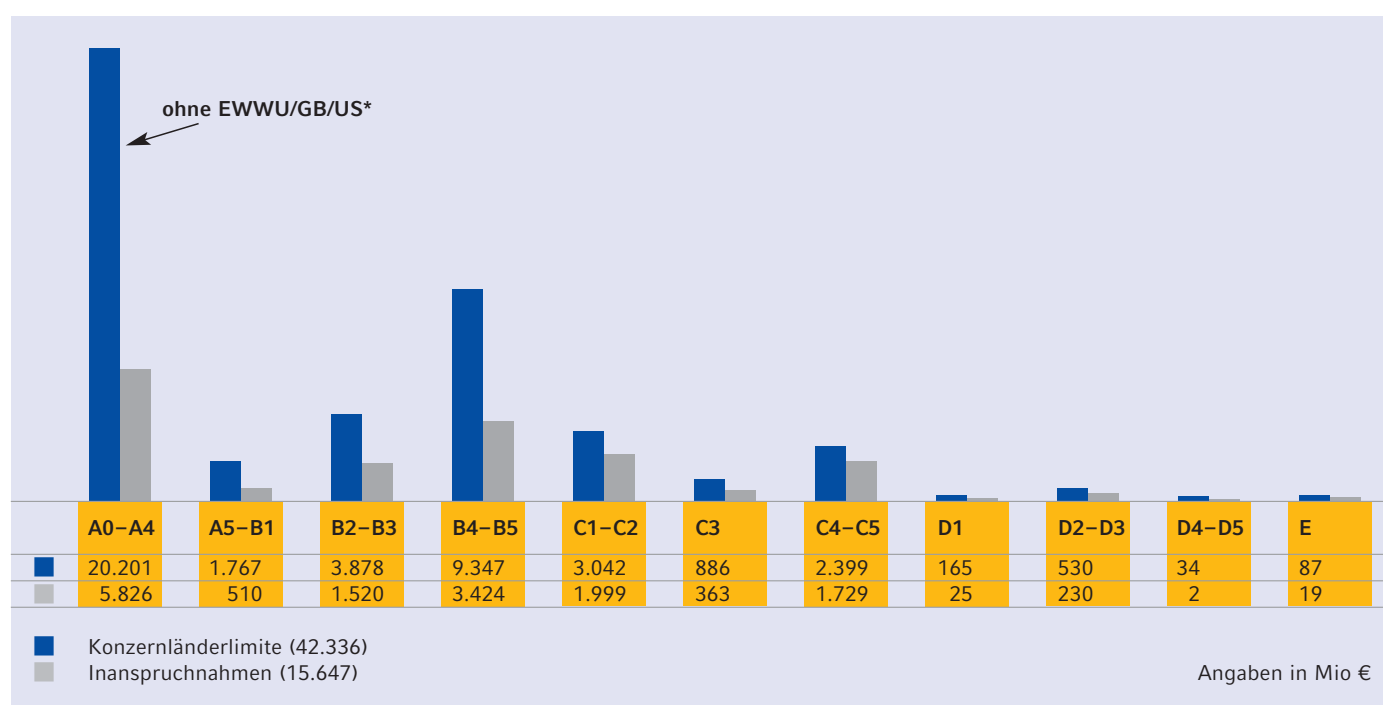
Länderrisiko

Die Bank definiert das Länderrisiko als das Risiko, dass ein Kreditnehmer seine Fremdwährungsverbindlichkeiten aufgrund einer gesamtwirtschaftlichen Verschlechterung oder politischer Gegebenheiten seines Landes nicht (mehr) bedienen kann. Entsprechend dieser Definition sind alle Engagements, die nicht in der nationalen Währung des Kreditnehmers herausgelegt sind, potenziell mit einem Länderrisiko behaftet und in das Länderobligo einzustellen.

Alle relevanten Länder erhalten von der Volkswirtschaftlichen Abteilung ein internes Rating. Das Länderrating sowie die Risikotragfähigkeit der Bank bilden die Grundlagen für die Ableitung der rechnerischen Länderlimite. In Abhängigkeit von der Ratingkategorie werden Länderlimite für das kurz- und langfristige Geschäft vergeben. Die zentrale Länderlimitsteuerung erfolgt durch das Länderrisikokomitee. Hier werden sowohl die Länderlimite festgelegt als auch methodische und prozessuale Fragen bezüglich der Länderrisikosteuerung behandelt. Die Auslastung der Limite wird mit Hilfe des Länderrisikoevidenzsystems laufend überwacht.

Die regionalen Kundengeschäftsbereiche steuern die Ausnutzung der Länderlimite eigenverantwortlich und stimmen den jeweiligen Bedarf und Anteil am Gesamtlimit unter Risiko- und Ertragsaspekten mit den einzelnen Produktbereichen ab.

Auslastung aller limitierten Länder nach Länderratingkategorien zum 31. Dezember 2005 (WestLB-Konzern)



* EWWU = Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Adressenausfall- und Länderrisiken aus Handelsgeschäften

Handelsgeschäfte mit externen Kontrahenten unterliegen einem adressen- bzw. länderbezogenen Ausfallrisiko. Die Kontrolle und Steuerung der Ausfallrisiken aus dem Handelsgeschäft erfordert ein breites Instrumentarium zur Risikomessung und -steuerung sowie die Zusammenführung in einen Gesamtprozess.

Die korrekte Messung der Adressenausfall- und Länderrisiken erfolgt unter Berücksichtigung von Produktbesonderheiten und deren Modellierung mit dem Ziel, Risikoprofile je Kontrahent und je Risikoart über die Gesamtlaufzeit der Geschäfte zu erstellen. Die Bank setzt für ihr Derivategeschäft auf Monte Carlo-Verfahren basierende Portfolio-Simulationsmethoden ein.

Grundsätzlich verwendet die Bank zur Limitierung von Einzelrisiken (je Kontrahent bzw. Gruppe) das Peak Exposure – in der Regel mit 95% Konfidenzintervall.

Werden die Kontrahenten zu Portfolios aggregiert – zum Beispiel für die Berechnung von Risikokapital bei der Risiko/Ertrags-Steuerung –, verwendet die Bank das Konzept des Average Expected Exposures.

Zur aufsichtsrechtlich konformen Überwachung von Einzelrisiken werden Exponierungen im Bereich Market Risk Management (MRM) täglich auf die relevante Linie angerechnet. Hierdurch verfügt der Konzern über eine zentrale Evidenz aller Kontrahenten- und Emittentenlimite des Handels, die eine einheitliche, zeitnahe Risikoüberwachung gewährleistet.

Sämtliche Kontrahenten- und Länderlimite des Handels werden im konzernweiten Kreditprozess von den zuständigen Kompetenzträgern beschlossen.

Emittentenlimite für kurzfristige liquide Positionen der Handelsbereiche werden gemäß einer vom Vorstand festgelegten ratingabhängigen Matrix im Bereich MRM generiert und täglich überwacht.

Die Bank arbeitet im Derivategeschäft systematisch mit Collateral Agreements, um das Kontrahentenrisiko zu reduzieren. Sie nutzt dafür marktübliche Rahmenverträge, die eine beidseitige Aufrechnung von Geschäften (Close-out Netting) sowie die Stellung von Sicherheiten erlauben. Die rechtlichen und operationalen Voraussetzungen für die Anerkennung dieser Risikoreduzierung werden in der Bank durch das Netting Committee – einem Unterausschuss des Credit Committees – definiert.

Problemkredite und Risikovorsorge

Die Bank bildet eine spezifische Risikovorsorge, wenn aufgrund von Informationen über mögliche Probleme der Kreditnehmer erhebliche Zweifel bestehen, dass die Kreditnehmer ihre vertraglichen Rückzahlungsvereinbarungen erfüllen können.

Engagements mit auffälligem bzw. erhöhtem Risikoprofil sowie Engagements, bei denen Leistungsstörungen nicht auszuschließen sind oder bereits auftraten, werden in die WestLB Global Watchlist (WGW) aufgenommen und einer intensiveren Betreuung unterzogen.

Die WGW ist eine konzernweite Datenbank, die verschiedene Kategorien von problembehafteten Kreditengagements erfasst. Sie dient unter anderem als Instrument zur Maßnahmenplanung und -überwachung, zur Unterstützung der konzernweiten Risikoberichterstattung und als zentrale Basis für die Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs der Bank.

Problematische Kreditfälle werden in die Intensivbearbeitung überführt. Als zentrale Einheit in der Bank arbeitet dort ein Team von Spezialisten daran, durch geeignete Restrukturierungskonzepte Werte zu erhalten und das Verlustpotenzial für die Bank zu begrenzen.

Der Vorstand und der Risikoausschuss des Aufsichtsrates erhalten regelmäßig einen Bericht, der eine aktuelle Darstellung der Risikovorsorgesituation der Bank sowie Vorschläge für die Bildung von Einzelwertberichtigungen enthält. Am Jahresende

erfolgt zusätzlich zu den Vorschlägen für das letzte Quartal eine Konsolidierung der unterjährigen Empfehlungen, die Credit Risk Management (CRM), Konzernrevision sowie Group Finance gemeinsam abgeben. Auf dieser Grundlage legt der Vorstand eine angemessene Risikovorsorge fest.

Kreditrisikovorsorge

Die unter Kreditrisikovorsorge ausgewiesenen Beträge umfassen die aus der Bewertung des akuten und latenten Adressenausfallrisikos resultierenden GuV-Effekte für die WestLB AG:

Risikovorsorgeergebnis – Kreditgeschäft

in Mio €	Zuführung Wertbericht.	Auflösung Wertbericht.	Netto Wertbericht.	Sonst. Risiko- aufw./-ertrag	Risiko- ergebnis
Akutes Adressenausfallrisiko	- 184,4	348,6	164,2	3,3	167,5
davon Bonitätsrisiko	- 115,3	318,9	203,6	- 1,1	202,5
davon Länderrisiko	- 57,0	29,7	- 27,3	0,0	- 27,3
davon sonstiges Risiko	- 12,1	0,0	- 12,1	4,4	- 7,7
Latentes Adressenausfallrisiko	- 55,7	0,0	- 55,7	0,0	- 55,7
Insgesamt	- 240,1	348,6	108,5	3,3	111,8

Umsetzung Basel II und Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Zur Berechnung des regulatorischen Eigenkapitals nach Basel II wollen wir den „fortschrittlichen“ Ansatz (Advanced Internal Rating Based Approach, AIRB) zum frühestmöglichen Zeitpunkt (ab 1. Januar 2008) anwenden. Von den damit verbundenen methodischen Entwicklungen profitiert auch die interne Risikosteuerung, da im AIRB die Parameter zur Berechnung des regulatorischen Risikokapitals nicht aus externen Vorgaben, sondern aus eigenen internen Methoden und historischen Verlustdaten abgeleitet werden. Die Vorteilhaftigkeit des AIRBs für die Bank wird durch die Ergebnisse der vierten aufsichtsrechtlichen Proberechnung (Quantitative Impact Study, QIS 4) bestätigt, an der die WestLB im Jahr 2005 teilgenommen hat.

Im übergreifenden Projekt „Basel II und Gesamtbankrisikosteuerung“ wurden im Berichtsjahr unter der Verantwortung von Chief Risk Officer und Chief Financial Officer wesentliche Meilensteine zur Umsetzung des Baseler Akkords realisiert:

Als eine der ersten deutschen Banken hat die WestLB die Prüfung ihrer wesentlichen internen Ratingsysteme durch die Bankenaufsicht beantragt. Die BaFin hat die Prüfung bereits im Jahr 2005 begonnen. Die Ratingsysteme umfassen Basel-II-konforme Forderungsklassen und decken die internen Modelle, Prozesse und IT-Systeme zur Herleitung der Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probabilities of Default), der Höhe der Verbindlichkeiten bei Ausfall (Exposure at Default) sowie der Höhe des Verlustes bei Ausfall (Loss Given Defaults) ab.

Eine umfassende, weiterentwickelte IT-Infrastruktur unterstützt die Anwendung der internen Ratingsysteme. Dazu gehören zum einen die Ratingdatenbank zur Erfassung der PD, die Sicherheitendatenbank, die wesentlich zur Berechnung der LGD beiträgt, sowie die Systeme zur Erfassung und Historisierung der Ausfälle gemäß Basel II (wie die Credit Default Data Base und die WestLB Global Watchlist).

Zu den kommenden Herausforderungen zählen neben dem bereits laufenden Prüfungsprozess die aufsichtsrechtlichen Proberechnungen (zum Beispiel QIS 5) sowie die Themen der Säulen II und III, die unter anderem die Vorbereitung auf den Supervisory Review Process (SRP) und die Offenlegungspflichten umfassen. Darauf liegt der Fokus der Projektstätigkeit in den Jahren 2006 und 2007.

Die Steuerung des Kreditgeschäfts der Bank steht im Einklang mit den definierten Anforderungen der MaK. Über die Verbände hat die Bank darüber hinaus aktiv an dem Konsultationsprozess zu den MaRisk teilgenommen. Zahlreiche der neuen Anforderungen der MaRisk sind schon heute in der Bank umgesetzt. Anfang 2006 werden wir eine detaillierte MaRisk-Gap-Analyse durchführen, um noch bestehenden Handlungsbedarf frühzeitig zu identifizieren und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen einzuleiten.

Beteiligungsrisiken

Das Beteiligungsrisiko stellt das Risiko dar, dass Verluste aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital entstehen.

Die Bank steuert ihre Beteiligungsrisiken konzernübergreifend. Seit Beginn des Geschäftsjahres 2005 verantwortet der Geschäftsbereich Corporate Finance Beteiligungen aus Private Equity und Mezzanine Solutions. Banktöchter und Konzernunternehmen begleitet der Geschäftsbereich Bankbeteiligungen. Beide Bereiche überwachen und steuern die Risiken aus diesen Beteiligungen. Besonderes Augenmerk gilt jenen Engagements, die originären unternehmerischen Risiken ausgesetzt sind.

Mittels eines fortlaufenden Beteiligungscontrollings werden bestehende und zukünftige Risiken der Beteiligungen analysiert. Dazu wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr das interne Controllingssystem weiter ausgebaut. Mit Hilfe der gesammelten Informationen werden die Beteiligungen aus Gesellschaftersicht begleitet und im Sinne der Beteiligungsstrategie gesteuert.

Konzernunternehmen mit eigenem Bankstatus sind zusätzlich vollständig in die Risikosteuerung und in die betriebswirtschaftliche Steuerung der Bank einbezogen. Darüber hinaus wird ein Teil unserer Beteiligungen von Fachbereichen begleitet, die auch deren Risikosituation überwachen. Dieser Ansatz ermöglicht eine optimale Betreuung von Unternehmen, die aufgrund ihres Tätigkeitsfeldes eng mit den Aktivitäten des entsprechenden Produktbereichs verzahnt sind.

Entsprechend den Vorgaben der MaK zur aufbau- und ablauforganisatorischen Trennung nimmt CRM die Marktfolgefunktion für alle Beteiligungsfälle der Marktbereiche Corporate Finance und Bankbeteiligungen wahr und erstellt das marktunabhängige zweite Votum.

Der Bereich Group Risk konzeptioniert und ermittelt das ökonomische Risikokapital. Bei der Messung von Beteiligungsrisiken wird hauptsächlich auf das Risiko von Wertschwankungen abgestellt. Daher setzt die Bank zur Messung des Beteiligungsrisikos ein VaR-Modell auf Basis einer Monte Carlo-Simulation ein. Wichtige Risikoparameter sind dabei die aus Kurszeitreihen ermittelten Volatilitäten und Korrelationen. Diese Parameter werden für nicht börsennotierte Beteiligungen mit Hilfe von Kurszeitreihen solcher Unternehmen ermittelt, die börsennotiert sind und ähnliche Charakteristika aufweisen.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko stellt das Risiko dar, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stand 2005 im Zeichen der Vorbereitung auf den Wegfall der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast am 18. Juli 2005. In diesem Zusammenhang baute die Bank in einem umfangreichen Programm Liquiditätsinkongruenzen ab und stellte den unbesicherten kurzfristigen Refinanzierungsbedarf sicher. Damit kompensierte die Bank die erwartete Kürzung der kurzfristigen Liquiditätslinien.

Im Resultat hat Group Treasury durch Emissionsaktivitäten einen überjährigen Passivüberhang und damit einhergehend einen strukturellen Liquiditätsüberschuss aufrechterhalten.

Zur Messung der strukturellen Liquiditätsinkongruenzen wird eine Kapitalbindungsbilanz aufgestellt. Die Kapitalbindungsbilanz erfasst alle Aktiva und Passiva entsprechend ihrer Endlaufzeit in Zeitbändern. Positionen ohne vertragliche Laufzeit oder nicht zinstragende Positionen werden entsprechend ihrer ökonomischen Laufzeit modelliert.

Die Bank verfügt über eine Vielzahl von Emissionsinstrumenten und -programmen. Der Schwerpunkt der unbesicherten Liquiditätsbeschaffung liegt bei der WestLB AG, während sich die Töchter Westdeutsche ImmobilienBank (WIB), Mainz, und WestLB Covered Bond Bank plc (WCBB), Dublin, auf die Begebung von besicherten Instrumenten (Pfandbriefe bzw. Covered Bonds) spezialisiert haben. Zukünftig wird auch die WestLB AG mit ihrer Lizenz gemäß dem Allgemeinen Pfandbriefgesetz verstärkt öffentliche Pfandbriefe emittieren. Darüber hinaus werden kurzfristige Emissionen im Rahmen eines globalen Commercial Paper-Programms aufgelegt.

Diversifizierung der Passiva

Die Bank verfügt über eine breit diversifizierte Finanzierungsbasis. Auch 2005 forcierte die Bank die Entwicklung von kurzfristigem, ratingsensitivem hin zu langfristigem und stabilem Funding, um die Finanzierungsstruktur für die Zeit nach dem Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast anzupassen. Die Diversifizierung unseres Refinanzierungsprofils nach Investorengruppen, Regionen, Instrumenten und Währungen ist ein weiterer Grundsatz unseres Liquiditätsmanagements.

Kurzfristige Liquidität – Liquiditätsreserve

Mit der Umstrukturierung des Asset Liability Managements und der Schaffung einer Group Treasury als integriertem Finanz-Ressourcenmanager fungiert diese als zentraler Liquiditätsbereitsteller im Konzern und hat exklusiven Zugang zum unbesicherten Geld- und Kapitalmarkt. Weiterhin fungiert sie als zentraler Collateral Manager und hat Zugriff auf alle nicht verpfändeten und nicht verliehenen Wertpapiere.

Die Bank überwacht regelmäßig ihre Liquiditätssituation. Hier stehen insbesondere die Nutzung von kurzfristiger unbesicherter Liquidität nach dem Wegfall der Garantien und das durch das Re-Rating veränderte Allokationsverhalten der Investoren im Fokus.

Zur effizienten Steuerung der Collaterals und des Finanzierungsprozesses der Wertpapierpositionen hat Group Treasury einen zentralen Datenpool geschaffen, der eine globale Steuerung der frei verfügbaren Wertpapiere ermöglicht. Diese Wertpapiere stehen bei Bedarf zur Verfügung, um durch Veräußerung oder durch Repo-Transaktionen Liquidität zu generieren.

Damit ist Group Treasury in der Lage, erhöhte kurzfristige Liquiditätsanforderungen beispielsweise aus unerwarteten Ziehungen von unwiderruflichen Kreditzusagen auszugleichen oder Abflüssen unbesicherter kurzfristiger Liquidität zu kompensieren.

Zur Hinterlegung ihrer Zahlungsverkehrsaktivitäten unterhält die Bank ein Wertpapierportfolio in Höhe von mindestens 5 Mrd € bei der Europäischen Zentralbank.

Die Bestimmungen der KWG-Grundsätze über die Liquidität von Kreditinstituten („Grundsatz II“) wurden stets eingehalten.

Liquiditätsnotfallplanung, Stresstests und Szenarioanalyse

Die Bank verfügt über einen globalen Liquiditätsnotfallplan. Darin sind die Kommunikationswege, Zuständigkeiten, Abläufe und Einzelschritte zur Behebung eines Liquiditätsengpasses geregelt. In den Niederlassungen existieren darüber hinaus lokale Liquiditätsnotfallpläne, die den globalen Liquiditätsnotfallplan ergänzen.

Die Bank führt Stresstests und Szenarioanalysen durch, um die Folgen zu quantifizieren, die unerwartete Ereignisse auf die Liquidität der Bank haben. Diese Szenarien sind entweder markt- oder WestLB-spezifisch und beziehen auch die Auswirkungen einer möglichen Rating-Herabstufung ein. Die Ergebnisse wurden bei der Fortschreibung der Liquiditäts- und Funding-Strategie berücksichtigt.

Die Liquiditätsversorgung der Bank war 2005 jederzeit sichergestellt.

Operationale Risiken

Operationale Risiken betreffen die Gefahr von Verlusten, die ihre Ursache(n) in der Unangemessenheit oder dem Versagen von Geschäftsprozessen, Technologie oder des Personals der Bank haben oder als Folge von externen Ereignissen eintreten.

Management und Etablierung in der Bank

Das Managementsystem operationaler Risiken wurde 2005 unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen kontinuierlich weiterentwickelt. Ziel ist ein effizientes und erfolgreiches Management operationaler Risiken.

Die primäre Verantwortung für das Management operationaler Risiken liegt in den einzelnen Geschäftsbereichen. Der Leiter eines Bereichs wird dabei vom jeweiligen dezentralen Operational Risk Manager unterstützt, der für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Ansprechpartner in Fragen des Operational Risk Managements ist. Der dezentrale Operational Risk Manager steht im engen Austausch mit dem zentralen Geschäftsbereich Operational Risk Management. Diese intensive Kommunikation zielt auf die Erfüllung der geforderten Qualitätsansprüche ab.

Das Management von operationalen Risiken soll die Bank vor großen Schäden bewahren. Dies erfordert, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Unternehmens damit vertraut sind, mit dieser Art von Risiken umzugehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind daher im Berichtsjahr mit dem weltweit eingeführten E-Learning-Programm über den Umgang mit operationalen Risiken informiert worden. Zur Sensibilisierung für das Thema „Operationale Risiken“ tragen zudem die regelmäßig stattfindenden OpRisk-Komitees bei. Sie dienen dem systematischen Informationsaustausch zu aktuellen Schadenfällen, die der WestLB, aber auch anderen Banken im Zusammenhang mit operationalen Risiken entstanden sind. Die Mitglieder der Komitees empfehlen daraufhin Maßnahmen, die künftige Schäden vermeiden oder mindern helfen.

Zur Minimierung von Rechtsrisiken werden die Geschäftsbereiche durch die Rechtsabteilung unterstützt. Sie prüft unter anderem ihr vorgelegte Verträge mit entsprechender Risikorelevanz, pflegt die Kredit- und Sicherheitenhandbücher und überwacht die Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus achtet sie auf die Anwendung von zum Teil in bankübergreifenden Kooperationen entwickelten Standard- bzw. Musterverträgen zur Reduzierung vertraglicher Risiken.

Instrumente des Operational Risk Managements

Wichtige Instrumente des Operational Risk Managements sind die interne und externe Schadenfallsammlung, das Risk Self Assessment (RSA), die Risikoindikatoren sowie die Szenarioanalyse. Die von den dezentralen Operational Risk Managern verantwortete Schadenfalldatenbank wurde im Berichtsjahr kontinuierlich gepflegt. Die relevanten Geschäftsbereiche verwenden das Risk Self Assessment zur ursachenbezogenen Analyse operationaler Risiken. Nach dem Abschluss des Risk Self Assessments für die wichtigsten Bankanwendungen wurde das RSA-Verfahren im Jahresverlauf auch bei den Produkt-, Kunden- und Unterstützungsprozessen angewandt. Dabei identifizieren die Mitarbeiter Risikoschwerpunkte und entwickeln – falls notwendig – Vorschläge für risikominimierende Maßnahmen. Die Instrumente Risikoindikatoren und Szenarioanalyse wurden sukzessive eingeführt. Kennzahlen und Szenarien werden in den Geschäftsbereichen gesammelt, in aggregierter Form an den Bereich Operational Risk Management berichtet und ausgewertet.

Eine enge Zusammenarbeit des Operational Risk Managements mit zentralen Stellen (zum Beispiel Notfallplanung, IT- und Non-IT-Security, Datenqualitätsmanagement) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Entwicklung eines AMA-Modells

Zukünftig wird das regulatorische Kapital für operationale Risiken durch ein neu entwickeltes Quantifizierungsverfahren ermittelt, das auch in der internen Steuerung eingesetzt werden soll. Es soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Anforderungen an den Advanced Measurement Approach (AMA) nach Basel II erfüllen. Zur Modellierung des finanziellen Risikos aus seltenen Großschäden werden zusätzlich zu den internen Daten externe Verlustdaten des Datenkonsortiums ORX (Operational Riskdata eXchange Association, Zürich) verwendet, bei dem die WestLB seit 2005 Mitglied ist. Das Konsortium besteht derzeit aus 22 führenden internationalen Instituten. Die oben genannten Instrumente des Operational Risk Managements fließen ebenfalls in die Modellierung ein.

Zusammenfassung und Ausblick Risikobericht

Im Jahr 2005 haben wir die Risikomanagementverfahren weiter verfeinert und das Risikoprofil der Bank aktiv gesteuert. Die Risikotoleranz und die Risikokapitallimite wurden jederzeit eingehalten.

Die Umsetzung des neuen Geschäftsmodells werden wir auch 2006 mit einem aktiven Risikomanagement begleiten. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Veränderungen des Risikoprofils, die sich durch das neue Geschäftsmodell ergeben werden.

Die anstehenden Veränderungsprozesse werden wir durch einen weiteren Ausbau der bereits etablierten Risiko/Ertrags-Steuerung unterstützen. Die Einführung des Value Creation-Konzeptes wird die integrierte Steuerung im Geschäftsjahr 2006 weiter verbessern. Das Economic Capital Steering Committee wird dabei weiterhin den Rahmen für die Risikosteuerung setzen und dafür sowohl interne Erwägungen als auch die Anforderungen des Aufsichtsrechts berücksichtigen, die sich insbesondere aus Basel II ergeben. Unsere Risikoverfahren und -prozesse werden wir im Hinblick auf die Anforderungen der zweiten Säule von Basel II weiterentwickeln.

Gemessen an der Risikotoleranz der Bank besteht 2006 Freiraum, den Auf- bzw. Ausbau einzelner Geschäftsfelder im Einklang mit dem neuen Geschäftsmodell weiter voranzutreiben. Das ALCO wird diesen Prozess mit einer aktiven Allokation des Risikokapitals steuern.

Unsere Portfoliostruktur, insbesondere im Kredit- und Beteiligungsgeschäft, werden wir 2006 weiter konsequent steuern. Unsere Kreditrisikostategie setzt dabei klare Limite für die Begrenzung von Risikokonzentrationen. Das Risiko signifikanter Verluste aus Einzelfällen und Portfoliokonzentrationen soll damit begrenzt werden.

Das Prinzip der Diversifikation werden wir auch beim Ausbau des Mittelstandsgeschäftes nutzen, das mit einer Tendenz zu schwächeren Ratings der Einzelgeschäfte verbunden sein wird. Eine angemessene Granularität im Gesamtportfolio wird risikoreduzierend wirken.

Für das Management operationaler Risiken planen wir die hohen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an den fortgeschrittenen Basel-II-Ansatz (AMA) im Laufe des Jahres 2006 zu erfüllen.

Insgesamt hat sich unser aktives Risikomanagement im abgelaufenen Geschäftsjahr bereits positiv auf das Rating der WestLB ausgewirkt – eine gute Einstufung ist indes eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung des neuen Geschäftsmodells. Dieser und andere strategische Erfolgsfaktoren des neuen Geschäftsmodells unterliegen auch im Laufe des Jahres 2006 dem direkten Management des Vorstandes.

Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres lagen nicht vor.

Ausblick

Vor dem Hintergrund der prognostizierten konjunkturellen Belebung gehen wir mit Zuversicht in das neue Geschäftsjahr. Wir erwarten für das Jahr 2006 eine deutliche Ertragssteigerung bei gleichzeitiger Reduzierung der Verwaltungsaufwendungen und moderater Kreditrisikovorsorge.

Das Investment Banking haben wir neu formiert und kundenorientierter aufgestellt. Sämtliche Aktivitäten sind auf einer integrierten Plattform mit den Bereichen Origination, Distribution und Trading zusammengefasst. Mehrfachstrukturen und -funktionen werden so vermieden und die Schnittstellen zum Kunden vereinfacht sowie die Zusammenarbeit mit dem Unternehmensbereich Firmen- und Privatkunden weiter verbessert. Organisatorisch umfasst der neue Unternehmensbereich WestLB Capital Markets die bisherigen Aktivitäten im Investment Banking, Asset Liability Management und Asset Management. Durch den Ausbau des provisionsgetriebenen Kundengeschäftes, des strukturierten Finanzierungsgeschäftes sowie der Stärkung unserer Kernprodukte im Aktien- und Fixed Income-Geschäft wollen wir die Ergebnisbeiträge in diesem Bereich verbessern.

Wachstums- und Ertragspotenzial erwarten wir aus einer noch stärkeren Ausrichtung unseres Sparkassengeschäfts auf die Bedürfnisse der Sparkassen und deren Kunden. Neben zahlreichen Produktinitiativen und -innovationen werden dazu auch das Joint Venture mit Mellon Financial Corporation im Asset Management sowie die Kooperation mit der DekaBank beitragen. Über die DekaBank werden nunmehr unsere erfolgreichen Publikumsfonds bundesweit an Sparkassen vertrieben. Darüber hinaus soll eine Plattform für alternative Investments aufgebaut werden. Weiteres Potenzial im Sparkassengeschäft haben wir uns durch die Zusammenarbeit mit der Sachsen-Finanzgruppe und der Sachsen LB erschlossen. In der gemeinsamen Geschäftsplanung sind für 2006 konkrete Absatzziele in definierten Geschäftsfeldern festgelegt.

Die erfolgreiche Transformation hin zum kundenorientierten Relationship Banking stärkt unsere Position vor allem auch bei mittelständischen Firmenkunden. Hierfür wurde ein eigener Kundenbereich geschaffen, wodurch die Betreuung dieser für uns bedeutenden Kundengruppe noch gezielter angegangen wird. Die Kapitalmarktexpertise der WestLB, ihre Kompetenz bei strukturierten Finanzierungen und Verbriefungstransaktionen sowie ihre internationale Präsenz decken sich mit den wachsenden, komplexeren Finanzierungsanforderungen, mit denen der gehobene Mittelstand, die Großunternehmen sowie der öffentliche Bereich zunehmend kon-

frontiert werden. Wir sind daher zuversichtlich, insbesondere in unserem Firmenkundengeschäft – auch vor dem Hintergrund des prognostizierten konjunkturellen Wachstums – deutliche Ertragszuwächse zu erzielen und somit dem bestehenden Margendruck im laufenden Geschäftsjahr erfolgreich zu begegnen.

Unser Private Banking-Geschäft ist mit dem Erwerb der Weberbank in eine neue Dimension vorgestoßen. Anfang 2006 wurde zudem mit der Eröffnung einer Niederlassung in Düsseldorf das Geschäft der Weberbank mit sehr vermögenden Privatkunden erfolgreich auf Nordrhein-Westfalen ausgedehnt. Wir rechnen daher bereits im Jahr 2006 mit einem nennenswerten Ergebnisbeitrag aus dem neu formierten und deutlich erweiterten Private Banking-Geschäft.

In unserem Immobiliengeschäft, das von der Westdeutschen ImmobilienBank betrieben wird, wurden die Weichen für den Ausbau der Kerngeschäftsfelder gestellt. Neben einem weiteren Wachstum bei den Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland sowie des Immobilien-Investment Bankings steht auch hier eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Sparkassen im Fokus.

Trotz der bereits in der Vergangenheit erzielten Erfolge beim Kostenabbau sind weitere Einsparungen notwendig. Im Rahmen der Lean Bank-Initiative sollen im WestLB-Konzern die Personal- und Sachkosten in den nächsten zwei Jahren um rund 250 Mio € gesenkt werden. Dazu werden die Organisationsstrukturen gestrafft sowie Prozesse und Entscheidungsabläufe von zentralen Stabs-, Service- und Marktfunktionen effizienter gestaltet.

Das insgesamt freundlichere konjunkturelle Umfeld im Geschäftsjahr 2006 mit einer sinkenden Zahl an Unternehmensinsolvenzen dürfte sich positiv auf unsere Kreditrisikovorsorge auswirken.

Wir sind daher überzeugt, die gesetzten Ziele zu erreichen und 2006 das operative Ergebnis deutlich verbessern zu können. Für 2007 gehen wir bei weiterhin anhaltender konjunktureller Belebung von einer weiteren Steigerung des operativen Ergebnisses aus.

Passivseite

	siehe Anhang Ziffer	€	€	31. 12. 2005 €	31. 12. 2004 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15, 18, 23, 29, 33				
a) täglich fällig			11.049.334.256,56		(18.192.539)
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>91.557.390.274,09</u>		(76.232.495)
				102.606.724.530,65	94.425.034
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15, 19, 23, 29				
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		191.399,98			(221)
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		<u>0,00</u>			(0)
			191.399,98		(221)
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		7.216.696.436,10			(12.445.423)
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>44.416.659.724,76</u>			(46.447.584)
			<u>51.633.356.160,86</u>		(58.893.007)
				51.633.547.560,84	58.893.228
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	20, 23, 34, 39				
a) begebene Schuldverschreibungen			15.199.761.366,51		(11.536.548)
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			<u>28.451.126.315,39</u>		(24.239.201)
darunter:				43.650.887.681,90	35.775.749
Geldmarktpapiere					
€ 6.296.428.844,83 (Vj.: T€ 8.598.518)					
4. Treuhandverbindlichkeiten	21			394.880.028,41	468.899
darunter:					
Treuhandkredite					
€ 19.903.028,41 (Vj.: T€ 93.922)					
5. Sonstige Verbindlichkeiten	22, 29			11.522.775.787,18	12.274.336
6. Rechnungsabgrenzungsposten	23			755.031.640,46	425.208
7. Rückstellungen	24, 38				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			587.920.352,08		(581.445)
b) Steuerrückstellungen			248.674.735,31		(184.658)
c) andere Rückstellungen			<u>933.759.516,49</u>		(1.068.080)
				1.770.354.603,88	1.834.183
8. Nachrangige Verbindlichkeiten	25, 29			3.888.045.858,73	4.111.032
9. Genusssrechtskapital	22, 26			2.335.617.167,52	2.427.650
darunter:					
vor Ablauf von 2 Jahren fällig					
€ 727.568.346,89 (Vj.: T€ 324.159)					
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken	27			82.000.000,00	82.000
			Übertrag:	218.639.864.859,57	210.717.319

WestLB AG Jahresbilanz zum 31. Dezember 2005

Aktivseite

	siehe Anhang Ziffer	€	€	31. 12. 2005 €	31. 12. 2004 T€
			Übertrag:	203.137.369.057,33	194.931.640
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	8, 17, 33, 40			6.166.016.455,84	4.298.675
7. Beteiligungen	9, 13, 40, 54, 55			912.316.841,42	1.549,176
darunter:					
an Kreditinstituten					
€ 105.035.794,74 (Vj.: T€ 233.494)					
an Finanzdienstleistungsinstituten					
€ 373.821,32 (Vj.: T€ 0)					
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	10, 13, 40, 54			5.097.350.455,32	5.092.040
darunter:					
an Kreditinstituten					
€ 2.152.799.126,29 (Vj.: T€ 2.058.842)					
an Finanzdienstleistungsinstituten					
€ 41.417.782,48 (Vj.: T€ 99.918)					
9. Treuhandvermögen	11			394.880.028,41	468.899
darunter:					
Treuhandkredite					
€ 19.903.028,41 (Vj.: T€ 93.922)					
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuld- verschreibungen aus deren Umtausch	13			0,00	105.335
11. Immaterielle Anlagewerte	13			59.753.323,48	73.225
12. Sachanlagen	13, 38			202.742.672,66	263.862
13. Sonstige Vermögensgegenstände	12			7.304.807.238,56	6.903.167
14. Rechnungsabgrenzungsposten	15			1.012.712.016,64	909.672
Summe der Aktiva	31			224.287.948.089,66	214.595.691

WestLB AG Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	siehe Anhang Ziffer	€	€	1. 1. – 31. 12. 2005 €	1. 1. – 31. 12. 2004 T€
1. Zinserträge aus	35				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		5.457.942.170,16			(4.743.093)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>2.643.187.910,35</u>			(1.876.318)
			8.101.130.080,51		(6.619.411)
2. Zinsaufwendungen	22, 25		<u>7.489.298.018,38</u>	611.832.062,13	(5.760.773)
					858.638
3. Laufende Erträge aus	35				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			206.174.865,16		(128.866)
b) Beteiligungen			43.300.999,12		(120.939)
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>227.637.069,23</u>		(366.807)
				477.112.933,51	616.612
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				302.284.196,21	182.038
5. Provisionserträge	35		473.415.550,10		(452.114)
6. Provisionsaufwendungen			<u>161.975.782,89</u>	311.439.767,21	(174.113)
					278.001
7. Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	35			106.450.377,61	92.818
8. Erträge aus dem Leasinggeschäft	35, 37			28.794.561,00	37.114
9. Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft	37			25.532.280,95	33.598
10. Sonstige betriebliche Erträge	35, 38			140.283.972,43	169.884
11. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	50	586.076.611,02			(534.272)
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	24, 50	<u>203.147.261,66</u>			(163.229)
darunter: Altersversorgung					
€ 149.512.335,86 (Vj.: T€ 111.203)			789.223.872,68		(697.501)
b) andere Verwaltungsaufwendungen	39		<u>664.187.700,86</u>	1.453.411.573,54	(687.377)
					1.384.879
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	13			56.095.425,54	90.274
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen	24, 38, 50			224.044.827,59	106.523
			Übertrag:	6.213.007,26	434.195

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	siehe Anhang Ziffer	€	€	1. 1. – 31. 12. 2005 €	1. 1. – 31. 12. 2004 T€
			Übertrag:	6.213.007,26	434.195
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	24, 40		87.615.467,28	87.615.467,28	248.489
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	13, 40		357.116.772,38	357.116.772,38	36.709
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme				11.689.922,50	15.377
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				439.255.324,42	704.018
18. Außerordentliche Erträge	41		0,00		(338)
19. Außerordentliche Aufwendungen	41		0,00		(1.571.370)
20. Außerordentliches Ergebnis	41			0,00	- 1.571.032
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	24, 43		65.135.821,88		(45.206)
22. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen			9.132.135,11	74.267.956,99	(7.779) 52.986
23. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	44			23.687.367,43	0
24. Jahresüberschuss (Jahresfehlbetrag)				341.300.000,00	- 920.000
25. Entnahmen aus Kapitalrücklagen				0,00	855.371
26. Entnahmen aus stillen Einlagen				0,00	64.629
27. Wiederauffüllung der stillen Einlagen	28			341.300.000,00	0
28. Bilanzgewinn				0,00	0

WestLB AG Anhang zum 31. Dezember 2005

Aufstellung des Jahresabschlusses (1)

Der Jahresabschluss der WestLB AG (im Folgenden Bank oder WestLB) ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV), den einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt. Angaben, die wahlweise in der Bilanz oder im Anhang gemacht werden können, erfolgen im Anhang.

Die WestLB stellt zusätzlich zum Jahresabschluss einen Konzernabschluss gemäß § 340 i in Verbindung mit §§ 290 ff. HGB auf. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss werden gemäß § 325 und § 328 HGB bei den Handelsregistern Düsseldorf und Münster hinterlegt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze (2)

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen werden mit ihrem Restkapital, vermindert um Restdisagien, ausgewiesen. Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert; die zugehörigen Disagien sind als aktive Rechnungsabgrenzungsposten erfasst. Agien zu Forderungen oder Verbindlichkeiten werden als aktivische bzw. passivische Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden – soweit es sich nicht um nachrangige Verbindlichkeiten handelt – mit der zugrunde liegenden Forderung oder Verbindlichkeit bilanziert. Die Abgrenzung der Posten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft erfolgt nach der zinsanteiligen Methode. Wechsel sowie Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen werden abgezinst und mit den effektiven Hereinnahmesätzen ausgewiesen. Unverzinsliche Mitarbeiterdarlehen sind entsprechend den steuerlichen Vorschriften mit dem Restkapital ausgewiesen. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich zeitanteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen angemessen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungs- und Eventualforderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen, die analog zu den steuerlichen Bewertungsmethoden gebildet werden. Für Kreditvergaben an Länder mit akutem Transferrisiko werden pauschalierte Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen gebildet. Der Kreis der Länder mit akutem Transferrisiko orientiert sich am regelmäßig aktualisierten internen Rating eines Landes. Die Höhe des entsprechenden Wertberichtigungssatzes basiert auf anerkannten Marktsätzen.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Börsen- bzw. Marktpreisen oder niedrigeren Buchkursen bewertet.

Die Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden (Finanzanlagebestand), werden zu Anschaffungskosten bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden zeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Soweit Wertpapiere des Finanzanlagebestandes unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips zu Werten bilanziert sind, die über den aktuellen Markt- oder Börsenwerten liegen, sind diese Teile im Anhang gesondert angegeben. Diese Angabe verändert sich im Zeitablauf bestands-, aber auch zins- bzw. kursinduziert.

Für die im Rahmen des Eigenhandels gehaltenen Aktien, Anleihen, derivativen Produkte und übrigen Handelsbestände werden die Marktwerte zum Bilanzstichtag in einem ersten Schritt einzelgeschäftszugeordnet und handelsunabhängig ermittelt. Die Bewertung erfolgt mit Börsen- oder Marktpreisen vom 30. Dezember 2005 (letzter Handelstag) bzw. mit dem beizulegenden Wert; Anteilzinsen, Einmalzahlungen und Optionsprämien werden dabei berücksichtigt. Sofern Börsen- bzw. Marktpreise insbesondere bei derivativen Finanzinstrumenten nicht existieren bzw. nicht verlässlich feststellbar sind, werden die beizulegenden Zeitwerte auf der Basis von marktüblichen Preismodellen oder diskontierten Cashflows ermittelt. Bei einigen auf der Grundlage eines Bewertungsmodells ermittelten Werten haben wir Bewertungsabschläge vorgenommen, da in diesen Fällen nicht alle Faktoren, die von den Marktteilnehmern in Erwägung gezogen werden, in den Modellen berücksichtigt sind. Hierbei handelt es sich insbesondere um Bewertungsabschläge für Bonitäts-, Modell- und Liquiditätsrisiken.

Bei der risikoadjustierten Marktbewertungsmethode, einer Fortentwicklung des bisher angewendeten Verfahrens, fassen wir in einem zweiten Schritt die zu Marktwerten bewerteten Handelsbestände und -kontrakte entsprechend der Risikosteuerung in den jeweiligen Geschäftsbereichen zu Portfolios zusammen. Um dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip Rechnung zu tragen, werden die zusammengefassten Bewertungsergebnisse eines jeden Portfolios dann um das mit einem mathematischen Verfahren berechnete Verlustpotenzial (Value-at-Risk) gekürzt. Dabei sind die Value-at-Risk-Abschläge basierend auf den Berechnungsmethoden des Risikomanagements der Bank so bemessen, dass ein zu erwartender maximaler Verlust aus offenen Handelspositionen bei einer Haltedauer von zehn Tagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% ausgeglichen werden kann.

Die laufenden Erträge aus Wertpapier- und Geldhandelsbeständen (Zinserträge, Dividendenerträge) sowie die Refinanzierungskosten werden als Teil des Zinsergebnisses in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Kursgewinne und -verluste sowie erhaltene und empfangene Zahlungen aus Termin-, Options- und anderen derivativen Geschäften sind, soweit sie aus Handelsgeschäften resultieren, im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften erfasst. Gleiches gilt für die ergebniswirksamen Bewertungsergebnisse aus Handelsprodukten. Bei einzelnen Handelsportfolios aus Aktienprodukten werden dem Handelszweck folgend auch die Dividendenerträge im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften ausgewiesen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Sachanlagen und entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend den jeweiligen steuerlichen Vorschriften abgeschrieben; geringwertige Wirtschaftsgüter schreiben wir im Jahr der Anschaffung voll ab. Unter den immateriellen Anlagewerten sind erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte bilanziert. Alle Geschäfts- oder Firmenwerte werden planmäßig über vier Jahre abgeschrieben sowie jeweils am Bilanzstichtag auf ihren künftigen wirtschaftlichen Nutzen hin überprüft und bei Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben.

Rückstellungen bestehen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in ausreichender Höhe. Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden unter Beachtung von § 6 a EStG versicherungsmathematisch ermittelt. Effekte aus der Anwendung der neuen Richttafeln haben wir aufwandsseitig umfangreich, Erträge analog der steuerlichen Regelung erfasst.

Ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB ist in der Bilanz separat ausgewiesen, darüber hinaus bestehen Reserven gemäß § 340 f HGB.

Die Währungsumrechnung erfolgt gemäß § 340 h HGB sowie dem Fachgutachten BFA 3/95. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie nicht abgewickelte Fremdwährungskassageschäfte sind mit den EZB-Referenzkursen vom 30. Dezember 2005 (letzter Handelstag mit einem liquiden Markt) umgerechnet, schwebende Termingeschäfte (Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäfte) zum Terminmittelkurs bzw. Optionspreis desselben Tages. Kursgesicherte Aufwendungen und Erträge werden zum Sicherungskurs umgerechnet. Swappremien aus kursgesicherten Bilanzposten werden zeitanteilig abgegrenzt und im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung gemäß § 340 h Abs. 2 Satz 2 HGB als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend sind alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340 h Abs. 2 Satz 1 und 2 HGB in der Erfolgsrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen im Devisenhandel zeitnah begründet sind. Das negative Ergebnis aus der einzelgeschäftszugehörigen Bewertung der schwebenden Devisengeschäfte ist saldiert unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Termingeschäfte/derivative Produkte (3)

Die Bank schließt im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Termingeschäfte bzw. derivative Geschäfte folgender Art ab:

■ Zinsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte

Zinsswaps, Zinsfutures, Forward Rate Agreements (FRAs), Zinsoptionen, begebene Zinsoptionsscheine, Zinsscaps, Zinsfloors, Zinscollars und Swaptions.

■ Währungsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte

Devisentermingeschäfte, Devisenoptionsgeschäfte, begebene Währungsoptionsscheine, Währungsswaps.

■ Zins- und währungsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte

Zins-/Währungsswaps, Forward Zins-/Währungsswaps.

■ Aktienkurs- und sonstige preisbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte

Aktienterminkontrakte, Aktienoptionen, Index-Terminkontrakte, Index-Optionen, begebene Aktien- und Index-Optionsscheine, edelmetallpreis- und rohwarenpreisbezogene Termingeschäfte und Optionen.

■ Kreditderivate

Credit Default Swaps, Total Return Swaps und Credit Linked Notes.

Die jahresdurchschnittlichen Nominalwerte der derivativen Geschäfte und übrigen Termingeschäfte lagen im Geschäftsjahr 2005 bei 2.670,7 (i.V. 2.818,2) Mrd. €.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Durchschnittsvolumen

Durchschnitt 1.1. bis 31.12. in Mio €	Nominalwerte		Kreditrisikoäquivalente		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	2005	2004	2005	2004	2005	2005
Zinsbezogene Produkte	2.274.362	2.477.503	12.572	10.736	38.188	36.690
Währungsbezogene Produkte	161.407	260.751	2.054	4.203	2.486	2.677
Zins-/währungsbezogene Produkte	127.968	–	2.366	–	2.820	3.191
Aktienkurs- und sonstige preisbezogene Produkte	26.565	18.644	476	352	1.115	969
Kreditderivate	80.364	61.346	541	345	596	601
Derivative Geschäfte insgesamt	2.670.666	2.818.244	18.009	15.636	45.205	44.128

Die Kreditrisikoäquivalente ermitteln wir auf Basis der Marktbewertungsmethode gemäß den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben. Bei dieser Darstellung erfolgt kein Netting.

Der Anteil der Kreditrisikoäquivalente gemäß Grundsatz I an den gesamten Adressenausfallrisiken (gewichtete Risikoaktiva und Anrechnungsbetrag für das Adressenausfallrisiko des Handelsbuches) beträgt 30,3% (i.V. 27,1%). Bei der Ermittlung der Kreditrisikoäquivalente für bankaufsichtsrechtliche Zwecke wird das Close-out Netting angewandt. Hierdurch werden die durchschnittlichen Kreditrisikoäquivalente um circa 62,1% (i.V. ca. 55,5%) reduziert.

Das Gesamtvolumen der Termingeschäfte bzw. derivativen Geschäfte am Bilanzstichtag beträgt auf Basis von Nominalwerten 2.741,2 (i.V. 2.438,9) Mrd €. Der Schwerpunkt liegt unverändert bei den zinsbezogenen Produkten, deren Anteil sich auf 84,6% (i.V. ca. 85,9%) des Gesamtvolumens reduzierte.

Neben den in der Tabelle aufgeführten Kreditderivaten des Handelsbuches wurden Kreditderivate auch dem Anlagebuch zugeordnet. Das Volumen der Kreditderivate des Anlagebuches, bei denen die Bank als Sicherheitennehmer auftritt (Käufe), betrug zum 31. Dezember 2005 insgesamt 4.470,2 (i.V. 4.869,2) Mio €. Kreditderivate des Anlagebuches, bei denen die WestLB als Sicherheitengeber bzw. Garantiegeber fungiert (Verkäufe), bestanden zum 31. Dezember 2005 in Höhe von 1.599,3 (i.V. 1.208,8) Mio €.

Angaben zu Buchwerten, die nur bei gezahlten bzw. erhaltenen Optionsprämien relevant sind, sind unter den Bilanzposten „Sonstige Vermögensgegenstände“ und „Sonstige Verbindlichkeiten“ aufgeführt.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Stichtagsvolumen

in Mio €	Nominalwerte		Kreditrisikoäquivalente		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12. 2005	31.12. 2004	31.12. 2005	31.12. 2004	31.12. 2005	31.12. 2004	31.12. 2005	31.12. 2004
Zinsbezogene Produkte								
Zinsswaps	1.546.672	1.300.849	10.516	10.162	31.120	29.752	30.165	28.396
FRAs	96.616	128.718	7	11	29	39	23	35
Zinsoptionen, -swaptions								
– Käufe	69.665	52.324	774	519	3.073	1.836	–	–
– Verkäufe	77.066	55.021	–	–	–	–	2.765	1.796
Caps, Floors	274.836	244.498	449	383	904	985	917	1.130
Börsenkontrakte	248.515	306.350	14	–	27	412	23	439
Sonstige Zinstermingeschäfte	4.542	7.116	224	207	465	411	547	442
Zinsbezogene Produkte insgesamt	2.317.912	2.094.876	11.984	11.282	35.618	33.435	34.440	32.238
Währungsbezogene Produkte								
Devisentermingeschäfte	66.328	60.561	481	654	884	1.613	988	1.468
Währungsswaps	84.716	188.519	1.352	4.113	1.279	6.119	1.182	7.175
Devisenoptionen, Swaptions								
– Käufe	16.247	6.321	337	151	152	311	–	–
– Verkäufe	3.546	6.085	–	–	–	–	114	354
Börsenkontrakte	–	202	–	–	–	0	–	0
Währungsbezogene Produkte insgesamt	170.837	261.688	2.170	4.918	2.315	8.043	2.284	8.997
Zins-/Währungsbezogene Produkte¹								
Zins-/Währungsswaps	130.996	–	2.241	–	2.268	–	2.455	–
Forward Zins-/Währungsswaps	232	–	0	–	0	–	0	–
Zins-/Währungsbezogene Produkte insgesamt	131.228	–	2.241	–	2.268	–	2.455	–
Aktienkurs- und sonstige preisbezogene Produkte								
Aktientermingeschäfte	1	–	1	–	1	–	–	–
Aktienoptionen								
– Käufe	9.419	6.039	631	319	1.100	593	–	–
– Verkäufe	9.534	5.689	–	–	1	–	1.115	365
Börsenkontrakte	14.348	4.589	26	–	464	596	463	401
Sonstige Termingeschäfte	–	3	–	1	0	1	0	0
Aktienkurs- und sonstige preisbezogene Produkte insgesamt	33.302	16.320	658	320	1.566	1.190	1.578	766
Kreditderivate								
Kreditderivate								
– Käufe	41.061	29.864	620	316	100	142	543	512
– Verkäufe	46.881	36.170	–	–	566	518	116	27
Kreditderivate insgesamt	87.942	66.034	620	316	666	660	659	539
Derivative Geschäfte insgesamt	2.741.221	2.438.918	17.673	16.836	42.433	43.328	41.416	42.540
Nettingeffekte	–	–	10.481	9.256	–	–	–	–
Derivative Geschäfte insgesamt nach Netting	2.741.221	2.438.918	7.192	7.580	42.433	43.328	41.416	42.540

¹ 2004 unter zinsbezogene Produkte und währungsbezogene Produkte ausgewiesen

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

in Mio €	Nominalwerte		Kreditrisikoäquivalente		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
OECD-Banken	2.029.317	1.693.130	11.221	10.040	33.514	33.608	32.608	32.370
Banken außerhalb der OECD	6.579	7.038	50	58	65	87	50	161
Kunden (inkl. Börsenkontrakte)	703.827	737.793	6.378	6.719	8.767	9.559	8.709	9.936
Öffentliche Stellen	1.498	957	24	19	87	74	49	73
Summe	2.741.221	2.438.918	17.673	16.836	42.433	43.328	41.416	42.540

Die Bank schließt derivative Geschäfte vor allem mit Kontrahenten guter Bonität ab.

Die derivativen Geschäfte sind fast ausschließlich Handelsgeschäfte; Kundengeschäfte werden über die Handelsbereiche abgeschlossen. Kontrakte zur Absicherung eigener Nichthandelsbestände werden als interne Kontrakte im Handelsbestand ausgewiesen.

Die Fristigkeit liegt bei Produkten mit Währungs-, Aktien- und sonstigen Preisrisiken vornehmlich im kurzfristigen Bereich; bei den Zinskontrakten und Kreditderivaten überwiegt der langfristige Bereich mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Derivative Geschäfte – Fristengliederung

Nominalwerte in Mio €	Zinsbezogene Produkte		Währungsbezogene Produkte		Zins-/Währungs- bezogene Produkte		Aktienkurs- und sonstige preisbezogene Produkte		Kreditderivate	
	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2004
mit Restlaufzeiten										
– bis 3 Monate	448.475	466.811	52.436	55.976	6.264	–	7.614	5.629	3.504	818
– 3 Monate bis 1 Jahr	351.912	336.284	36.000	48.971	19.582	–	12.867	5.843	9.668	11.457
– 1 bis 5 Jahre	846.004	725.975	58.316	103.839	65.568	–	11.140	4.337	59.705	25.703
über 5 Jahre	671.521	565.806	24.085	52.902	39.814	–	1.681	511	15.065	28.056
Summe	2.317.912	2.094.876	170.837	261.688	131.228	–	33.302	16.320	87.942	66.034

Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute (4)

	31. 12. 2005 Mio €		31. 12. 2004 Mio €	
	Forderungen an angeschlossene Kreditinstitute	Forderungen an andere Kreditinstitute	Forderungen an angeschlossene Kreditinstitute	Forderungen an andere Kreditinstitute
täglich fällig	1.573,7	6.090,2	907,1	16.363,2
mit Restlaufzeiten				
– bis 3 Monate	663,0	51.499,4	835,3	47.557,0
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	195,9	10.825,0	295,8	8.572,5
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	455,9	3.804,3	394,1	4.785,7
– mehr als 5 Jahre	2.275,2	2.392,6	647,6	1.378,2
insgesamt	5.163,7	74.611,5	3.079,9	78.656,6
Bilanzausweis	79.775,2		81.736,5	

Zu den angeschlossenen Kreditinstituten nach § 2 Ziffer 2 der Satzung der WestLB AG (Sparkassenzentralbankfunktion) gehören die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und die Sparkassen in Brandenburg.

In den Forderungen an andere Kreditinstitute sind Forderungen an verbundene Unternehmen in Höhe von 9.265,9 (i.V. 6.329,6) Mio € und an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 539,0 (i.V. 1.972,9) Mio € enthalten. Auf das Leasinggeschäft entfallen Forderungen in Höhe von 248,6 (i.V. 288,0) Mio €.

Forderungen an Kunden (5)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Bilanzausweis	71.023,8	56.188,8
darunter:		
– an verbundene Unternehmen	3.391,9	4.266,5
– an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.213,9	8.797,1
– aus dem Leasinggeschäft	1.712,5	1.664,5
mit Restlaufzeiten		
– bis 3 Monate	38.888,3	30.400,5
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	7.766,6	4.938,1
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	11.816,9	9.296,9
– mehr als 5 Jahre	11.666,2	10.298,8
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	885,8	1.254,5

Durch Grundpfandrechte besicherte Forderungen (6)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Forderungen an Kunden mit Restlaufzeiten		
– bis 3 Monate	53,4	125,9
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	14,1	181,4
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	80,9	177,7
– mehr als 5 Jahre	187,9	276,1
Bilanzausweis	336,3	761,1

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (7)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Bilanzausweis	50.571,2	53.088,3
darunter:		
– Beträge, die bis zum 31.12. des folgenden Geschäftsjahres fällig werden	10.820,9	17.436,8
Zusammensetzung		
– Geldmarktpapiere	1.389,2	6.528,4
– Anleihen und Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten	17.009,9	20.184,0
– Anleihen und Schuldverschreibungen anderer Emittenten	30.669,8	25.310,8
– eigene Schuldverschreibungen	1.502,3	1.065,1
Zusammensetzung nach Börsenfähigkeit		
– börsennotiert	38.021,0	46.903,6
– nicht börsennotiert	12.550,2	6.184,8
Zusammensetzung nach Bestandsart		
– Handelsbestand	28.612,6	34.596,5
– Liquiditätsreserve	353,7	472,8
– Finanzanlagebestand	21.604,9	18.019,0
Zusammensetzung nach Konzernzugehörigkeit		
– Wertpapiere von verbundenen Unternehmen	2.859,3	3.634,6
– Wertpapiere von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.578,9	843,5

Der Finanzanlagebestand in Höhe von 21,6 (i.V. 18,0) Mrd € ist Teil des Anlagevermögens. Zum Bilanzstichtag waren Finanzanlagen mit einem Buchwert von 3,7 (i.V. 2,5) Mrd € zum gemilderten Niederstwert angesetzt; hiervon werden im Folgejahr 0,7 Mrd € fällig. Der beizulegende Zeitwert dieser Bestände beläuft sich auf 3,6 (i.V. 2,4) Mrd €. Hiervon entfallen 0,6 (i.V. 0,7) Mrd € auf Anleihebestände, die in Verbindung mit Zinsswaps angeschafft wurden (Asset Swaps) und deren wirtschaftlicher Wert damit den bilanzierten Anschaffungskosten entspricht. Der Teil der genannten Anlagebestände, der nicht auf Einzelbasis mit Asset Swaps abgesichert wurde (3,1 Mrd €), ist entweder fristen- und währungskongruent refinanziert oder wurde auf Portfoliobasis gegen marktpreisinduzierte Wertveränderungen abgesichert. Einzelwertberichtigungen aufgrund von Bonitätsverschlechterungen waren bei diesen Beständen nicht erforderlich.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (8)

Der Bilanzposten enthält Anteile an gehaltenen Spezialfonds in Höhe von insgesamt 2.441,8 (i.V. 2.357,4) Mio €, die sich überwiegend aus börsennotierten Titeln zusammensetzen und als Teil des Finanzanlagebestandes geführt werden.

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Bilanzausweis	6.166,0	4.298,7
Zusammensetzung nach Börsenfähigkeit		
– börsenfähige Wertpapiere	3.672,7	1.939,5
davon		
– börsennotiert	2.935,9	1.125,9
– nicht börsennotiert	736,8	813,6
Zusammensetzung nach Bestandsart		
– Handelsbestand	3.623,8	1.797,3
– Liquiditätsreserve	9,3	14,2
– Finanzanlagebestand	2.532,9	2.487,2

Die im Finanzanlagebestand gehaltenen Spezialfonds sind nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dadurch unterschreitet ihr Zeitwert (2.342,2 Mio €) den Buchwert um 99,6 Mio €. Da die Spezialfonds ausschließlich verzinsliche Wertpapiere enthalten, die überwiegend börsennotiert sind und bei denen keine bonitätsbedingten Verschlechterungen zu verzeichnen sind, ist nicht von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen.

Beteiligungen (9)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Bilanzausweis	912,3	1.549,2
darunter:		
– an Kreditinstituten	105,0	233,5
– an Finanzdienstleistungsinstituten	0,4	–
Zusammensetzung nach Börsenfähigkeit		
– börsenfähige Wertpapiere	254,0	741,5
davon		
– börsennotiert	0,0	488,7
– nicht börsennotiert	254,0	252,8

Anteile an verbundenen Unternehmen (10)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Bilanzausweis	5.097,3	5.092,0
darunter:		
– an Kreditinstituten	2.152,8	2.058,8
– an Finanzdienstleistungsinstituten	41,4	99,9
Zusammensetzung nach Börsenfähigkeit		
– börsenfähige Wertpapiere	1.240,3	1.343,6
davon		
– nicht börsennotiert	1.240,3	1.343,6

Bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen wurde allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen, sodass in keinem Fall der Buchwert über dem beizulegenden Zeitwert liegt, sofern ein solcher verlässlich ermittelbar war.

Eine vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß §§ 285 Nr. 11, 11 a, 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB ist bei den Handelsregistern der Amtsgerichte Düsseldorf und Münster hinterlegt.

Treuhandvermögen (11)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,2
Forderungen an Kunden	19,9	93,7
Anteile an RWI-Fonds	375,0	375,0
Insgesamt	394,9	468,9

Sonstige Vermögensgegenstände (12)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Bilanzausweis	7.304,8	6.903,2
darunter:		
– Ausgleichsposten aus der Bewertung der Handelsgeschäfte (ohne Devisengeschäfte)	2.685,7	2.663,1
– Prämien für Optionsrechte	2.339,0	2.201,9
– Back-End-Fees von Swaps	885,9	537,0
– Steuererstattungsansprüche	878,9	902,9
– Geleistete Marginzahlungen (Initial-/Variation Margin)	12,3	50,9

Anlagevermögen (13)

in Mio €	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge/Um- buchungen (U) Zuschrei- bungen (Z)	Abgänge/Um- buchungen (U)	Abschreibungen insgesamt	Rest- buchwert	Abschreibungen Geschäftsjahr
	1. 1. 2005				31. 12. 2005	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens	18.279,7	6.116,3	2.787,4	3,7	21.604,9	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens	2.484,9	111,2	63,2	–	2.532,9	–
Beteiligungen	2.108,2	86,7	1.120,1	162,5	912,3	11,0
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.051,1	567,2 42,0 (Z)	904,3	658,7	5.097,3	150,6 42,0 (Z)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	62,8	–	62,8	–	–	–
Immaterielle Anlagewerte	343,9	13,4 1,0 (U)	74,0	225,1	59,8	24,8
Grundstücke und Gebäude	77,2	2,9 0,3 (U)	16,2	37,9	26,3	1,4
Leasingvermögen	52,5	20,7 99,9 (U)	55,5	78,1	39,5	25,6
Betriebs- und Geschäftsausstattung	399,5	14,1	96,8 1,4 (U)	178,4	137,0	29,9

Die Veränderungen im Geschäftsjahr bei den Wertpapieren umfassen neben den Zu- und Abgängen auch die Bestandsveränderungen aufgrund der zeitanteiligen Auflösung von Agien und Disagien.

Die Abgänge bei den Beteiligungen betreffen im Wesentlichen den sukzessiven Verkauf von Anteilen an der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG, der RWE AG, der ThyssenKrupp AG, der Fresenius AG, der Heidelberger Zement South-East Asia GmbH und der Banca Carige S.p.A.

Bei den verbundenen Unternehmen ergaben sich Zugänge aus der Kapitalzuführung bei der WestLB Beteiligungsholding GmbH für die Kapitalerhöhung bei der HSH Nordbank AG sowie durch den Erwerb der Weberbank Actiengesellschaft. Im Rahmen der Kooperation mit Mellon Financial Corporation wurde die WestLB Asset Management Holdings Ltd. neu gegründet sowie der Buchwert der WestAM Holding GmbH infolge der Übertragung von Tochtergesellschaften teilweise abgeschrieben. Abgänge betreffen vor allem die Rückzahlung von Kapitalrücklagen bei der West Logistics Gesellschaft für Logistikbeteiligungen mbH (wegen Klöckner & Co AG) sowie die Herabsetzung von Kapital bei der WestLB Europe (UK) Holdings Ltd. im Zuge der Umstrukturierung der in Großbritannien ansässigen Gesellschaften.

Im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit werden Immobilien mit einem Buchwert von 11,6 (i.V. 11,1) Mio € genutzt. Die Bank hat in den Vorjahren von der Möglichkeit steuerlicher Sonderabschreibungen nach § 82 i/k EStG in Verbindung mit § 5 Abs. 1 Satz 2 EStG Gebrauch gemacht. Grundstücke und Gebäude aus Rettungserwerben in Höhe von 3,1 (i.V. 7,2) Mio € sind länger als fünf Jahre im Bestand.

Eigene Aktien (14)

Während des gesamten Geschäftsjahres hat die WestLB keine eigenen Aktien erworben. Am Jahresende befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten (15)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Agio aus Forderungen	1,9	2,2
Disagio aus Emissionsgeschäft	311,4	250,2
Disagio aus Verbindlichkeiten	439,9	467,4
Sonstiges	259,5	189,9
Bilanzausweis	1.012,7	909,7

Nachrangige Vermögensgegenstände (16)

Nachrangige Vermögensgegenstände sind enthalten in:

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7,7	–
darunter: gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
darunter: gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Forderungen an Kunden	226,7	52,9
darunter: gegenüber verbundenen Unternehmen	57,0	–
darunter: gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Insgesamt	234,4	52,9

In Pension gegebene Vermögensgegenstände (17)

Von den ausgewiesenen Aktiva wurden von der WestLB 60.621,5 (i.V. 46.045,7) Mio € im Rahmen von echten Pensionsgeschäften an Pensionsnehmer übereignet.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (18)

	31. 12. 2005 Mio €		31. 12. 2004 Mio €	
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditinstituten
täglich fällig	5.064,3	5.985,1	4.663,4	13.529,1
mit Restlaufzeiten				
– bis 3 Monate	5.296,5	69.329,8	3.991,1	50.687,7
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	789,3	7.674,3	830,7	12.328,8
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	573,3	2.891,0	309,9	3.327,6
– mehr als 5 Jahre	1.015,0	3.988,1	646,9	4.109,8
Insgesamt	12.738,4	89.868,3	10.442,0	83.983,0
Bilanzausweis	102.606,7		94.425,0	

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 5.935,0 (i.V. 6.245,5) Mio € und gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von 1.391,1 (i.V. 848,5) Mio € enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (19)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Spareinlagen	0,2	0,2
darunter:		
– Spareinlagen mit vereinbarten Kündigungsfristen		
– bis 3 Monate	0,2	0,2
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	–	–
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	–	–
– mehr als 5 Jahre	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	51.633,3	58.893,0
darunter:		
– täglich fällig	7.216,7	12.445,4
mit Restlaufzeiten		
– bis 3 Monate	24.972,9	23.360,0
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.691,4	8.383,1
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.095,3	4.199,9
– mehr als 5 Jahre	10.657,0	10.504,6
Bilanzausweis	51.633,5	58.893,2
darunter:		
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.893,6	4.442,7
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.878,4	8.881,2

Verbriefte Verbindlichkeiten (20)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Begebene Schuldverschreibungen	15.199,8	11.536,5
darunter:		
– vor dem 31. 12. 2006 fällige Beträge	2.999,6	1.132,2
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	28.451,1	24.239,2
darunter mit Restlaufzeiten		
– bis 3 Monate	4.156,9	7.073,1
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.053,6	3.476,1
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	6.076,3	4.410,4
– mehr als 5 Jahre	14.164,3	9.279,6
Bilanzausweis	43.650,9	35.775,7
darunter:		
– verbrieftete Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
– verbrieftete Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–

Treuhandverbindlichkeiten (21)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,6	74,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	19,3	19,4
Anteile an RWI-Fonds	375,0	375,0
Bilanzausweis	394,9	468,9

Sonstige Verbindlichkeiten (22)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Bilanzausweis	11.522,8	12.274,3
darunter:		
– Lieferverpflichtungen aus Wertpapiergeschäften	5.182,4	4.830,3
– Prämien aus Optionsgeschäften	3.403,5	3.130,5
– Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	918,9	1.376,3
– Back-End-Fees von Swaps	887,0	558,6
– Verpflichtungen gegenüber der NRW.BANK aus Pensionszusagen	497,8	462,7
– Zu leistende Zinszahlungen für begebene Genussrechte	157,2	156,6
– Wfa-Beihilfeverfahren	0,0	1.411,3

Passive Rechnungsabgrenzungsposten (23)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Agio aus Emissionsgeschäft	14,1	21,4
Agio aus Verbindlichkeiten	32,3	4,5
Sonstiges	708,6	399,3
Bilanzausweis	755,0	425,2

Rückstellungen (24)

in Mio €	Bestand	Verbrauch	Auflösung	Sonstige Änderungen	Zuführung	Endbestand
	1. 1. 2005					31. 12. 2005
für Pensionsverpflichtungen	581,5	54,4	0,0	4,2	56,6	587,9
für Steuern	184,6	12,1	25,9	31,5	70,6	248,7
im Personalbereich	430,9	134,6	0,9	19,8	104,0	419,2
für Kredite/Beteiligungen	238,1	20,7	65,3	- 36,5	27,2	142,8
im Handelsgeschäft	83,3	105,6	0,0	22,3	0,0	0,0
Sonstige	315,8	190,9	13,4	7,2	253,1	371,8
Bilanzausweis	1.834,2	518,3	105,5	48,5	511,5	1.770,4

Die Rückstellungen im Personalbereich entfallen mit 303,9 Mio € auf Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reduzierung des Personalbestands. In den sonstigen Rückstellungen sind 88,7 Mio € zur Abdeckung von Prozessrisiken, 61,8 Mio € für die Anpassung der Betriebs- und Organisationsstruktur, 61,6 Mio € im Zusammenhang mit dem Verkauf von nichtstrategischen Beteiligungen sowie 32,8 Mio € für Vertriebsprovisionen enthalten.

Nachrangige Verbindlichkeiten (25)

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Bilanzausweis	3.888,0	4.111,0
Zusammensetzung nach Konzernzugehörigkeit		
- gegenüber verbundenen Unternehmen	2.098,3	2.085,8
- gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 3.888,0 (i.V. 4.111,0) Mio € überstieg die nachrangige Anleihe über 466,2 Mio US\$, die 1999 über die Niederlassung der WestLB in New York (Fälligkeit 2009; Zinssatz 6,05%) begeben wurde, 10% des Gesamtvolumens aller nachrangigen Verbindlichkeiten. Es besteht keine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder in eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Vom Gesamtvolumen der nachrangigen Verbindlichkeiten entfällt ein Betrag in Höhe von 370,1 (i.V. 443,6) Mio € auf eine Restlaufzeit von weniger als zwei Jahren. Die Ursprungslaufzeiten liegen zwischen 5 und 40 Jahren.

Für nachrangige Verbindlichkeiten fielen Zinsaufwendungen in Höhe von 177,6 (i.V. 139,5) Mio € an.

Die von der WestLB selbst oder über Tochtergesellschaften eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5 a KWG; ein außerordentliches Kündigungsrecht ist nicht vereinbart.

Genussrechtskapital (26)

Das Genussrechtskapital hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Stand 1. 1. 2005 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Stand 31. 12. 2005 Mio €
2.427,7	-	- 92,1	2.335,6

Die Laufzeitstruktur des Genussrechtskapitals (nominal, vor Abzug der Disagien) stellt sich folgendermaßen dar:

Fälligkeit	Mio €
2006	232,2
2007	495,4
2008	225,7
2009	621,5
2010	280,4
2011	257,6
2012 bis 2021	222,8
Summe	2.335,6

Die Genussscheine stellen für die Bank in Höhe von 1.606,6 Mio € Eigenmittel im Sinne von § 10 Abs. 5 KWG dar.

Fonds für allgemeine Bankrisiken (27)

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken ist unverändert mit 82,0 Mio € dotiert.

Eigenkapital (28)

Im vierten Quartal des Geschäftsjahres wurde das Kapital der WestLB AG um insgesamt 959,0 Mio € erhöht. Hiervon wurde ein Nennbetrag von 348,7 Mio € in das Grundkapital eingestellt; der Restbetrag hat die Kapitalrücklage um 610,3 Mio € erhöht. Am 21. November 2005 wurde die Kapitalerhöhung in die Handelsregister in Düsseldorf und Münster eingetragen. Zum 31. Dezember 2005 betrug das gezeichnete Kapital der WestLB AG 2.176,6 (i.V. 1.794,6) Mio €. Es besteht aus 21.766.312 (i.V. 17.945.718) Stück nennwertlosen, auf den Namen lautende Aktien. Hiervon sind 8.107.400 Stück mit einem bis zum Jahr 2016 geltenden Dividenden-vorzug ausgestattet. Der auf die einzelne Stückaktie entfallende rechnerische Betrag am Grundkapital beträgt 100,00 €. Alle Aktien sind mit dem gleichen Stimmrecht ausgestattet. Auf die NRW.BANK entfällt hiervon ein Anteil von 32,008%, auf das Land Nordrhein-Westfalen ein Anteil von 16,682%, auf die beiden Sparkassen-verbände RSGV und WLSGV jeweils ein Anteil von 25,475% und auf die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe ein Anteil von jeweils 0,180%.

2003 hat die WestLB stille Einlagen in Höhe von 1.250,0 Mio € aufgenommen. Die stillen Einlagen sind nicht rückzahlbar, sondern werden in fünf Jahresraten à 250,0 Mio € zum Kurs von 750% bis zum 31. Dezember 2007 in Grundkapital und Rücklagen der WestLB gewandelt. Im Jahr 2005 wurde die Wandlung der zweiten Tranche vollzogen und ein Nennbetrag von 33,3 Mio € (entspricht 333.318 Stück nennwertloser Aktien mit einem auf die einzelne Stückaktie entfallenden rechnerischen Betrag des Grundkapitals von 100,00 €) in das Grundkapital eingestellt und die Kapitalrücklage um 216,7 Mio € erhöht. Der Betrag der am 31. Dezember 2005

fälligen dritten Tranche wird in dem Posten „Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlage“ ausgewiesen. Die Wandlung dieser dritten Tranche wurde am 9. Februar 2006 in die Handelsregister eingetragen. Nach Verlustteilnahmen in den Jahren 2003 und 2004 wurden die stillen Einlagen zum 31. Dezember 2005 mit dem vollständigen Jahresüberschuss in Höhe von 341,3 Mio € wieder aufgefüllt.

2005 wurden weitere stille Einlagen über 300 Mio US\$ und 240 Mio € begeben. Den resultierenden Zinsanspruch hat die Bank entsprechend bilanziert.

Das handelsrechtliche Eigenkapital der WestLB AG beträgt nach Wiederauffüllung der stillen Einlage 5.648,1 Mio €.

in Mio €	Bestand per	Veränderung aus Wandlung/ begebener stiller Einlagen	Veränderung aus Kapitalerhöhung	Wiederauffüllung stiller Einlagen	Bestand per
	31. 12. 2005				31. 12. 2004
Gezeichnetes Kapital	2.176,6	33,3	348,7	–	1.794,6
Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlage	250,0	–	–	–	250,0
Kapitalrücklage	2.388,3	216,7	610,3	–	1.561,3
Gewinnrücklagen	–	–	–	–	–
Typische stille Einlagen					
– begeben in 2003	363,8	– 250,0	–	341,3	272,5
– begeben in 2005	469,4	469,4	–	–	–
Handelsrechtliches Eigenkapital	5.648,1	469,4	959,0	341,3	3.878,4

Das durch Beschluss der Hauptversammlung am 11. Dezember 2002 genehmigte Kapital in Höhe von ursprünglich 166,7 Mio € beläuft sich nach Wandlung der zweiten Tranche der stillen Einlage auf 100,0 Mio €. Nach der Wandlung der dritten Tranche reduziert sich das genehmigte Kapital um 33,3 Mio € auf 66,7 Mio €.

Haftung für Altverbindlichkeiten – Grandfathering (29)

In Übereinstimmung mit der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Kommission vom 17. Juli 2001 ist in Artikel 1 § 11 des Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen festgelegt worden, dass die bisherigen öffentlich-rechtlichen Haftungsinstrumente Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die WestLB nach einer bis zum 18. Juli 2005 geltenden Übergangsfrist für neu eingegangene Verbindlichkeiten und Verpflichtungen nicht mehr bestehen.

Hinsichtlich der Gewährträgerhaftung gelten für vor dem 19. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten folgende Regelungen zum Grandfathering:

- Alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen der WestLB, die zum Stichtag 18. Juli 2001 bereits vereinbart worden waren, sind bis zum Ende ihrer Laufzeit ohne Einschränkung durch die Gewährträgerhaftung gedeckt.

- Die im Zeitraum vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 begründeten Verbindlichkeiten und Verpflichtungen der WestLB bleiben von der Gewährträgerhaftung in ihrer gegenwärtigen Form weiterhin gedeckt, soweit die Laufzeit dieser Verbindlichkeiten und Verpflichtungen nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht; bei einer darüber hinaus gehenden Laufzeit unterliegen sie nicht der Gewährträgerhaftung.

Die Träger der früheren Westdeutschen Landesbank Girozentrale werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber der WestLB umgehend nachkommen, sobald sie bei Fälligkeit der jeweiligen Verbindlichkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger keine Befriedigung aus dem Vermögen der WestLB erhalten können. Dies schließt ausdrücklich die Möglichkeit ein, Verbindlichkeiten in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der Fälligkeit zu bedienen. Eine beihilferechtliche Notifizierung ist in diesem Fall nicht erforderlich.

Von den Verbindlichkeiten der WestLB fallen folgende Volumen unter die vorgenannten Regelungen:

Bilanzposten

in Mio €	Laufzeit vor dem 19. 7. 2001 begründet bis Laufzeitende		Laufzeit zwischen dem 19. 7. 2001 und dem 18. 7. 2005 begründet bis zum 31. 12. 2015	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.555,1		17.851,4	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.423,6		22.362,8	
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.458,9		32.236,8	
Sonstige Verbindlichkeiten	0,0		933,7	
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.602,6	14.040,2	1.285,5	74.670,2
Insgesamt		88.710,4		

Zum Stichtag 31. Dezember 2005 finden damit die gesetzlichen Regelungen zum Grandfathering auf rund 88,7 (i.V. 204,9) Mrd € der in der Bilanz der WestLB ausgewiesenen Verbindlichkeiten Anwendung.

EU-Verfahren (30)

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte 1992 die Wohnungsbauförderungsanstalt (Wfa) als Sacheinlage in die Westdeutsche Landesbank Girozentrale eingebracht und der Bank damit zusätzlich haftendes Eigenkapital gemäß § 10 KWG in Höhe von rund 2 Mrd € zugeführt.

1994 erhoben die privaten Banken über ihren Verband eine Beschwerde wegen unerlaubter Beihilfe gegen die Höhe der Vergütung für das eingebrachte Kapital. Das daraufhin von der Europäischen Kommission eröffnete Beihilfeverfahren mündete in der Entscheidung vom 8. Juli 1999, in der aufgrund einer angeblich zu geringen Vergütung eine Beihilfe in Höhe von rund 800,0 Mio € für den Zeitraum 1992 bis 1999 festgestellt wurde.

Gegen diese Entscheidung der Europäischen Kommission erhoben die Bundesrepublik Deutschland, das Land Nordrhein-Westfalen und die WestLB jeweils Klagen bei den Europäischen Gerichten.

Die Entscheidung der Europäischen Kommission von 1999 erklärte das Europäische Gericht in erster Instanz am 6. März 2003 im Wesentlichen aufgrund von Begründungsmängeln für nichtig. Eine abschließende Beurteilung der Angemessenheit des geforderten Wfa-Entgelts nahm das Gericht nicht vor.

Unter Berücksichtigung einer im Sommer 2004 mit dem Bundesverband deutscher Banken erzielten Verständigung über eine angemessene Vergütung für das Wfa-Kapital erließ die Europäische Kommission am 20. Oktober 2004 eine neue Entscheidung. Der danach von der WestLB zu leistende Rückforderungsbetrag inklusive Zinsen belief sich auf insgesamt rund 1,4 Mrd €. Er ist im Jahresabschluss 2004 passiviert und als außerordentlicher Aufwand erfasst worden. Die WestLB hat die Entscheidung vereinbarungs- und fristgemäß am 21. Januar 2005 in Form eines Effective Payments an das Land umgesetzt.

Im April und Mai 2005 stärkte die WestLB ihr Kernkapital durch Begebung zweier Hybridanleihen in einem Volumen von 300 Mio US\$ und 240 Mio €. Dabei wurden die Hybridkapitalemissionen jeweils zu 51% bei privaten Investoren platziert. Das Land Nordrhein-Westfalen übernahm zu gleichen Konditionen die jeweils verbleibenden 49%. Ende Oktober 2005 führte das Land Nordrhein-Westfalen der WestLB im Rahmen einer Kapitalerhöhung rund 959 Mio € zu.

Die genannten Kapitalmaßnahmen erfüllen sämtliche von der Europäischen Kommission für eine Kapitalzuführung aufgestellten Bedingungen.

Fremdwährungsaktiva/Fremdwährungspassiva (31)

Auf Fremdwährung lautende bilanzielle Aktiva bestehen am Bilanzstichtag in Höhe von 69,8 (i.V. 71,3) Mrd €, auf Fremdwährung lautende bilanzielle Passiva betragen 69,8 (i.V. 74,8) Mrd €.

Andere Verpflichtungen (32)

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um noch nicht in Anspruch genommene, extern zugesagte Kreditlinien.

Das in der Bilanz angegebene Volumen in Höhe von 82,5 (i.V. 46,3) Mrd € resultiert aus dem laufenden in- und ausländischen Kreditgeschäft sowie aus Liquiditätslinien im Zusammenhang mit Asset Backed-Transaktionen.

Bestellung von Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten (33)

Für nachstehend aufgeführte Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in folgender Höhe übertragen:

	31. 12. 2005 Mio €	31. 12. 2004 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	286,4	630,4
Anderweitige Verpflichtungen (wie Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihegeschäften, Reverse Repo-Geschäften und OTC-Geschäften)	52.883,1	49.099,0
Absicherung von Pensionsverpflichtungen	14,2	0,0
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	53.183,7	49.729,4

Im Rahmen der Spitzenrefinanzierungsfazilität der Europäischen Zentralbank zur Beteiligung an Offenmarktgeschäften hat die WestLB im Eigenbestand befindliche Anleihen und Wertpapiere mit einem Nominalwert von 4.851,8 (i.V. 5.280,5) Mio € hinterlegt bzw. abgetreten. Für öffentliche Kreditprogramme wurden von der Bank Forderungen in Höhe von 515,0 (i.V. 453,2) Mio € zur Besicherung abgetreten. Die Geschäftstätigkeit im Ausland erforderte aufgrund bestehender gesetzlicher Vorschriften und örtlicher Usancen in einigen Fällen Sicherheitsleistungen gegenüber öffentlichen Stellen bzw. Kreditinstituten. Hierdurch sind Vermögenswerte in Höhe von 3.764,0 (i.V. 5.400,0) Mio € gebunden.

Angaben gemäß Pfandbriefgesetz (34)

Umlaufende Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 PfandBG:

	31. 12. 2005 Mio €
I. Nominalwerte	
öffentliche Pfandbriefe	23,0
Deckungsmasse	210,0
davon Derivate	–
Überdeckung	187,0
II. Barwerte	
öffentliche Pfandbriefe	23,2
Deckungsmasse	242,0
davon Derivate	–
Überdeckung	218,8
III. Risikobarwerte	
öffentliche Pfandbriefe	23,2
Deckungsmasse	222,2
davon Derivate	–
Überdeckung	199,0

Laufzeitstruktur (Restlaufzeit)

	31. 12. 2005 Mio €
bis einschließlich 1 Jahr	
öffentliche Pfandbriefe	–
Deckungsmasse	–
mehr als 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre	
öffentliche Pfandbriefe	–
Deckungsmasse	–
mehr als 5 Jahre bis einschließlich 10 Jahre	
öffentliche Pfandbriefe	–
Deckungsmasse	75,0
länger als 10 Jahre	
öffentliche Pfandbriefe	23,0
Deckungsmasse	135,0

Umlaufende Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 und 2 PfandBG:

Zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen

	31. 12. 2005 Mio €
Frankreich	40,0
Staat	–
regionale und örtliche Gebietskörperschaften	40,0
Sonstige Schuldner	–
Bundesrepublik Deutschland	75,0
Staat	75,0
regionale und örtliche Gebietskörperschaften	–
Sonstige Schuldner	–
Italien	50,0
Staat	50,0
regionale und örtliche Gebietskörperschaften	–
Sonstige Schuldner	–
Portugal (einschließlich Azoren und Madeira)	30,0
Staat	–
regionale und örtliche Gebietskörperschaften	–
Sonstige Schuldner	30,0
Belgien	15,0
Staat	–
regionale und örtliche Gebietskörperschaften	–
Sonstige Schuldner	15,0
Gesamtsummen	210,0

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen

	31. 12. 2005 Mio €
	–

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Geografische Aufteilung von Ertragskomponenten (35)

Die wesentlichen Ertragskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung der WestLB wurden auf den im Folgenden dargestellten geografischen Märkten erzielt:

Mio € 31. 12. 2005	Zinserträge	Laufende Erträge	Provisions- erträge	Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	Leasingerträge	Sonstige betriebliche Erträge
Deutschland	7.211,6	710,0	170,0	89,0	0,0	151,6
Großbritannien	3.879,4	44,0	158,3	– 83,3	2,3	23,7
übriges Europa	215,5	2,3	27,6	1,9	26,5	9,5
Fernost und Australien	420,4	0,1	16,9	– 6,8	0,0	23,0
Nordamerika	4.604,0	23,0	100,6	53,7	0,0	11,6
Kompensationen	– 8.229,8	0,0	0,0	– 160,9	0,0	– 79,1
GuV-Ausweis	8.101,1	779,4	473,4	– 106,4	28,8	140,3

Die geografische Zuordnung der Erträge erfolgt nach dem Sitz der die Bestände bilanzierenden bzw. geschäftsdurchführenden Niederlassung. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung der WestLB insgesamt eliminierten Ergebnisse aus zwischen den regionalen Stellen getätigten Geschäften sind in dieser Darstellung enthalten. Die laufenden Erträge enthalten die Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen.

Dienstleistungen für die Verwaltung und Vermittlung (36)

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen betreffen insbesondere die Depotverwaltung, die Vermögensverwaltung sowie die Verwaltung von Treuhandkrediten.

Ergebnis aus Leasinggeschäft (37)

In den Erträgen aus dem Leasinggeschäft sind die laufenden Leasingerträge enthalten. Die Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft enthalten die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände.

Sonstiges betriebliches Ergebnis (38)

	1. 1.–31. 12. 2005 Mio €	1. 1.–31. 12. 2004 Mio €
Sonstige betriebliche Erträge		
GuV-Ausweis	140,3	169,9
darunter:		
– Erstattung aus Verrechnung an Konzernunternehmen und Dritte	73,4	78,0
darunter: Erträge aus IT-Dienstleistungen	21,0	20,4
– Erträge aus der Auflösung von anderen Rückstellungen	14,3	26,1
– Miet- und Grundstückserträge	12,0	11,7
– Gewinne aus Sachanlageverkäufen	8,3	16,4

	1. 1.–31. 12. 2005 Mio €	1. 1.–31. 12. 2004 Mio €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		
GuV-Ausweis	224,0	106,5
darunter:		
– Zuführung zu den anderen Rückstellungen	168,9	25,4
– Zuführung zum Reservefonds	25,0	25,0
– Verluste aus Sachanlageverkäufen	6,7	11,4
– Aufwendungen für nicht bankgenutzte Grundstücke und Gebäude	3,0	1,3
– Aufwendungen für Dienst- und Sachleistungen	0,3	1,8
– Aufwandsentschädigung für Tochterunternehmen	0,0	17,0

Prüfungshonorare (39)

Die Honorare für die Abschlussprüfung betragen 3,7 Mio €; für sonstige Bestätigungsleistungen fielen Aufwendungen in Höhe von 1,3 Mio € an. Sonstige Honorare für Steuerberatungsleistungen sowie Beratungsleistungen seitens des Abschlussprüfers sind im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht angefallen.

Risikovorsorge (40)

Einzelwertberichtigungen und Kreditrückstellungen (ohne Reserven gemäß §§ 340 f, g HGB)

	2005 Mio €	2004 Mio €
Anfangsbestand 1. 1.	2.253,5	3.226,0
Zuführungen	184,4	419,9
Auflösungen	- 348,6	- 532,3
Verbräuche	- 855,8	- 763,2
Kurswertdifferenzen/sonstige Änderungen	118,2	- 96,9
Endbestand 31. 12.	1.351,7	2.253,5

Abschreibungen und Wertberichtigungen gemäß § 340 f Abs. 3 und § 340 c Abs. 2 HGB

	1. 1.-31. 12. 2005 Mio €	1. 1.-31. 12. 2004 Mio €
Risikoergebnis	444,7	285,2
Kredite und Wertpapiere		
Ertrag/Aufwand	87,6	248,5
davon: Kredite	111,8	234,4
Wertpapiere	- 24,2	14,1
Beteiligungen und Wertpapiere		
Ertrag/Aufwand	357,1	36,7
davon: Beteiligungen	321,4	52,4
Wertpapiere	35,7	- 15,7

Entsprechend § 340 f Abs. 3 HGB wurden Erträge und Aufwendungen aus der Bewertung im Kreditgeschäft kompensiert mit Abschreibungen auf sowie Erträgen aus Zuschreibungen zu Wertpapieren der Liquiditätsreserve ausgewiesen. Der Nettoertrag beträgt danach 87,6 (i.V. 248,5) Mio €. Analog dazu erfolgte gemäß § 340 c Abs. 2 HGB die Kompensation der Aufwendungen für Beteiligungen, für Anteile an verbundenen Unternehmen sowie für Wertpapiere des Anlagebestandes mit den entsprechenden Erträgen. Insgesamt wird danach ein Ertrag von 357,1 (i.V. 36,7) Mio € als Risikoergebnis für Beteiligungen und Wertpapiere ausgewiesen.

Außerordentliches Ergebnis (41)

Im Jahr 2005 werden keine Sachverhalte im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen.

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge (42)

Wesentliche periodenfremde Aufwendungen und Erträge sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2005 nicht angefallen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (43)

Der Steueraufwand von 65,1 (i.V. 45,2) Mio € entfällt mit 42,9 Mio € auf inländische Ertragsteuern und mit 22,2 Mio € auf Ertragsteuern der ausländischen Niederlassungen.

Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne (44)

Die Bedienung der stillen Einlagen wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erstmals als separate Position „Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne“ ausgewiesen. Die Teilgewinnabführungen auf die im Geschäftsjahr begebenen stillen Einlagen betragen 23,7 Mio €.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse (45)

Die WestLB hat im Zusammenhang mit den von Drittunternehmen herausgegebenen Restwertgarantien einzelne „Letter of Undertaking“ abgegeben. Diese Letter of Undertaking enthalten Bedingungen, nach deren Eintreten von den Begünstigten der Restwertgarantien die Ausstellung von Rückgarantien für die Verpflichtungen der Drittunternehmen aus den Restwertgarantien verlangt werden kann. Diese Bedingungen sind im Berichtsjahr eingetreten, und die Ausstellung der WestLB-Rückgarantien wurde von den Begünstigten eingefordert. Derzeit findet mit den Begünstigten eine Abstimmung bezüglich Form und Umfang der auszustellenden Garantien statt. Für den genannten Sachverhalt sind in den Eventualverbindlichkeiten Vermerkposten ausgewiesen.

Zum 1. Januar 2005 wurde die Verantwortung für die bisher von der WestLB Systems erbrachten Services im Umfeld IT-Infrastruktur und Web/Office-Anwendungen von einem Drittunternehmen übernommen. Im Rahmen dieses Outsourcing-Vertrags hat die WestLB AG Haftungsverpflichtungen für die Verpflichtungen der diesem Vertrag beitretenden Unternehmen des WestLB-Konzerns übernommen.

Patronatserklärungen (46)

Die WestLB trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, in Höhe ihrer Beteiligungsquote dafür Sorge, dass die Kreditinstitute und die Finanzierungs- und Verwaltungsgesellschaften, an denen sie in wesentlichem Umfang beteiligt ist, ihre Verpflichtungen erfüllen können. Die von dieser Erklärung erfassten Unternehmen und die Anteilsquote (direkte und indirekte Anteile), nach der die Bank diese Verpflichtung übernimmt, sind nachfolgend dargestellt:

Konzerntöchter

Banco WestLB do Brasil S.A., São Paulo	100%
WestLB do Brasil Cayman Ltd., George Town	100%
Bank WestLB Vostok (ZAO), Moskau	100%
Banque d'Orsay S.A., Paris	100%
Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A., Waterloo	100%
Westdeutsche ImmobilienBank, Mainz	100%
Westdeutsche Immobilienholding GmbH, Düsseldorf	94,6%
WestFonds Immobilien-Anlagegesellschaft mbH, Düsseldorf	100%
WestGkA Management Gesellschaft für kommunale Anlagen mbH, Düsseldorf	100%
WestProjekt & Consult Gesellschaft für Projektentwicklung und Consulting mbH, Düsseldorf	100%
WestLB (Italia) Finanziaria S.p.A., Mailand	100%
WestLB Asia Pacific Ltd., Singapur	100%
WestLB Bank Polska S.A., Warschau	100%
WestLB Covered Bond Bank plc, Dublin	100%
WestLB Europa Holding GmbH, Düsseldorf	100%
WestLB Europe (UK) Holdings Ltd., London	100%
WestLB Finance (Credits) Ltd., London	100%
WestLB Fund Investment Ltd., London	100%
WestLB Hungaria Bank Rt., Budapest	100%
WestLB International S.A., Luxemburg	100%
WestLB Ireland plc, Dublin	100%
WestLB Property Services Ltd., London	100%
WestLB Securities Inc., Dover	100%
WestLB Securities Pacific Ltd., Hongkong	100%
WestLB UK Ltd., London	100%
WestRM – West Risk Markets AG, Baar	100%
WMB Leasing Nine Limited, London	100%

Die Bank hat neben den mit dem oben genannten Text abgegebenen Patronatserklärungen weitere Patronatserklärungen im Einzelfall gegenüber Dritten abgegeben. Diese betreffen folgende Gesellschaften:

PE Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Büro- und Business Center Büropark Leipzig-Park KG (Medico – Fonds Dresden Bürocenter), Dresden
PE Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Büro- und Business Center Büropark Leipzig-Park KG (Medico – Fonds Berlin Badstraße), Berlin
Westdeutsche ImmobilienBank, Mainz
WestLB Asia Pacific Ltd., Singapur
West Merchant Bank Limited, London

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (47)

Die Nachschussverpflichtungen der WestLB aus ihrer Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank betragen unverändert 65,3 Mio €. Der Bank können weitere Verpflichtungen aus der Mithaftung für die Nachschussverpflichtungen gegenüber der Liquiditätskonsortialbank von Gesellschaftern entstehen, die Mitglieder des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) sind.

Der Fehlbetrag wegen nicht bilanzierter Versorgungsverpflichtungen im Sinne von Art. 28 Abs. 2 EGHGB beläuft sich auf 65,0 Mio €.

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 1.506,4 Mio €, davon 1.025,5 Mio € aus Miet- und Leasingverpflichtungen und von denen wiederum 475,5 Mio € mit verbundenen Unternehmen. Die Laufzeit der Verträge beträgt maximal 21 Jahre.

Die NRW.BANK und die WestLB haften bis Ende 2006 für alle Verbindlichkeiten, die bis zur Abspaltung bestanden, als Gesamtschuldner. Diese Mithaftung der WestLB wird auch von der oben genannten Haftung für Altverbindlichkeiten durch die früheren Gewährträger der Westdeutschen Landesbank Girozentrale erfasst.

Die Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften betragen 508,4 Mio €.

Einlagensicherung und weitere Sicherungsmechanismen (48)

Die WestLB ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV). Dabei handelt es sich um eine institutssichernde Einrichtung im Sinne des § 12 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes (EAG), die Teil des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe (Haftungsverbund) ist.

Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation setzt sich aus elf Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen zusammen, die einen Haftungsverbund bilden. Zwischen den regionalen und überregionalen Fonds bestehen Regelungen zum Ausgleich bei Stützungsfällen (Überlaufvereinbarungen). Im Geschäftsjahr 2005 ergab sich keine Nachschussverpflichtung aufgrund der Vereinbarung über die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen.

Seit dem 1. Oktober 2004 haben die beiden nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände – Rheinischer Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband (WLSGV) – gemeinsam mit der WestLB je einen Reservefonds zur Stützung der Mitgliedsparkassen oder der WestLB im Falle finanzieller Schwierigkeiten eingerichtet. Hierzu legten beide Verbände zu gleichen Teilen mit der WestLB einen Reservefonds in einem Volumen von jeweils 500 Mio € auf. Beide Fonds setzen sich zum einen aus Barmitteln in Höhe von 250 Mio € und zum anderen aus einer Nachschusspflicht in gleicher Höhe zusammen. Bisher hat die WestLB Einzahlungen in Höhe von 50 Mio € geleistet. Die verbleibenden 200 Mio € Barmittel sollen in gleichen Raten über die nächsten acht Jahre eingezahlt werden, dabei werden die seitens der Fonds erwirtschafteten Erträge angerechnet.

Gewährträgerhaftung (49)

Die WestLB AG haftet gemeinsam mit ihrer 100%igen Tochter WestLB Beteiligungs-holding GmbH im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen als Träger der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz (für bis zum 1. Oktober 2004 begründete Verbindlichkeiten), und der HSH Nordbank AG, Hamburg/Kiel, sowie zusätzlich allein als Träger der Westdeutschen ImmobilienBank, Mainz. Weiterhin haftet die WestLB aufgrund entsprechender Vorschriften als Träger bei der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Main.

Bezüge der Organe (50)

	2005 Mio €	2004 Mio €
Gesamtbezüge Vorstand	18,5	14,8
– davon fix	14,1	10,8
– davon erfolgsorientiert	4,4	4,0
– davon erfolgsorientiert mit langfristiger Anreizwirkung	0,0	0,0
Gesamtbezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder sowie deren Hinterbliebenen	10,3	8,0
Bezüge Aufsichtsratsmitglieder	1,1	1,1
– davon fix	1,1	1,1
– davon erfolgsorientiert	0,0	0,0
– davon erfolgsorientiert bezogen auf den langfristigen Unternehmenserfolg	0,0	0,0
Pensionsrückstellungen für ehemalige Vorstandsmitglieder sowie deren Hinterbliebenen	56,1	55,9

Bei den Bezügen der Aufsichtsratsmitglieder in Höhe von 1,1 Mio € handelt es sich um die pauschale Abrechnung der baren Auslagen der Aufsichtsratsmitglieder (0,2 Mio €) sowie um eine Rückstellungsbildung für die Vergütung (0,9 Mio €). Die Vergütung für das Geschäftsjahr 2005 wird erst durch die Hauptversammlung 2006 abschließend festgelegt.

Kredite an Organe (51)

Den Mitgliedern des Vorstandes der WestLB wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Vorschüsse und Kredite gewährt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der WestLB erhielten Vorschüsse und Kredite in Höhe von 0,26 (i.V. 0,25) Mio €.

Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (52)

Die Anzahl der Beschäftigten betrug im Jahresdurchschnitt 2005:

	männlich	weiblich	insgesamt 2005	insgesamt 2004
Inländische Niederlassungen	1.949	1.578	3.527	3.484
Ausländische Niederlassungen	1.038	649	1.687	1.791
Insgesamt	2.987	2.227	5.214	5.275

Durchschnittlich 100 (i.V. 157) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befanden sich in einem Ausbildungs- oder ausbildungsähnlichen Verhältnis.

Beteiligungen an der WestLB (53)

Aktionäre	Beteiligungsquote	
	31. 12. 2005 in %	31. 12. 2004 in %
NRW.BANK	32,008	38,748
Land Nordrhein-Westfalen	16,682	–
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	25,475	30,626
Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband	25,475	30,626
Landschaftsverband Rheinland	0,180	–
Landschaftsverband Westfalen-Lippe	0,180	–
Summe	100,000	100,000

Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 und 5 AktG waren im Berichtsjahr nicht erforderlich.

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (54)

Die Bank ist an folgenden großen Kapitalgesellschaften mit mehr als 5% der Stimmrechte beteiligt (Angabe gemäß § 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB):

AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main
 Banco Finantia S.A., Lissabon
 Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A., Waterloo
 Coperion Holding GmbH, Stuttgart
 Fraikin Groupe S.A., Levallois-Perret
 GEV Gesellschaft für Energie- und Versorgungswerte mbH i.L., Dortmund
 TA Triumph-Adler AG, Nürnberg
 West Pensionsfonds AG, Düsseldorf
 West Private Capital GmbH i.L., Stuttgart
 WestLB Administration Inc., New York
 WestLB Asset Management (Australia) Pty. Ltd., Sydney
 WestLB Basinghall Ltd., London
 WestLB Systems GmbH, Düsseldorf
 WestMerchant Beteiligungs GmbH, Düsseldorf
 WestRM – West Risk Markets AG, Baar

Zusätzlich zur Angabe gemäß § 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB nennen wir die folgenden, im Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

Banca Carige S.p.A., Genua
 Banco WestLB do Brasil S.A., São Paulo
 Bank WestLB Vostok (ZAO), Moskau
 Banque d'Orsay S.A., Paris
 Deutsche Anlagen-Leasing GmbH, Mainz
 HSH Nordbank AG, Hamburg/Kiel
 Singapore Aircraft Leasing Enterprise Pte. Ltd., Singapur
 Weberbank Actiengesellschaft, Berlin
 Westdeutsche ImmobilienBank, Mainz
 WestGkA Management Gesellschaft für kommunale Anlagen mbH, Düsseldorf
 WestLB Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf

WestLB Bank Polska S.A., Warschau
WestLB Covered Bond Bank plc, Dublin
WestLB Europe (UK) Holdings Ltd., London
WestLB Finance Curaçao N.V., Curaçao
WestLB Fund Investments Ltd., London
WestLB Hungaria Bank Rt., Budapest
WestLB International S.A., Luxemburg
WestLB Ireland plc, Dublin
WestLB Limited, London
WestLB New York Capital Investment Ltd., St. Helier
WestLB Property Services Ltd., London
WestLB Securities Inc., Dover
WestLB Securities Pacific Ltd., Hongkong
West Merchant Bank Limited, London

Beteiligungen an Personengesellschaften (55)

Gemäß § 285 Nr. 11 a HGB geben wir nachfolgend die Personengesellschaften an, bei denen die WestLB unbeschränkt haftender Gesellschafter ist:

GbR Industrie- und Handelskammer Rheinisch-Westfälische-Börse, Düsseldorf
GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt/Main
Secofinance WestLB, Paris
Société Civile Immobilière Franco-Allemande (SCIFA), Paris
Woolgate Investments CV, Dublin

Mandate der Vorstandsmitglieder (56)

In den nachfolgend aufgeführten Gesellschaften sind Vorstandsmitglieder der WestLB AG Mitglieder bzw. Vorsitzende eines Aufsichtsrates oder anderer Kontrollgremien. Bei den mit * gekennzeichneten Mandaten handelt es sich um freiwillige Angaben, die über die Angabepflicht von Mandaten bei großen Kapitalgesellschaften gemäß § 340 a Abs. 4 Nr. 1 in Verbindung mit § 267 Abs. 3 HGB hinausgehen.

Dr. Thomas R. Fischer

AMVESCAP PLC
Audi AG
AXA Konzern AG
DekaBank Deutsche Girozentrale*
Deutscher Sparkassen Verlag GmbH (seit 1. 1. 2005)
Hapag-Lloyd AG
HSH Nordbank AG
Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) (seit 1. 1. 2005)*
RWE AG
TUI AG (bis 26. 1. 2005)
Weberbank Actiengesellschaft (seit 6. 12. 2005)

Dr. Norbert Emmerich

Aurelis Management GmbH
Deutsche Anlagen-Leasing GmbH (bis 30. 6. 2005)
GFKL Financial Services AG (seit 22. 6. 2005)
Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH
RAG Immobilien AG (seit 1. 7. 2005)
RWE Energy AG (seit 1. 4. 2005)
TUI AG (bis 26. 1. 2005)
Weberbank Actiengesellschaft (seit 6. 12. 2005)
Westdeutsche ImmobilienBank*
WestLB International S.A.

Klaus-Michael Geiger

ThyssenKrupp Steel AG (seit 27. 10. 2005)
WestLB International S.A. (seit 5. 10. 2005)

Dr. Hans-Jürgen Niehaus

Westdeutsche ImmobilienBank (seit 15. 4. 2005)*
WestLB International S.A. (seit 5. 10. 2005)

Dr. Manfred Puffer

Börse Düsseldorf AG (bis 6. 6. 2005)
Deutsche Anlagen-Leasing GmbH (bis 6. 3. 2005)
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur Ges.m.b.H.
ThyssenKrupp Stahl AG (bis 17. 10. 2005)
WestLB Basinghall Ltd. (bis 28. 9. 2005)
WestLB Covered Bond Bank plc (bis 31. 8. 2005)
WestLB International S.A. (bis 28. 9. 2005)
WestLB Securities Inc. (bis 31. 8. 2005)
WestLB Securities Pacific Ltd. (bis 31. 8. 2005)

Rainer Schmitz

Banque d'Orsay S.A.
Börse Düsseldorf AG (seit 6. 6. 2005)
Deka Investment GmbH
West Pensionsfonds AG
West Pensionskasse AG
WestLB Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH
WestLB Securities Inc. (seit 28. 9. 2005)

Robert M. Stein

Banque d'Orsay S.A.
WestLB Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH
WestLB International S.A.

Dr. Matthijs van den Adel

RWE Energy AG
Westdeutsche ImmobilienBank*
WestLB International S.A.
WestLB Securities Pacific Ltd. (seit 7. 10. 2005)

Mandate der Mitarbeiter (57)

Folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Mitglieder bzw. Vorsitzende eines Aufsichtsrates in nachfolgend aufgeführten Gesellschaften. Bei den mit * gekennzeichneten Mandaten handelt es sich um freiwillige Angaben, die über die Angabepflicht von Mandaten bei großen Kapitalgesellschaften gemäß § 340 a Abs. 4 Nr. 1 in Verbindung mit § 267 Abs. 3 HGB hinausgehen.

Franz-Josef Becker

Bank WestLB Vostok (ZAO) (bis 30. 6. 2005)
WestLB Bank Polska S.A. (bis 31. 8. 2005)
WestLB Covered Bond Bank plc (bis 30. 8. 2005)
WestLB Ireland plc (bis 31. 8. 2005)

Heiner Böhmer

WestLB Basinghall Ltd. (seit 28. 9. 2005)

Dr. Corinna Brandi

Malteser Krankenhaus St. Anna GmbH

Holger Bredekamp

Wohnungsgesellschaft Münsterland mbH

Ian Claisse

Bank WestLB Vostok (ZAO) (seit 30. 6. 2005)

Peter Clermont

WestLB Securities Pacific Ltd. (seit 1. 10. 2005 bis 31. 12. 2005)

Ian Clifton

WestLB Covered Bond Bank plc
WestLB Securities Pacific Ltd. (bis 30. 6. 2005)

André Cohen

Singapore Aircraft Leasing Enterprise Pte. Ltd.

Neil Colverd

WestLB Covered Bond Bank plc

Trevor Cowan

WestLB Bank Polska S.A. (seit 25. 1. 2005 bis 31. 12. 2005)

Lourens de Beer

Bank WestLB Vostok (ZAO) (bis 30. 6. 2005)
WestLB Bank Polska S.A. (bis 24. 1. 2005)
WestLB Hungaria Bank Rt. (bis 15. 2. 2005)

Robert De La Mare Peddar

Volcan Compania Minera S.A.A. (bis 30. 10. 2005)

Moses Dodo

Banco WestLB do Brasil S.A.
Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A.*
WestLB Administration Inc.
WestLB Securities Inc. (seit 4. 5. 2005)

Thorsten Ellwanger

WestLB AG

Dr. Hendirk Ernaelsteen

Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A.*

Maurizio Fazzari

Banca Carige S.p.A.

Dr. Patrick Fürer

Bank WestLB Vostok (ZAO) (seit 15. 2. 2005)
WestLB Bank Polska S.A. (seit 15. 2. 2005)

Kerstin Heidler

Deka International Ireland Ltd. (bis 1. 12. 2005)

Herbert Jackel

Banco Finantia S.A. (seit 2. 5. 2005)

Manfred Kammans

WestLB Bank Polska S.A.

Horst Klophaus

WestLB AG

Gerhard Knoke

Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A. (bis 30. 4. 2005)*
Westdeutsche ImmobilienBank (bis 15. 4. 2005)*

Dirk Körner

Bank WestLB Vostok (ZAO)
WestLB Bank Polska S.A.
WestLB Hungaria Bank Rt.

Marcus Kramer

Banco WestLB do Brasil S.A. (seit 1. 8. 2005)
Bank WestLB Vostok (ZAO) (seit 1. 8. 2005)
Singapore Aircraft Leasing Enterprise Pte. Ltd.
Westdeutsche ImmobilienBank*

Joachim Krämer

WestLB AG

Kurt Lambert

WestLB Administration Inc. (seit 5. 1. 2005)

Dagmar Lange

Fraikin Groupe SA

Gerd-Uwe Löschmann

WestLB AG

Manfred Matthewes

WestLB AG

Thomas McCaffery

Banco WestLB do Brasil S.A. (seit 1. 8. 2005)

WestLB Administration Inc. (seit 5. 1. 2005)

Reinhold L. Mestwerdt

Hugo Boss AG (seit 11. 5. 2005)

Peter Minhorst

WestLB Covered Bond Bank plc (seit 1. 11. 2005)

James (Jim) Morris

Formula One Holdings Ltd. (bis 30. 9. 2005)

Michael Morrison

WestLB Property Services Ltd.

Erik Nagel

Banque d'Orsay S.A.

Compagnie Belge de la WestLB (CBW) S.A.*

Singapore Aircraft Leasing Enterprise Pte. Ltd.

West Pensionsfonds AG

West Pensionskasse AG

WestLB Securities Pacific Ltd.

Klaus Neuhaus

WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH (seit 17. 3. 2005 bis 31. 12. 2005)

Dr. Wolfgang Nickels

Bank WestLB Vostok (ZAO)

Luke Nunneley

WestLB Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH

Werner Peters

WestLB Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH

Matthias Renner

WestLB Hungaria Bank Rt.

Wolfgang Richter

Banque d'Orsay S.A. (bis 1. 1. 2005)

Singapore Aircraft Leasing Enterprise Pte. Ltd. (bis 1. 1. 2005)

West Pensionsfonds AG (bis 1. 1. 2005)

West Pensionskasse AG (bis 1. 1. 2005)

Albrecht Sabelus

WestLB Securities Pacific Ltd. (bis 30. 6. 2005)

Heinz-Günter Sander

WestLB AG

Frank Schmitz

Legrand S.A.

Singapore Aircraft Leasing Enterprise Pte. Ltd.

Jürgen Schneider

JT International Germany GmbH

Detlef Semberg

AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH

Frank Simon

WestRM-West Risk Markets AG

Bernhard Thiel

West Pensionsfonds AG

West Pensionskasse AG

Karl-August Trawny

Bank WestLB Vostok (ZAO)

Conditorei Coppenrath & Wiese GmbH & Co. KG (seit 1. 7. 2005)

Deutsche Anlagen-Leasing GmbH (seit 7. 3. 2005 bis 30. 6. 2005)

Deutsche Leasing AG (bis 24. 2. 2005)

WestLB Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH

WestLB Bank Polska S.A.

WestLB Hungaria Bank Rt. (seit 20. 4. 2005)

Ulrich Verkamp

WestLB Hungaria Bank Rt. (seit 15. 2. 2005)

Joachim Voss
technotrans AG

Elisabeth Weber
WestLB AG

Andreas Roger Weiss
mfi Management für Immobilien AG

Dr. Alexander Winkels
Klöckner & Co AG (bis 16. 3. 2005)
Madaus AG (bis 16. 3. 2005)
Schmitz Cargobull AG (bis 31. 7. 2005)

Organe der WestLB (58)

Vorstand der WestLB

Dr. Thomas R. Fischer, Vorsitzender
Dr. Norbert Emmerich, stellvertretender Vorsitzender
Dr. Matthijs van den Adel
Klaus-Michael Geiger
Dr. Hans-Jürgen Niehaus
Dr. Manfred Puffer (bis 31. 8. 2005)
Rainer Schmitz, stellvertretendes Mitglied
Robert M. Stein

Mitglieder des Aufsichtsrates der WestLB

Dr. Rolf Gerlach, Vorsitzender
Präsident, Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband

Gerd-Uwe Löschmann, stellvertretender Vorsitzender
Direktor, WestLB AG Düsseldorf

Dr. Karlheinz Bentele
Präsident, Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Jochen Dieckmann (bis 22. 6. 2005)
Ehemaliger Finanzminister, Land Nordrhein-Westfalen

Thorsten Ellwanger
Prokurist, WestLB AG Hamburg

Bernd Fiegler

Stellvertretender Landesbezirksleiter, ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Horst-Wolfgang Klophaus

Bevollmächtigter, WestLB AG Düsseldorf

Hans-Peter Krämer (bis 31. 1. 2006)

Vorsitzender des Vorstandes, Kreissparkasse Köln

Joachim Krämer

Generalbevollmächtigter, WestLB AG Düsseldorf

Dr. Gerhard Langemeyer (ab 23. 3. 2005)

Oberbürgermeister, Stadt Dortmund

Dr. Helmut Linssen (ab 23. 8. 2005)

Finanzminister, Land Nordrhein-Westfalen

Manfred Matthewes

Prokurist, WestLB AG Düsseldorf

Udo Molsberger

Landesdirektor, Landschaftsverband Rheinland

Hans Pixa (bis 3. 1. 2005)

Landrat a. D., Kreis Coesfeld

Dr. Hans-Ulrich Predeick

Erster Landesrat, Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Dr. Dietrich Rümker

Ehemaliger Vorsitzender des Vorstandes, Landesbank Schleswig-Holstein
(c/o HSH Nordbank AG)

Heinz-Günter Sander

Bankangestellter, WestLB AG Düsseldorf

Gustav Adolf Schröder

Vorsitzender des Vorstands, Sparkasse KölnBonn

Franz-Georg Schröermeyer

Gewerkschaftssekretär im Fachbereich Finanzdienstleistungen
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Christiane Stascheit

Stellvertretende Geschäftsführerin für den Bezirk Düsseldorf,
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Hans-Georg Vogt

Vorsitzender des Vorstandes, Sparkasse Bielefeld

Elisabeth Weber

Prokuristin, WestLB AG Düsseldorf

Heinz Welter (ab 1. 2. 2006)

Vorsitzender des Vorstandes, Sparkasse Neuss

Düsseldorf/Münster, den 21. Februar 2006

WestLB AG

Der Vorstand

Dr. Fischer
Schmitz

Dr. van den Adel
Dr. Niehaus

Dr. Emmerich
Stein

Geiger

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der WestLB AG, Düsseldorf/Münster, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt, den 21. Februar 2006

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Pfitzer
Wirtschaftsprüfer

Müller-Tronnier
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Das Jahr 2005 stellte das erste volle Geschäftsjahr der WestLB AG nach ihrer strategischen Neuausrichtung dar. Die Bank hat in diesem Jahr wesentliche Fortschritte auf dem Weg zur Sicherung und zum Ausbau ihrer Wettbewerbsposition erzielt. Dazu zählen insbesondere die mit dem Erwerb der Weberbank erfolgte Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit im Private Banking, die Zusammenarbeit mit der Mellon Financial Corporation und der DekaBank im Asset Management, die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens für den Ankauf, die Restrukturierung sowie die Verwertung von notleidenden Krediten und die Aufnahme des Pfandbriefgeschäfts. Weitere bedeutende Schritte stellen die Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung mit der Sachsen LB sowie der Sachsen-Finanzgruppe und die kundenorientierte Neuausrichtung des Investment Bankings dar.

Wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Marktauftritt der WestLB ist eine ausreichende Kapitalausstattung. Hier konnte die Bank ihre Basis im Jahr 2005 stärken. Neben der Begebung von zwei Hybridanleihen in der ersten Jahreshälfte in Höhe von 300 Mio US\$ bzw. 240 Mio €, die jeweils zu über 50% von Privatanlegern gezeichnet wurden, zählt dazu die im November 2005 durch das Land Nordrhein-Westfalen vollzogene Kapitalerhöhung mit einem Volumen von rund 959 Mio €.

Die WestLB AG hat damit unter sachkundiger Begleitung des Aufsichtsrates ihren im Jahr 2004 eingeschlagenen Weg konsequent fortgesetzt. Dieser basiert auf dem engen Verbund mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und dem zielgerichteten Ausbau des Mittelstandsgeschäftes. In zentralen Geschäftsfeldern ist die Bank gut gerüstet für die Zeit nach dem Wegfall der Staatsgarantien, die zum 19. Juli 2005 ausgelaufen sind.

Neben den Herausforderungen des Marktes hatte sich die Bank in den vergangenen Jahren europarechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Integration der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen zu stellen. Mit der Zahlung von rund 1,4 Mrd € an das Land zulasten der Erfolgsrechnung 2004 setzte die Bank zum 21. Januar 2005 die diesbezügliche Entscheidung der EU-Kommission vom 20. Oktober 2004 ordnungs- und fristgemäß um. Auf Konzernebene belief sich die Belastung aus dem EU-Beihilfeverfahren auf insgesamt gut 1,5 Mrd €. Die Beendigung dieses Verfahrens ermöglichte es sowohl dem Aufsichtsrat als auch dem Vorstand, ihre Anstrengungen nunmehr uneingeschränkt auf die Lösung der Zukunftsaufgaben auszurichten.

Die genannten Themen prägten die Arbeit des Aufsichtsrates sowie der aus seinem Kreis gebildeten Ausschüsse. Seine Mitglieder haben den Vorstand der Bank mit fachlichem Rat und im Rahmen der dem Gremium gesetzlich vorgegebenen Aufgabenstellungen aktiv begleitet.

Änderungen in der Zusammensetzung von Aufsichtsrat und Vorstand

Im Jahr 2005 kam es innerhalb des Aufsichtsrates zu folgenden Veränderungen: Herr Dr. Gerhard Langemeyer, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, wurde am 23. März 2005 von der Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt. Er folgte Herrn Hans Pixa, Landrat a. D. des Kreises Coesfeld, der zum 3. Januar 2005 sein Mandat niedergelegt hatte.

Des Weiteren legte der ehemalige Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Jochen Dieckmann, am 22. Juni 2005 sein Mandat nieder. Seinen Nachfolger im Amt, Finanzminister Dr. Helmut Linssen, wählte die Hauptversammlung am 23. August 2005 in den Aufsichtsrat.

Im laufenden Jahr 2006 schied Herr Hans-Peter Krämer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Köln, zum 31. Januar 2006 aus dem Aufsichtsrat aus; sein Nachfolger, Herr Heinz Welter, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Neuss, wurde zum 1. Februar 2006 in den Aufsichtsrat gewählt. Mit Wirkung zum 1. April 2006 legten Herr Dr. Gerhard Langemeyer und Herr Franz-Georg Schröermeyer ihre Mandate nieder. Herr Dr. Siegfried Luther, ehemaliger stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG, wurde als Nachfolger von Herrn Dr. Gerhard Langemeyer von der Hauptversammlung am 24. April 2006 zum Mitglied des Aufsichtsrates gewählt. Der Nachfolger von Herrn Schröermeyer, Herr Rolf Finger, trat mit Wirkung zum 1. April 2006 in den Aufsichtsrat ein.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern für ihre hervorragende, teilweise über Jahre geleistete Arbeit und ihr großes Engagement bei der Neuausrichtung der Bank.

Innerhalb des Vorstandes kam es im abgelaufenen Jahr zu folgenden Veränderungen:

Herr Dr. Norbert Emmerich, bereits seit 1. Mai 2004 Mitglied des Vorstandes, ist seit 1. Mai 2005 stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

Herr Dr. Manfred Puffer schied zum 31. August 2005 aus dem Vorstand aus.

Im laufenden Jahr legte Herr Rainer Schmitz sein Mandat als stellvertretendes Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor mit Wirkung zum 14. März 2006 nieder. Zum neuen Arbeitsdirektor bestellte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 29. März 2006 Herrn Dr. Matthijs van den Adel.

Überwachung und Beratung der Geschäftsführung

Der Aufsichtsrat der WestLB AG hat im Geschäftsjahr 2005 die ihm zukommenden Aufgaben der Überwachung und Beratung der Geschäftsführung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben sowie den Regelwerken der Bank wahrgenommen. Er trat neben den turnusmäßig stattfindenden Sitzungen kurzfristig zu insgesamt drei außerordentlichen Sitzungen zusammen.

Die Überwachung und Prüfung der Geschäftsführung des Vorstandes durch den Aufsichtsrat erfolgten anhand der erteilten Informationen aufgrund bereitgestellter Unterlagen. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat alle Sachverhalte vorgelegt, die der Entscheidung des Aufsichtsrates bedurften.

Er hat den Aufsichtsrat darüber hinaus regelmäßig über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die Strategie, die Ertragslage der Bank, das Risikomanagement sowie über Geschäfte von erheblicher Bedeutung informiert. Zwischen den Sitzungen wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand über wichtige und aktuelle Vorgänge schriftlich auf dem Laufenden gehalten.

Außerdem haben der Aufsichtsratsvorsitzende, sein Stellvertreter und der Vorstandsvorsitzende in regelmäßigen Gesprächen aktuelle Einzelthemen und Entscheidungen erörtert.

Aufsichtsratsplenium

Im vergangenen Geschäftsjahr fanden vier ordentliche und drei außerordentliche Sitzungen des Aufsichtsrates statt.

In den ordentlichen Sitzungen informierte der Vorstand den Aufsichtsrat turnusmäßig über die Geschäftslage der Bank, die Vorsitzenden des Prüfungs- bzw. Risikoausschusses berichteten über die Arbeit in den Ausschüssen, der Aufsichtsrat entschied über wesentliche Beteiligungsengagements und bestellte – sofern notwendig – neue Beiratsmitglieder.

Darüber hinaus wurden in den einzelnen Sitzungen insbesondere folgende Themen behandelt:

In der ordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates am 17. Februar 2005 diskutierte der Aufsichtsrat über den Stand des EU-Verfahrens, empfahl der Hauptversammlung, Herrn Dr. Gerhard Langemeyer zum neuen Aufsichtsratsmitglied zu wählen und verabschiedete den Bericht über die Einhaltung der Corporate Governance-Regeln im Jahr 2004.

Das EU-Verfahren stand auch im Mittelpunkt der außerordentlichen Aufsichtsratsitzung am 23. März 2005. In dieser Sitzung empfahl der Aufsichtsrat der Hauptversammlung die Zustimmung zum Abschluss eines Unternehmensvertrages im Zusammenhang mit der Begebung der stillen Einlage.

In einer weiteren außerordentlichen Aufsichtsratsitzung am 26. April 2005 wurden die Weichen zum Erwerb der Weberbank gestellt.

Neben den mit dem Jahresabschluss zusammenhängenden Sachverhalten (Jahresabschluss der Bank, Konzernabschluss, Bericht des Aufsichtsrates im Geschäftsbericht, Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates, Bestellung des Abschlussprüfers) erfolgte in der Aufsichtsratsitzung am 18. Mai 2005 die Wahl von Herrn Dr. Gerhard Langemeyer in die Ausschüsse.

In der außerordentlichen Aufsichtsratsitzung am 23. August 2005 gab der Aufsichtsrat der Hauptversammlung zwei Beschlussempfehlungen: Erhöhung des Grundkapitals durch Kapitalerhöhung seitens des Landes Nordrhein-Westfalen und Bestellung von Finanzminister Dr. Helmut Linssen zum neuen Mitglied des Aufsichtsrates. Darüber hinaus stimmte der Aufsichtsrat der Niederlegung des Vorstandsamtes durch Herrn Dr. Manfred Puffer zu.

In der Aufsichtsratsitzung am 19. September 2005 erfolgte die Wahl von Herrn Finanzminister Dr. Helmut Linssen zum Mitglied des Präsidiums. Darüber hinaus wurde über die Wandlung einer weiteren Tranche der zum 2. Januar 2003 begebenen stillen Einlage entschieden und der Abschluss einer neuen D&O-Police für 2006 zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat gab in seiner letzten Sitzung des vergangenen Jahres am 5. Dezember 2005 der Hauptversammlung die Beschlussempfehlung, Herrn Heinz Welter, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Neuss, zum neuen Mitglied des Aufsichtsrates zu bestellen. Des Weiteren beschloss er eine Änderung seiner Geschäftsordnung sowie der Geschäftsordnung des Vorstandes mit dem Ziel der Anerkennung des Deutschen Corporate Governance Kodexes (DCGK) durch die Bank mit Wirkung zum 1. Januar 2006.

Arbeit in den Ausschüssen

Das Präsidium bereitete die Sitzungen des Aufsichtsrates in vier ordentlichen Sitzungen am 17. Februar 2005, am 18. Mai 2005, am 19. September 2005 und am 5. Dezember 2005 sowie in drei außerordentlichen Sitzungen am 23. März 2005, am 26. April 2005 und am 23. August 2005 vor. In den ordentlichen Sitzungen erfolgte zudem regelmäßig die Befassung mit den Mandaten des Vorstandes und allgemeinen Vorstandsangelegenheiten.

Der Prüfungsausschuss trat im vergangenen Jahr dreimal zusammen. In seiner außerordentlichen Sitzung am 25. Januar 2005 befasste er sich mit der Prüfung nach § 36 Abs. 1 Wertpapierhandelsgesetz für die Kalenderjahre 2003 und 2004, mit dem Stand des Projekts zur Reduzierung des Umfangs an Verrechnungskonten, dem Status des IAS-Projekts sowie dem Bonussystem der Bank.

Im Mittelpunkt der ordentlichen Sitzung des Prüfungsausschusses am 23. März 2005 stand die Behandlung von drei Erläuterungsteilen des Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses 2004 der WestLB durch den Abschlussprüfer Ernst & Young (Erläuterungsteil II zum Kreditgeschäft, Erläuterungsteil III zum Beteiligungsgeschäft und Erläuterungsteil IV zum Handelsgeschäft). Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss mit der Entwicklung des Personalaufwands im Jahr 2003 und dem Jahresbericht 2004 der Konzernrevision.

In seiner zweiten ordentlichen Sitzung am 26. April 2005 beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Hauptbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2004 inklusive Erläuterungsteil I sowie mit dem Bericht über die Prüfung des Konzernabschlusses 2004. Des Weiteren wurde der Abhängigkeitsbericht 2004 der WestLB erörtert, dem Aufsichtsrat die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2004 vorgeschlagen sowie die erneute Bestellung des Wirtschaftsprüfers Ernst & Young empfohlen.

Der Risikoausschuss trat 2005 insgesamt fünfmal zusammen und befasste sich in seinen Sitzungen am 25. Januar 2005, am 20. April 2005, am 18. Mai 2005, am 2. September 2005 und am 14. November 2005 mit den nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Kreditrisiken (insbesondere Organ- und Großkredite) und erteilte – soweit dies erforderlich war – seine Zustimmung.

In den Sitzungen wurden neben Statusberichten zu besonderen Engagements und Fragestellungen (unter anderem Basel II-Vorbereitungen, Ratingverfahren) jeweils aktuelle Entwicklungen erörtert. Aktuelle Themen im Risikoausschuss waren unter anderem – in der Sitzung am 25. Januar 2005 – die Neuorganisation des Risk Managements und der Kreditprozesse respektive -entscheidungsprozeduren, das Gesamtengagement sowie die Risiken im Sektor Immobilienfinanzierungen, in der Sitzung am 20. April 2005 die Anforderungen aus den Mindestanforderungen an das Risikomanagement, in der Sitzung am 18. Mai 2005 das Credit Trade Framework, in der Sitzung am 2. September 2005 die Kreditrisikostategie und das Operational Risk Management sowie in der Sitzung am 14. November 2005 die Risiken im strukturierten/alternativen Anlagegeschäft sowie die Vorgaben der Bank im Bereich Nachhaltigkeit.

Der Vermittlungsausschuss tagte im Jahr 2005 nicht.

Grundzüge des Vergütungssystems des Vorstandes

Der Aufsichtsrat hat die Zuständigkeit für die Festlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder der WestLB AG auf das Präsidium übertragen. Das Präsidium legt insbesondere Gehälter und andere Vergütungsbestandteile, inklusive Pensionszusagen, für den Vorstand fest. Mit den Mitgliedern des Vorstandes wurden entsprechende Dienstverträge abgeschlossen. Diese beinhalten sowohl fest zugesagte als auch variable Vergütungsbestandteile in Form einer Jahresabschlussvergütung. In den fest zugesagten Leistungen sind im üblichen Rahmen gewährte Sachbezüge enthalten. Die Höhe der individuellen Jahresabschlussvergütung basiert auf einer Leistungsbeurteilung, die sich maßgeblich an der Erreichung der jeweiligen Geschäftsziele orientiert. Eine Aufstellung der im Jahr 2005 geleisteten Vergütung für aktive sowie ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene findet sich im Anhang zum Jahresabschluss.

Prüfung und Feststellung von Jahresabschluss und Konzernabschluss

In seinen Sitzungen am 29. März 2006 und am 11. Mai 2006 erörterte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss 2005 der Bank. In denselben Sitzungen wurde ebenfalls der seitens des Vorstandes aufgestellte Konzernabschluss beraten. Den Aufsichtsratsmitgliedern wurden der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und Lagebericht der Bank sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht, die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Konzernabschluss sowie der Jahresbericht der Konzernrevision gemäß den Mindestanforderungen an die Interne Revision rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Der Prüfungsausschuss hat in seinen Sitzungen am 24. März 2006 sowie am 3. Mai 2006 die Prüfungsberichte zum Jahresabschluss und zum Konzernabschluss behandelt. An beiden Sitzungen nahm auch der Abschlussprüfer, die Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, teil. Der Abschlussprüfer prüfte den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2005. Jahresabschluss und Lagebericht der WestLB AG und des Konzerns einschließlich der ihnen zugrunde liegenden Buchführung wurden mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat und der aus seiner Mitte gebildete Prüfungsausschuss haben die Abschlüsse und Lageberichte geprüft sowie die Berichte des Abschlussprüfers über die Ergebnisse seiner Prüfung eingehend erörtert und nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen erhoben. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 11. Mai 2006 den Jahresabschluss festgestellt und den Konzernabschluss gebilligt.

Aufgrund der abgeschlossenen Prüfungen hat der Abschlussprüfer folgendes Testat erteilt:

“ ...

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im vergangenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Düsseldorf/Münster, den 11. Mai 2006

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates



Dr. Rolf Gerlach

Corporate Governance in der WestLB AG

Leitgedanke

Für die WestLB AG ist eine wirkungsvolle und an hohen internationalen Standards orientierte Corporate Governance von zentraler Bedeutung. Verantwortungsvolle und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung und -kontrolle sind daher Teil unseres Selbstverständnisses. Vorbildliche Corporate Governance erschöpft sich dabei nicht im Einhalten formeller Bestimmungen, sondern ist allgemeine Handlungsmaxime für alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere für das Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat.

Transparenz und Kontrolle

Als nicht börsennotiertes Unternehmen unterliegt die WestLB nicht den Pflichten des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Im August 2002 haben wir auf Grundlage des DCGK eigene Corporate Governance-Regeln aufgestellt. Diese Corporate Governance-Regeln sind als Bestandteil der Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat in den bestehenden Regelwerken der WestLB AG verankert. Damit gehört die WestLB AG zu den ersten nicht börsennotierten Kreditinstituten, die sich freiwillig eigene Corporate Governance-Regeln auferlegt haben.

Durch einen regelmäßigen Monitoring-Prozess wird die Einhaltung unserer Corporate Governance-Regeln sichergestellt. Aufsichtsrat und Vorstand erklären, dass die WestLB AG im Geschäftsjahr 2005 ihren Corporate Governance-Regeln mit folgender Maßgabe entsprochen hat: Im Hinblick auf die Vergütung des Aufsichtsrates wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 13. Mai 2004 eine feste Vergütung festgelegt.

Deutscher Corporate Governance Kodex ab 1. Januar 2006 verbindlich

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2006 wird die WestLB AG auf ihre eigenen Corporate Governance-Regeln verzichten und zukünftig unmittelbar den DCGK zugrunde legen. Die Anerkennung des DCGK macht die WestLB AG für ihre Kunden, Investoren, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit noch transparenter, gerade auch mit Blick auf die Anforderungen der internationalen Finanzmärkte.

Düsseldorf/Münster, den 29. März 2006



Dr. Rolf Gerlach
Vorsitzender des Aufsichtsrates



Dr. Thomas R. Fischer
Vorsitzender des Vorstandes

Finanzkalender

11. Mai 2006	Veröffentlichung des Zwischenberichts zum 1. Quartal 2006
10. August 2006	Veröffentlichung des Zwischenberichts zum 1. Halbjahr 2006
9. November 2006	Veröffentlichung des Zwischenberichts zum 1.–3. Quartal 2006

Änderungen vorbehalten

Impressum/Kontaktadressen

WestLB AG

Herzogstraße 15
40217 Düsseldorf
Tel. + 49 211 826-01
Fax + 49 211 826-6119
www.westlb.de

Publication Services
Herzogstraße 15
40217 Düsseldorf
Tel. + 49 211 826-3027
Fax + 49 211 826-6121
presse@westlb.de
ir@westlb.de

Der Finanzreport liegt auch in englischer Sprache vor
und ist im Internet unter www.westlb.de/Investor Relations
eingestellt.

Disclaimer

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Finanzreport enthält zukunftsgerichtete Aussagen zu unserer Geschäfts- und Ertragsentwicklung, die auf unseren derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Die Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Denn es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf unser Geschäft einwirken und zu großen Teilen außerhalb unseres Einflussbereichs liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte weltweit und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können also erheblich von unseren heute getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Wir übernehmen keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.



Bank der neuen Antworten



WestLB AG
Herzogstraße 15
40217 Düsseldorf
www.westlb.de